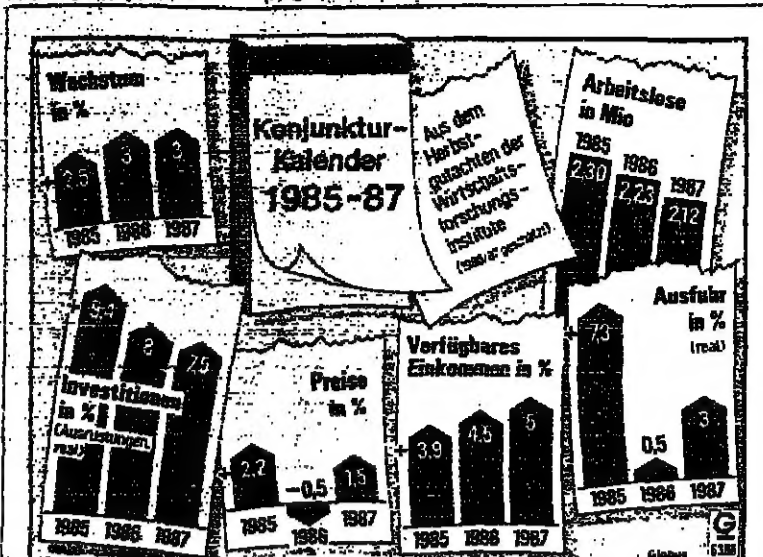


Freitag, 7. November 1986



Einkommen sollen um fünf Prozent wachsen

Die deutsche Wirtschaft wird 1987 (in dem dann fünften Jahr des Konjunkturaufschwungs) mit plus drei Prozent genauso kräftig wachsen wie in diesem Jahr. Inzwischen wird die Konjunktur vor allem von der inländischen Nachfrage getragen, also von privatem Verbrauch und Investitionen. Entsprechend dürfte die Zahl der Beschäftigten 1987 um 280 000 zunehmen. Die verfügbaren Einkommen sollen mit fünf Prozent noch kräftiger wachsen als in diesem Jahr, und dies bei einem Stillstand der Teuerung.

POLITIK

Auswahl: Bundesjugendministerin Süssmuth sowie der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel werden am kommenden Sonntag die Internationale Jugendbegegnungssstätte Auschwitz einweihen. Die Aktion Sühnezeichen hatte den Bau mit polnischen Widerstandskämpfern organisiert.

Atomenergie: Die Regierungschefs der Ostblockstaaten haben sich auf einer Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe für die verstärkte Nutzung der Atomkraft ausgesprochen. Allerdings soll Rumänien diesen vor allem von Moskau favorisierten Plan reserviert gegenüberstehen.

Südafrika: In dem Flugzeugwrack des bei dem Absturz getöteten mosambikanischen Präsidenten Machel haben die südafrikanischen Behörden Material sichergestellt, aus dem hervorgeht, daß Maputo einen Umsturz im Nachbarland Malawi geplant hat.

WIRTSCHAFT

Langsame: Die deutsche Industrie wird auch 1987 keineswegs investitionsstark, selbst wenn sich nun eine merkliche Tempoverlangsamung abzeichnet. Zu diesem Ergebnis ist das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung aufgrund einer Umfrage bei 3450 Unternehmen gekommen. Einen kräftigen Anstieg erwartet die Bauindustrie. (S. 11)

Börse: Überwiegend freundlich war gestern die Tendenz an den deutschen Aktienmärkten. Am Rentenmarkt zogen die Notierungen an. WELT-Aktienindex: 274,11 (271,71). BHF-Rentenindex: 106,068 (106,023). BHF-Performance-Index: 106,951 (106,876).

KULTUR

Wandel: Internationale Politik und der Wandel von Regimen – die äußere Beeinflussung von Demokratisierungsprozessen in verschiedenen Regionen der Welt – war Thema der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft. (S. 19)

SPORT

Fußball: Die Polizei erlebte einmal einen ruhigen Europapokal-Abend. Lediglich 41 Rowdies wurden in Wien und Rotterdam jedoch wegen vergleichsweise harmloser Delikte festgenommen. Ernsthaftige Ausschreitungen blieben diesmal aus. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Requisiten: Ein Western-Museum in Bad Segeberg – Harry Maack hat sich einen Traum erfüllt. Zu seinen Sammlerstücken zählt das Original der Majorsuniform (Foto), die Clark Gable in dem Film „Vom Winde verweht“ trug. (S. 30)

Gift: Nach dem Großbrand in einer Lagerhalle des Schweizer Chemiekonzerns Sandoz, bei dem zwischen 10 und 30 Tonnen Chemikalien in den Rhein geschwemmt wurden, soll nach Schweizer Angaben Gefahr für die Menschen bestehen. (S. 2 u. 20)

Fernsehen: Seite 8
Leserbriefe und Personalien: Seite 9
Wetter: Unbeständig: Seite 20
Reise-WELT: Seiten I-VI

Kohl: Beziehung zu Moskau ungestört weiterentwickeln

Vogel wirft dem Kanzler im Bundestag „dickfellige Hilfslosigkeit“ vor

RÜDIGER MONIAC/DW. Bonn Die umstrittenen Äußerungen von Bundeskanzler Helmut Kohl in einem „Newsweek“-Interview haben eine Debatte im Bundestag, die ursprünglich von einer Aussprache über die Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Gipfel von Reykjavik dominiert werden sollte, gestern ihren Stempel aufgedrückt. Während der Kanzler sich von einem Vergleich zwischen Goebbels und Gorbatschow distanzierte und dabei auf sein entsprechendes WELT-Interview verwies, nutzte die Opposition die Gelegenheit zu außerordentlich heftigen Attacken auf Kohl. Von den Grünen wurde die Forderung nach seinem Rücktritt erhoben.

Kohl unterstrich, er habe in „Newsweek“ KP-Generalsekretär Gorbatschow nicht mit dem nationalsozialistischen Propagandaminister Goebbels in Beziehung setzen wollen. Es liege ihm fern, Gorbatschow zu nahe zu treten oder gar zu beleidigen. „Mein Wunsch ist, daß ich mit dieser Erklärung dazu beigetragen habe, daß die Beziehungen ungestört weiterentwickelt werden können“, resümierte Kohl. CDU/CSU-Fraktionschef Dregger, Außenminister Genscher und Verteidigungsminister Wörner nahmen zu diesem Thema nicht Stellung, sondern äußerten sich ausschließlich zur Sicherheitspolitik. Auf die heftige, von Zwischenrufen aus den Reihen der Union begleitete Attacke von SPD-Fraktionschef Vogel antwortete als einziger Vertreter der Regierungsparteien der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Rübke. Er warnte davor, die „Verstimmung mit einer Weltmacht“



Demonstrativ: Kanzler und sein aus Wien heimgekehrter Minister rücken im Bundestag zusammen

tschow oder den Rücktritt des Kanzlers. Im sicherheitspolitischen Teil der insgesamt fünfständigen Debatte wurde deutlich, daß die Bundesregierung auch nach dem erfolglosen Gespräch zwischen dem amerikanischen Außenminister Shultz und seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse in Wien auf den Abschluß weitreichender Vereinbarungen über Rüstungskontrolle setzt. Reykjavik habe die Aussicht auf vier konkrete Abrüstungsabkommen in nächster Zeit eröffnet. Washington sei bereit, dabei die westeuropäischen Interessen zu berücksichtigen, sagte Kohl in seiner Regierungserklärung. Vogel hingegen erklärte den Gipfel für gescheitert. In Island sei wegen der zu starren und vor allem an Abrüstung interessierten Haltung Präsident Reagans eine historische Chance veran worden.

Als erreichbare Abrüstungsabkommen nannte der Kanzler einen Vertrag über die Abschaffung der Mittelstreckenraketen größerer Reichweiten in Europa, der eine Verpflichtung zur Weiterverhandlung über Systeme kürzerer Reichweite einschleife. Darüber hinaus seien eine Vereinbarung zur Verringerung aller Atomwaffen um die Hälfte, ein weltweites Verbot chemischer Waffen und eine Übereinkunft zur schrittweisen Einschränkung von Atomtests möglich. Der Behauptung von SPD-Abgeordneten, die NATO müsse ihre Angriffsstrukturen entschärfen, trat Außenminister Genscher mit der Feststellung entgegen, die Verteidigungsdoctrine der NATO sei bereits defensiv.

UNO fordert Abzug aus Afghanistan

Kritik an Moskau: „Lage nähert sich dem Völkermord“ / Truppenreduzierung als Farce bezeichnet

CyB/DW. New York/Brüssel Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat den „sofortigen Abzug“ der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und das Selbstbestimmungsrecht für das afghanische Volk gefordert. 122 Länder votierten für eine entsprechende Resolution, die von 46 zunächst blockfreien Staaten eingetragene worden war. 20 UNO-Mitglieder, darunter die meisten Ostblockländer (außer Rumänien) sowie Libyen und Syrien, lehnten die Entschließung ab. Elf Delegationen üben Stimmenhaltung. Die Vollversammlung beschäftigt sich seit 1980 regelmäßig mit der Afghanistan-Problematik. Das diesjährige Abstimmungsergebnis entspricht nahezu den Zahlen des Vorjahres. Damals stimmten 122 Nationen einer Resolution gleichen Inhalts zu, 19 dagegen. In der dem Votum vorangegangenen Debatte sagte der US-Delegierte Herbert S. Okun, die Lage in Afghanistan „nähert sich dem Völkermord“. Im Namen der Europäischen Gemeinschaft verurteilte der britische Delegierte Timothy Eggar die Besetzung des Landes als „eine der schwerwiegendsten Verletzungen der Charta der Vereinten Nationen seit der Gründung der Organisation“. Der Vertreter der Sowjetunion, Alexander Belonogow, wiederholte die Position seiner Regierung, diese Debatte sei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes. In jedem Jahr wiederholte Resolution diene dazu, die bewaffnete Intervention und den gegen die Demokratische Republik Afghanistan angezeigten unerklärten Krieg zu verschleiern, hinter dem die USA stünden. Pakistans Außenminister Sahabzada Yaqub-Khan bezeichnete den kürzlich bekanntgewordenen Abzug sechs sowjetischer Regimenter aus Afghanistan als „militärisch unbedeutend“. Während er diesen Schritt

immerhin noch als „Zeichen guten Willens“ wertete, hat die Aktion nach Meinung von NATO-Experten „Anzeichen eines Akts zur Täuschung der Öffentlichkeit“. Sie bezeichneten den Truppenabzug offen als „Farce“.

Denn unter den abgezogenen sowjetischen Einheiten befanden sich ein Panzerregiment und zwei motorisierte Schützenregimenter, die erst im September nach Afghanistan verlegt worden seien. Offensichtlich habe man von Anfang an den Plan verfolgt, den nachfolgenden Abzug als Ausdruck des guten Willens zu feiern. Weiter seien drei Luftabwehreinheiten abgezogen worden. Diese seien jedoch entbehrlich, da es in Afghanistan keinen Luftgegner gebe.

Diplomaten aus den EG-Staaten haben nach der Sitzung der Vollversammlung eine Delegation afghanischer Widerstandskämpfer empfangen, um die Unterstützung der Gemeinschaft für die Allianz der Widerstandsparteien auszudrücken.

Weniger Spenden für Parteien

DW. Bonn Die Parteispenden sind 1985 zu rückgegangen. Dies zeigen die Rechenschaftsberichte der Parteien, die in Bonn veröffentlicht wurden. Nur FDP und Grüne konnten mehr als 1984 verbuchen. Die CDU lag mit Spenden in Höhe von 22,9 Millionen Mark vorne (1984: 24,0), die SPD bekam 15,2 Millionen (16,2), die FDP 9,8 Millionen (7,8), die CSU 8,9 Millionen (12,4) und die Grünen 8,7 Millionen Mark (5,5). An Mitgliedsbeiträgen erhielten die SPD 101,2 Millionen Mark, die CDU 63,8 Millionen, die CSU 14,2 Millionen, die FDP 8,7 Millionen, die Grünen 3,9 Millionen Mark.

Rundfunk-Gebühr auch für Private?

iz. München Das Karlsruher Medienurteil gibt nach Ansicht des bayerischen Staatsministers Edmund Stoiber Anlaß, auch über einen Gebührenanteil für private Anbieter nachzudenken. Wenn, wie das Verfassungsgericht feststellte, die Rundfunkgebühr mit der Zielsetzung der Qualitätssicherung verknüpft ist, dann könne diese nicht nur für die öffentlich-rechtlichen Programme gelten. „Man muß vielmehr darüber nachdenken, wie die Rundfunkgebühr auch dafür eingesetzt werden kann, die Qualität im Bereich der privaten Konkurrenzprogramme zu heben“.

Mitterrand besucht Berlin

DW. Paris Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, hat in Paris von Präsident Mitterrand die Zusage erhalten, im kommenden Jahr zur 750-Jahr-Feier zu kommen. Bei einer Ansprache vor der Nationalversammlung zeigte Diepgen sich zuversichtlich, daß auch Premier Chirac die geteilte Stadt besucht. In einem WELT-Interview wies Diepgen daraufhin, daß bei seiner möglichen Reise nach Ost-Berlin nicht nur Statusprobleme, sondern auch „Problemlösungen für Menschen“ im Auge behalten werden müßten.

Der Katalysator läuft und läuft und...

HEINZ HÖRMANN, Bonn Nach der oft kritisierten Zurückhaltung in der Startphase haben Deutschlands Autofahrer jetzt den Katalysator voll in ihre Kaufüberlegungen einbezogen. In den vergangenen beiden Monaten waren 38 Prozent der neuzugelassenen Personwagen Fahrzeuge mit geregelter Dreiweg-Katalysator. Diese erstaunlich hohe Quote und vor allem das Tempo der Entwicklung in letzter Zeit bis zu diesem Wert, wird beim Verband der Automobilindustrie (VDA) als „Ausdruck der Bewußtseinsänderung zu Auto und Umweltschutz“ gewertet. VDA-Sprecher Wolfgang Weger: „Wir sind hoch erfreut und erleichtert, daß unsere als zu optimistisch verworfene Prognose sogar noch übertroffen wurde.“ Der Verband hatte bis zum Ende dieses Jahres einen 50-Prozent-Anteil von schadstoffarmen Autos an den Gesamtneuzulassungen erwartet. Tatsächlich fallen jedoch bereits 65 Prozent aller Fahr-

DER KOMMENTAR

Unsicherheiten

HERBERT KREMP

Der Wahlkampf hat das deutsche Parlament schon so weit in Mitleidenschaft gezogen, daß eine sachliche Diskussion kaum mehr möglich ist. Die Positionen sind unvereinbar. Die Opposition bezeichnet, weil es ihr ins innenpolitische Konzept paßt, Reykjavik als gescheitert. Die Schuld daran trügen der amerikanische Präsident und seine „Sternkriegspläne“, schuldig mache sich aber auch die Bundesregierung, vor allem der Kanzler, er sei von einer „rechten Szene“ umgeben, die ihn und uns in der Welt zu isolieren drohe. Zur Verzerrung der Wirklichkeit entschlossen, versuchten vor allem Vogel und Ehmeke, das unglückliche „Newsweek“-Interview auszuschlachten, von dem sich Helmut Kohl in der Regierungserklärung noch einmal förmlich distanziert hatte. Ihre Bitterkeit, ihre Unterstellungen gingen weit über das Maß der sowjetischen Reaktion hinaus. Besonders bei Vogels Rede hatte man stellenweise den Eindruck, als sollten heftige Reaktionen aus Moskau herbeigeredet werden. Wessen Geschäftsbetrieb die Opposition eigentlich? Müßte sie nicht berücksichtigen, daß die Sowjets nach dem Ausdruck des Bedauerns im Kohl-Interview mit dieser Zeitung keine „Bricketts“ mehr nachgeschoben haben?

USA und der Kreml kommen sich in Wien nicht näher

Das Treffen Shultz-Schewardnadse / Vorwürfe an Sowjets

BERNT CONRAD, Wien Dem amerikanischen Außenminister George Shultz und seinem sowjetischen Amtskollegen Edward Schewardnadse ist es bei insgesamt fünfständigen Gesprächen in Wien nicht gelungen, sich auf Leitlinien für die Genfer Abrüstungsverhandlungen auf der Basis des in Reykjavik Erreichten zu einigen. Ein hoher amerikanischer Beamter faßte den Ausgang des Treffens in dem Satz zusammen: „Die Sowjets wollten die Grundlage für eine Propagandakampagne legen, während wir das Ziel hatten, ein konkretes Arbeitsprogramm aufzustellen.“

Schewardnadse meinte vor seiner Rückreise nach Moskau: „Ich verlass mich auf ein bitteres Nachgeschmack.“ Er behauptete, die Amerikaner wollten die Worte der Sowjets verdrehen und hinter die Ergebnisse der Reagan-Gorbatschow-Begegnung in Reykjavik zurückgehen. Dies wurde jedoch von Shultz energisch bestritten. Er versicherte, die amerikanische Delegation habe konkrete Papiere vorgelegt, um die in Reykjavik erzielten Resultate bei den strategischen Waffen, den Mittelstreckenraketen und auf dem Gebiet der Teststopps zu bekräftigen und die weiter bestehenden Differenzen zu präzisieren. Die sowjetische Seite habe dies jedoch nicht akzeptiert, sondern sich auf den ABM-Vertrag konzentriert – mit dem Ziel, das amerikanische Programm zur Verteidigung gegen Offensivwaffen (SDI) „zu verkrüppeln“.

Ungeachtet dessen stellte Shultz aber Fortschritte bei der Behandlung von Menschenrechtsfragen und bilateralen Problemen fest. Er unterstrich die Absicht seiner Regierung, geduldig weiter nach Verhandlungslösungen bei der Abrüstung zu suchen und die „dramatischen Aufschritte von Reykjavik“ nicht aufzugeben. Heute schon werden sich die Genfer Verhandlungsdelegationen beider Länder zu einer Sondersitzung treffen.

Die Außenminister hatten zu nächst am Mittwochabend drei Stunden lang in der US-Botschaft unter vier Augen und dann am gestrigen Morgen noch einmal zwei Stunden lang in der sowjetischen Botschaft im Delegationskreis konferiert. Dazwischen wurde eine einstündige Expertensitzung mit prominenten Teilnehmern beider Seiten eingeschoben. In einer abschließenden Pressekonferenz zeigte Shultz nichts von der tiefen Enttäuschung, die er nach dem Abbruch des Reykjavik-Treffens zur Schau gestellt hatte, sondern bemühte sich um einen positiven Ausblick: „Unsere Absicht ist es, in engen Konsultationen mit unseren Verbündeten zu bleiben, unsere gemeinsamen Positionen aufrechtzuerhalten und geduldig weiterzuverhandeln. Ich sehe eine gute Chance, am Ende positive Resultate zu erreichen.“

Auf die Frage, ob die zwei Jahre, die der Reagan-Administration noch verblieben, für einen Verhandlungserfolg ausreichen, antwortete Shultz: „Zwei Jahre sind eine lange Zeit.“ Nach Angaben amerikanischer Fachleute konzentrierten sich die Differenzen mit den Sowjets in Wien auf die Auslegung des ABM-Vertrages, dessen weitere Einhaltung für zehn Jahre Präsident Reagan in Reykjavik zugesagt hatte. Die Amerikaner legten Satz für Satz detailliert klar, wie sie den ABM-Vertrag interpretierten. Die Sowjets hingegen ließen sich auf eine konkrete Begründung für ihre Forderung, die SDI-Forschung sollte sich auf Laboratorien beschränken, nicht ein.

„Eine Klärung, was ABM tatsächlich bedeutet, wäre ein erster Schritt vorwärts“, betonte ein hoher US-Diplomat. Er äußerte jedoch die Befürchtung, daß es den Sowjets im Augenblick primär nur um Propaganda gehe. Seiten 2 und 6: Weitere Berichte

USA finanzieren den Contras eigenen Rundfunksender

„Radio Liberacion“ will Informationsperre durchbrechen

AFP, Washington „Nicaraguanischen Oppositionsunion.“ Wie Palazio hervorhob, soll „Radio Liberacion“ den Nicaraguern in anfänglich sechs Stunden Sendungen pro Tag die „Wahrheit sagen über das, was im In- und Ausland geschieht“. Seit drei Jahren senden die Contras bereits sporadisch über den Kurzwellensender „15. September“. In amerikanischen Regierungskreisen hieß es dazu, Hauptziel des neuen Senders sei es, die politische Basis der Contras zu verstärken. Der stellvertretende amerikanische Außenminister, der für interamerikanische Angelegenheiten zuständige Elliott Abrams, erklärte, im Konflikt um Nicaragua sei die „Kontrolle der Medien von entscheidender Bedeutung“. Da die Sandinisten zur Zeit die Medien total beherrschen, müsse der Widerstand dies durchbrechen. Abrams ist der Hauptverantwortliche des amerikanischen Hilfsprogramms für die Contras in Höhe von 100 Millionen Dollar. Der künftige Sender soll nach den Angaben Palacios mit diesem Geld finanziert werden.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Amerika bleibt fest

Von Bernd Conrad

Die Wiener Gespräche der Außenminister Shultz und Schewardnadse haben eine grundlegende Differenz deutlich gemacht. Washington wünscht Sachverhandlungen auf der Basis des in Reykjavik Erreichten. Moskau aber rüstet zu einer großen Propagandakampagne mit dem Ziel, das SDI-Programm zu Fall zu bringen.

Ein Bestandteil der sowjetischen Kampagne ist der Vorwurf, der Amerikaner wollten „unter Reykjavik zurück“. Tatsächlich aber haben sich Schewardnadse und seine Experten in Wien geweiht, sorgsam vorbereitete amerikanische Papiere zu akzeptieren, in denen präzise niedergelegt war, worüber sich Reagan und Gorbatschow in Reykjavik geeinigt hatten und welche Punkte noch offengeblieben waren.

Eine solche Liste, aus der konkrete Weisungen an die Genfer Verhandlungsdelegationen hätten abgeleitet werden können, paßt nicht in das sowjetische Konzept. Reagans Festhalten an SDI als das einzige Hindernis für umfassende Abrüstungsvereinbarungen anzuprangern. Dieses Konzept hatte schon die KSZE-Rede des sowjetischen Außenministers bestimmt.

Die Wahlniederlage der Republikaner in den Vereinigten Staaten wird den Kreml noch darin bestärken, sich mehr auf die Beeinflussung der Öffentlichkeit diesseits und jenseits des Atlantik als auf konkrete Fortschritte in den drei Teilbereichen der Genfer Abrüstungsverhandlungen zu konzentrieren. Deshalb werden die Sowjets vermutlich auch das von ihnen erbetene heutige Treffen der Genfer Verhandlungsdelegationen in ihre Propagandakampagne einspannen wollen.

An diesem Spiel dürfen sich die Westeuropäer nicht beteiligen. Ihr Part kann nur darin bestehen, die Amerikaner in ihrem Streben nach konstruktiven Sachverhandlungen zu bestärken und für eine Auflösung des sowjetischen Junktims zwischen dem Verzicht auf SDI und Vereinbarungen in Teilbereichen zu plädieren. Vor allem bei den Mittel- und Kurzstreckenraketen müssen Vereinbarungen auch ohne gleichzeitige Einigung für die komplizierte Materie des Verhältnisses zwischen Defensiv- und Offensivwaffen möglich sein. Was West und Ost brauchen, ist kein Krieg der Worte, sondern erfolgversprechende Verhandlungsbereitschaft in Genf.

Eigen-Bestandsgarantie?

Von Dankwart Guratzsch

Holger Börner hat eine „Bestandsgarantie“ für die Hanauer Nuklearfirmen abgegeben – aber was ist sie wert? Erst vor wenigen Wochen trat sein Kronprinz Volker Hauff mit der Erklärung vor die Presse, die Firmen sollten stillgelegt werden.

Börner selbst unterstrich vor dem hessischen Parlament, seine Regierung wolle mit einer Verfassungsklage gegen den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft vorgehen, also gegen den Betriebszweck der Hanauer Firma Alkem. Er wiederholte den Beschluß seiner Partei, die Nutzung der Kernenergie auch im Bereich der Leichtwasserreaktoren zu beenden.

Aber was könnten die Hanauer Firmen – oder das, was als „Rumpf“ nach Abschlagen des Kopfes Alkem von ihnen übrig bleibt – noch für Aufgaben wahrnehmen, wenn es für den atomaren Brennstoffkreislauf keine Abnehmer mehr in der Bundesrepublik gibt? Börners „Bestandsgarantie“ macht deshalb nur Sinn, wenn man sie vor dem Hintergrund der schweren Irritationen betrachtet, die die Ausstiegspläne der Parteispitze bei den Arbeitern der betroffenen Betriebe, bei den Gewerkschaften und somit im Wählerpotential der SPD ausgelöst haben.

In Biblis und Hanau haben SPD-Parteigliederungen angekündigt, sie würden die Wahlkämpfe für die Bundes- und Landtagswahlen im nächsten Jahr boykottieren. Hanauer Betriebsräte schalteten in hessischen Zeitungen sogar Anzeigen, daß sie „auch weiterhin friedlich ihre Arbeit verrichten“ wollten. Das weckte Erinnerungen an die schwerste Krise der hessischen Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit: an die Startbahnkämpfe mit lokalen Wahlboykotten und dem zeitweisen Verlust fast eines Drittels der Stammwählerschaft.

So beruht die vermeintliche „Bestandsgarantie“ auf nichts anderem als Wahlkalkül. Will Börner trotz seines Bündnisses mit den Grünen noch einen Rest von Wählern der Mitte bei der Stange halten, dann muß er wenigstens mit verbalen Konzessionen um deren Vertrauen werben. Vom Erfolg dieser Art von Werbung hängt die Zukunft des rot-grünen Modells von Hessen ab. Nur in solchem Erfolg läge eine „Bestandsgarantie“ – natürlich nicht für die Firmen, sondern für Börners Koalition.

Ätzende Wirkung

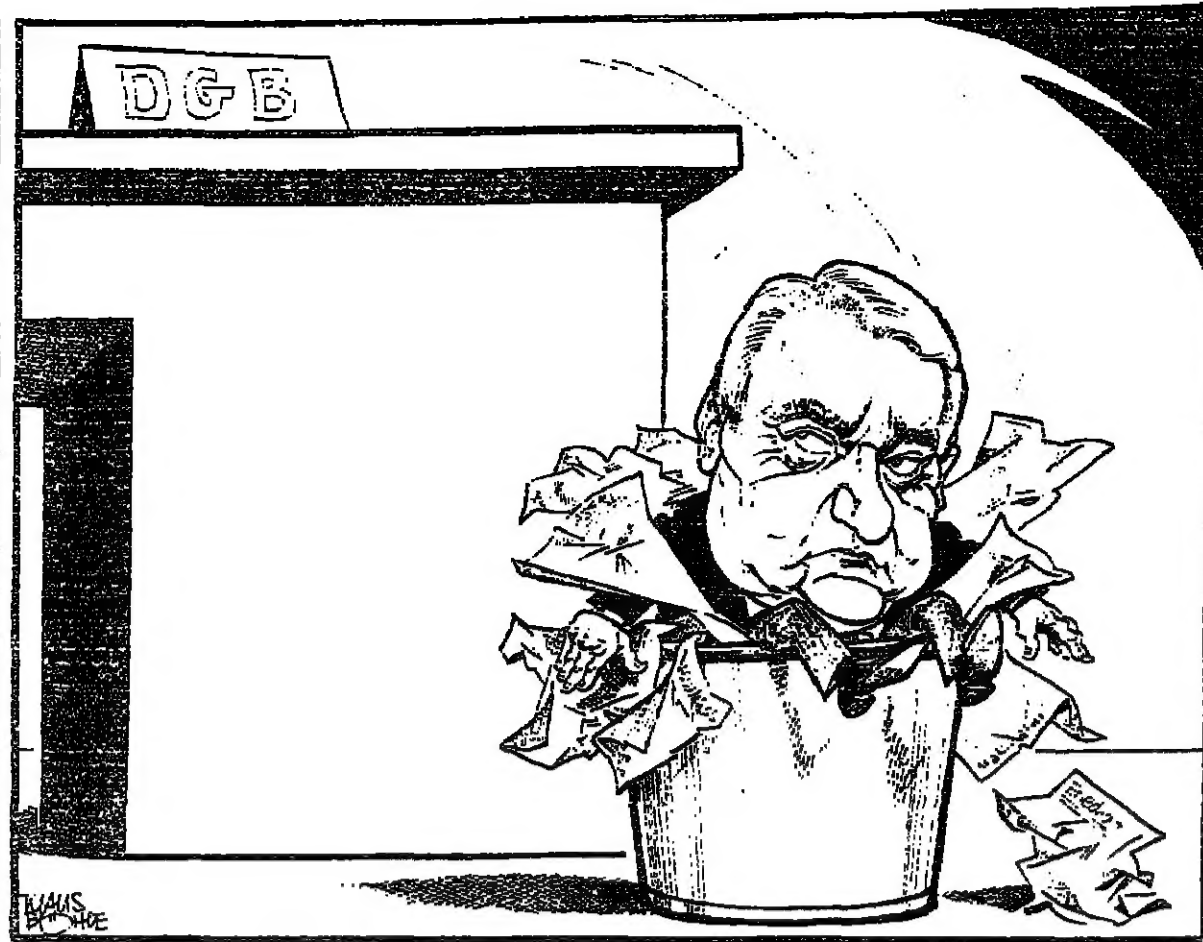
Von Hans-Jürgen Mahnke

Was jetzt so Stück für Stück über den Brand im Baseler Chemiewerk von Sandoz bekanntgegeben wird, muß einem den Magen umdrehen. Es drängt sich der Verdacht auf, daß mancher von denen, die mit diesem Fall zu tun haben, in der Informationspolitik nicht aus der Vergangenheit gelernt hat, nicht einmal aus der Katastrophe von Tschernobyl. Der Chemikalien-Brand soll in seiner Wirkung keinesfalls mit dem sowjetischen Desaster verglichen werden. Das wäre ebenso unangebracht wie der Hinweis auf den Giftskandal in Seveso. Es geht darum, daß durch die Art der Informationsverbreitung tiefes Unbehagen geschürt wird.

Die erste Meldung, die der Chronist im Autoradio hörte, lautete, der Rauch sei ungefährlich, er reize nur die Atmungsorgane, habe ein Firmenvorsteher erklärt. Allerdings sollten die Bürger in Basel ihre Fenster und Türen schließen. Am Tag darauf war bereits von einer ätzenden Wirkung die Rede. Das Landwirtschafts- und Umweltministerium von Baden-Württemberg bezeichnete dann die leicht erhöhten Werte, die im Rhein für einige Chemikalien gemessen wurden, als nicht sehr besorgniserregend. Etwas später wurden Zahlen über das Aal-erben veröffentlicht, und bei Bonn mußte ein Wasserwerk geschlossen werden.

Ist niemand in der Lage, das, was am Wochenende in Basel seinen Anfang nahm, klar abzuschätzen und darüber zu informieren? So, wie das wieder gehandhabt wird, lockt es geradezu die Frage hervor: Ist da nicht doch noch etwas?

Eine notwendige Grundlage für Umweltpolitik ist Vertrauen, das so wie in diesem Fall nicht geschaffen werden kann. Mehr noch: Mit einer solchen Vermittlung der Wahrheit auf Raten wird die Technologiefeindlichkeit nur geschürt, werden Teile der Industrie in Zweifel gezogen, werden Chemie und Gift in einem Atemzug genannt. Dem kann nicht dadurch begegnet werden, daß Informationen unter der Decke gehalten werden. Im Gegenteil: Alles muß auf den Tisch. Das können selbst die Betroffenen leichter verkraften als die Unsicherheit, die noch besteht.



Der Kronzeuge

Von Rupert Scholz

Der Streit um die neuen Antiterrorgesetze nimmt skurrile Formen an, vor allem, wenn man an die Kritik der Opposition an der sogenannten Kronzeugenregelung denkt. Mit Schlagworten wie dem von der angeblichen „Komplicität mit Mördern“ geht die SPD gegen eine Regelung an, die sie selbst Mitte der siebziger Jahre, auch einer Zeit besonderer terroristischer Gefahren, befürwortet hatte und die sich im Grunde bereits in den Regelungen der Paragraphen 129, 129a des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller beziehungsweise terroristischer Vereinigungen) und im Paragraph 31 des Betäubungsmittelgesetzes (Bekämpfung des Rauschgifthandels) findet.

Gerade diese letztere Bestimmung hat sich als recht erfolgreich erwiesen. In den letzten einundzwanzig Jahren ihrer Geltung ist es in rund 500 Fällen gelungen, mit Kronzeugen zu operieren und so einige Erfolge im Kampf gegen den Rauschgifthandel, eine andere evidente Gemeingefahr, zu erzielen. Die Systematik unseres Straf- und Sicherheitsrechts kennt den Tatbestand der tätigen Reue an vielen Stellen, und sie gewährt Strafmäßigkeiten durch- aus konsequent Vorteile dann, wenn diese sich nicht nur von ihren eigenen Taten distanzieren, sondern zugleich zur Verhinderung weiterer Straftaten beitragen.

Dennoch ist es sicher richtig, daß das Absehen von Strafverfolgung und das Versprechen von Straffreiheit bei terroristischen Gewalttätigkeiten für das Rechtsbewußtsein mancher Bürger nicht leicht zu verkraften ist. Gerade deshalb bedarf es jedoch der Aufklärung und nicht der vordergründigen Polemik, wie jene SPD-Behauptung von der „Komplicität mit Mördern“. Es geht um die ebenso verfassungs-, straf- und sicherheitsrechtlich wie kriminalpolitisch und -tastisch nüchternen sowie rationale Abwägung, Rechtssicherheit und innere Sicherheit fördern nicht nur rechtliche Stringenz, sondern auch nüchtern-praktische Konsequenz; keinesfalls zuträglich sind jedoch ideologischer Rigorismus oder scheinlegalistischer Purismus.

So sind vor allem jene Einwände gegen die Kronzeugenregelung unbegründet, die sich auf das verfassungsrechtliche Rechtsstaatsprinzip berufen. Denn gerade dies legitimiert auch Maßnahmen solcher Art, wenn diese zum Schutz der Rechtssicherheit geboten oder angebracht sind.

Die Viererbande in Teheran wäre auch von Zustimmung und Wohlwollen des neuen Führers abhängig. Montaseri aber hat seit einigen Monaten zu erkennen gegeben, daß er das System zwar gut und richtig finde, nicht jedoch die Amtsführung der Personen, die die wichtigsten Ämter innehaben. Diese Personen müßten ausgewechselt werden. So hofft er, eine neue Atmosphäre zu schaffen, um mit frischen Illusionen die Revolution der Mullahs fortzuführen.

Schon als Musawi seine Regierung bilden wollte, prallten die persönlichen Gegensätze aufeinander. Die Regierungsbildung dauerte sechs

Das Rechtsstaatsprinzip fordert nicht nur Gerechtigkeit und Legalität, also repressive Verfolgung und Ahndung von Straftaten, sondern auch den präventiven Schutz der Allgemeinheit vor Straftaten, namentlich vor solchen mit Gemeingefahr. Terrorismus verkörpert Gemeingefahr höchster Ausprägung. Deshalb ist es verfassungsrechtlich gerechtfertigt und angemessen, den Versuch zu wagen, über den Verzicht auf Strafverfolgung oder Strafverhängung gegenüber solchen Straftätern, die sich reuig zeigen und zur Verhinderung weiterer gemeingefährlicher Straftaten beitragen, auf die terroristische Szene nicht nur verunsichernd, sondern vor allem vorbeugend einzuwirken.

Die Kronzeugenregelung, die zu Recht (zunächst) auf zwei Jahre befristet wird, stellt in diesem Sinne ein ebenso kriminalpolitisch wie ermittlungstaktisch richtiges Mittel in Gestalt eines entsprechenden Angebots an die Angehörigen jener Szene dar, die gerade intern durch ein besonderes Maß an nicht nur ideologischer Gemeinsamkeit, sondern auch an massivem internen Gruppendruck gekennzeichnet ist. Bei der Bekämpfung derart gemeingefährlicher Straftäter gilt es gerade in verantwortlicher Güterabwägung, den Versuch zu wagen, einzelne Täter herauszubrechen

GAST-KOMMENTAR



Der Staatsrechtslehrer Professor Rupert Scholz ist Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten. FOTO: HÖFT

Der Ayatollah Montaseri, die Vier und die Siebzig

Ein verwickelter Kampf um die Nachfolge des greisen Khomeini / Von Jürgen Liminski

Machtkampf auf islamisch – das ist keine einfache Disziplin der Politik. In Teheran wird das gerade vorverzerrt, und ausgerechnet ein paar Amerikaner sind wieder zwischen die Frontlinien dieses Machtkampfes geraten. Sonderemissär McFarlane und andere Experten verhandeln nach glaubwürdigen Berichten mit der iranischen Führung, eine Geisel kann frei. Ist das ein Neuanfang der iranisch-amerikanischen Beziehungen, oder setzen die USA auf das falsche Pferd?

Mit wem soll man überhaupt verhandeln, mit dem designierten Nachfolger Khomeini oder mit dessen Gegnern, der iranischen Viererbande Rafsanjani (Parlamentspräsident), Musawi (Premierminister), Khamenei (Staatspräsident) und Achmad Khomeini, Sohn des greisen und, wie man hört, ernsthaft erkrankten jetzigen Revolutionsführers?

Das Rennen ist offen. Sicher ist nur: Seit der alte Khomeini daniederliegt, ist für die Vier Gefahr im Verzug. Denn ihr Einfluß und ihre Stel-

lung hängen vom Wohlwollen des Revolutionsführers ab. Dieser hat das Recht, laut Verfassung der Islamischen Republik (8. Kapitel) Abgeordnete abzusetzen oder zu ernennen, über Krieg und Frieden zu entscheiden, die sieben Mitglieder des Sicherheitsrats (Präsident, Premier, Verteidigungsminister, Generalstabschef, Chef der Revolutionswächter, zwei weitere Ratgeber) zu bestimmen.

Die Viererbande in Teheran wäre auch von Zustimmung und Wohlwollen des neuen Führers abhängig. Montaseri aber hat seit einigen Monaten zu erkennen gegeben, daß er das System zwar gut und richtig finde, nicht jedoch die Amtsführung der Personen, die die wichtigsten Ämter innehaben. Diese Personen müßten ausgewechselt werden. So hofft er, eine neue Atmosphäre zu schaffen, um mit frischen Illusionen die Revolution der Mullahs fortzuführen.

Schon als Musawi seine Regierung bilden wollte, prallten die persönlichen Gegensätze aufeinander. Die Regierungsbildung dauerte sechs

Monate. Montaseri blockte ab. Es war schließlich Khomeini selbst, der die Regierung billigte und so die Situation löste.

Auch jetzt wird Khomeini noch einmal bemüht. Der Minister für islamische Führung (zuständig für die Nachrichtendienste) bat in einem Brief an Khomeini um Rat, wie er mit den jüngst Verhafteten – unter ihnen Haschemi, ein enger Vertrauter Montaseris – verfahren solle. Haschemi werden unter anderem Mord, Korruption, Entführung vorgeworfen. Er soll vor einigen Jahren einen Mullah mit dessen Turban erwürgt haben.

Khomeini Antwort: „Man verführe im Interesse des Islam.“ Auf diese Vergehen aber steht nach dem Gesetz des Koran der Tod. Auch Montaseri erhalte sich an Khomeini gewandt. Er wurde mit der Antwort beschieden, das sei nicht Sache des Revolutionsführers – eine Absage für Montaseri also. Hinzu kommt, daß Sohn Achmad Khomeini sich öffentlich für eine kollektive Führung anstelle des Velayati

IM GESPRÄCH Wolfgang Odendahl

Weltweiter General

Von Rüdiger Moniac

Nachfolger von Generalleutnant Gerhard Wachter wird als Chef des in Köln ansässigen Heeresamtes Generalmajor Wolfgang Odendahl. Seit einundhalb Jahren hat er als Chef des Stabes bei der Alliierten Armee-Gruppe Mitte (Centag) in Heidelberg gearbeitet, bevor er – bedingt durch die überraschende Bitte Wachters an Bundesverteidigungsminister Werner, ihn wegen völlig anderer Ansichten über die Heeresplanung vorzeitig in den Ruhestand zu entlassen – gefragt wurde, ob er dessen Aufgabe übernehmen wolle.

Die für die Versetzung Odendahls aus der NATO nötigen Konsultationen im Bündnis gingen so schnell voran, daß seine Berufung schon sicher ist, bevor Wachter überhaupt die Entlassungsurkunde erhalten hat. Mit dem Wechsel an die Spitze des Heeresamtes ist zum Monatsende zu rechnen.

Odendahl fand sich zur Versetzung erst bereit, nachdem er längere Gespräche sowohl mit dem Inspekteur des Heeres, Hans-Henning von Sandrart, als auch mit amtsmüden General selbst geführt hatte. Daß er danach seine Zustimmung gegeben hat, zeigt, daß General Odendahl glaubt, die von Wachter gesehene Schwierigkeiten der Heeresplanung seien zu lösen.

Die Fähigkeit, das zu beurteilen, hat sich der Nachfolger auf verschiedenen Stationen seiner Offizierskarriere erworben, zumal auf den letzten, seit er Oberst geworden war. Er kommandierte eine Luftlandebrigade, wurde dann Chef des Stabes des II. Korps in Ulm und schließlich, bevor er zur Centag kam, Kommandeur der 4. Panzergrenadierrivision in Regensburg. General Wachter war sein Lehrgangskamerad bei der Generalschulausbildung. Sie kennen sich also gut, und Odendahl sollte erfahren haben, was wirklich hinter dem Wunsch seines Vorgängers auf vorzeitige Pensionierung stand.

Der Nachfolger ist nicht einmal zwei Jahre jünger als Wachter, geboren 1931 im ostpreussischen Allenstein. Dennoch fühlt sich Odendahl



Offiziers-Nachwuchs auch dahier: Wachter-Nachfolger Odendahl. FOTO: DPA

als Rheinländer. Sein Stiefvater arbeitete vor dem Krieg bei Bayer in Leverkusen und wurde von diesem Unternehmen ins damalige Niederländisch-Indien, das heutige Indonesien, entsandt. Der junge Wolfgang ging als Neunjähriger mit. Bei Kriegsbeginn internierten die Holländer den Vater. Der japanische Frachter, der den Jungen mit der Mutter heimbringen sollte, wurde vom Beginn des Rußlandfeldzuges überrascht. Odendahl blieb bis 1947 in Japan, machte dann in Leverkusen das Abitur und bewarb sich bei der Polizei und gleich danach beim Bundesgrenzschutz. Als Oberleutnant übernahm ihn 1956 die Bundeswehr.

Odendahl sah das zerstörte Köln und erlebte, wie in Korea der Kommunismus die kriegerische Landnahme versuchte. Andere sagten „ohne mich“, er dagegen entschloß sich, beim Aufbau der Bundeswehr zu helfen. Wie er denken auch zwei seiner drei Söhne, die Offiziere geworden sind. Wenn der Vater an die Spitze des Heeresamtes kommt, wird einer von ihnen als Oberleutnant Chef einer Panzerkompanie werden. Ein Zufall, über den sich beide freuen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen beschäftigen sich mit den Wahlen in den USA:

DER BUND

Vorweg dies eine: Die amerikanischen Zwischenwahlen sind trotz der respektablen Gewinne der Demokraten im Senat nicht Ausdruck eines Linksrutsches. ... Der Bruch mit dem Zeitalter Reagans hat nicht stattgefunden. (Bern)

IL GIORNALE

Der Kreml verhehlt nicht seine Freude über die Niederlage der Republikaner ... Nachdem er so lange den anklagenden Finger auf Reagan gerichtet hat, nimmt er die Gelegenheit wahr, der eigenen „öffentlichen Meinung“ zu vermitteln, daß auch die Amerikaner mit ihrem Präsidenten unzufrieden sind. (Mailand)

ISWESTIJA

Die US-Administration, die große Hoffnungen in die Wahlen gesetzt und betont hatte, sie brauche nicht nur den Senat, sondern auch das Repräsentantenhaus, hat eine klare Niederlage erlitten. (Moskau)

LE FIGARO

Für Europa ist die Botschaft unzweideutig: Sie besteht aus einem Appell an seine Entschlossenheit und seinen Zusammenhalt. (Paris)

KOMSOMOLSKAJA PRAWDA

Nicht nur die Republikanische Partei hat eine Niederlage erlitten, die Wahlen wurden zum Mißtrauensvotum gegenüber den politischen Zielsetzungen, zu denen sich das Weiße Haus bekennt. Sie haben gezeigt, daß

THE GUARDIAN

Die Niederlage Reagans ist kein großartiger Beweis für ein Wiederaufleben der Demokraten als vereinte Macht. Es gab kein demokratisches Wahlkampfthema, das zum Sieg führte. Statt dessen gab es wenig mehr als die bekannte Verletzlichkeit einer Regierungspartei in der Halbzeit der Legislatur. (London)

BERLINGSKE TIDENDE

Von Mann zu Mann wird Reagan gute Möglichkeiten haben, sich auf dem Verhandlungswege durchzusetzen, wenn er extreme Positionen leicht gibt. (Kopenhagen)

Ständische Zeitung

Wenn überhaupt eine nationale Frage den Wahlausgang entscheiden soll, dann war es die Summe der regionalen Unzufriedenheiten mit einer Wirtschaftspolitik, die wichtige Gruppen als Verlierer zurückließ: die Farmer im Westen, die Kohleschürfer im Süden, die Stahlarbeiter im Nordosten. Und genau hier wird der demokratische Kongreß im nächsten Jahr ansetzen – keineswegs zur Freude von Japanern und Europäern. (München)

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Wie werden sich die Schlappheit der Republikaner und der Zugewinn der Demokraten auf die Beziehungen zwischen den USA und den Verbündeten auswirken? Zu unserem Vorteil gewiß nicht.

الحمد لله

Der Graf und Gutsherr überlebte alle Revolutionen

Die Zeit scheint stillzustehen, die sowjetische Gegenwart verstrickt. Was werden die Erinnerungen an den Gutsherrn, den Lebewand, den berühmten Schriftsteller, den einstigen Gut des Grafen Leo Tolstoj, dem einstigen Gut des Grafen Leo Tolstoj?

Von ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Dann und weiß steigt der Bauch von den Karstfeldern, wo man das Laub verbrennt. Weit und hell breitet sich die russische Landschaft aus. Drei Autostunden braucht man von Moskau bis Jasnaja Poljana, dem einstigen Gut des Grafen Leo Tolstoj, dem Ziel meiner literarischen Sehnsucht. Einer frühen Utopie gilt es nachzusehen, später neu entzündet nach der Lektüre der Tagebücher der unglücklichen Sofia Andrejewna Tolstaja.

Vorbei führt man an der Oka-Niederung mit den Weißkohl-Feldern, vorbei an hellen Birkenwäldern, durch winzige Dörfer, die da heißen Alexandrowka, Nennschewo, Schlesnaja, Dörfer, deren Wege nicht asphaltiert sind, wo alte Frauen am Wegrand Äpfel füllten und Ästern zwischen Gärten und Wäldern leuchteten. Man passiert das staubige, von Straßenbahnschienen zersägte, waffenschmiedende Tula mit leuchtenden goldenen Krenztürmen.

An diesem Wochentag, im Spätherbst, nach diversen Telefonaten und der Reiseleiterlaubnis durch das Außenministerium - sollte die literarische Fiktion Wirklichkeit werden. Ein sonniger Tag, der noch einmal die volle Pracht des Herbstes entfaltet. Ich fahre über die winzige Brücke, die die Woronka überquert. Das Fließchen, wie in die Wiesen kalligraphiert, schlingt sich zur Schleife, begrenzt die Gutschaft Tolstoj im Norden. Ein Wegweiser verkündet: Jasnaja Poljana (helle Waldlichtung).

zwei Kilometer, dann taucht die weiße Steinmauer auf, von zwei wehrhaften Türmen befestigt, nun in weiches goldenes Herbstlicht getaucht.

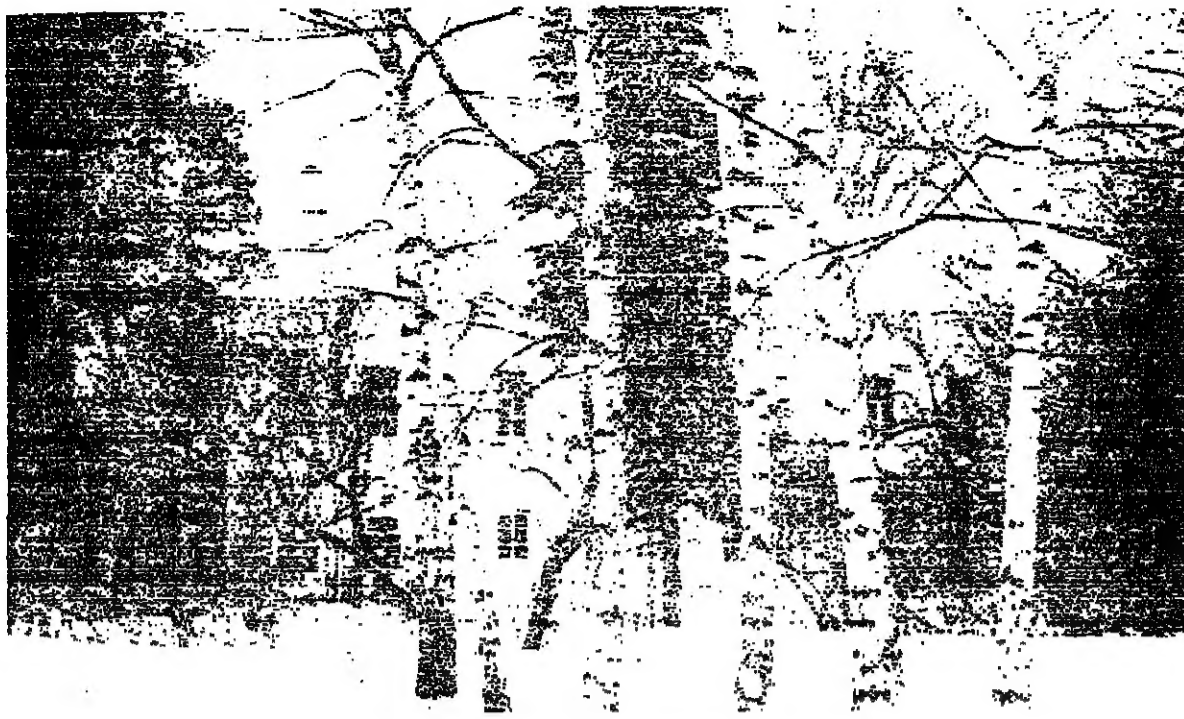
Die Begegnung trifft mitten ins Herz: vermittelt ein Sehnen nach einer besseren Welt. Die Zeit scheint stillzustehen, die Gegenwart versunken. Keine Touristen an diesem Tag. Nur der Fremde öffnet man die Tore. Natascha, die kühle Führerin, die so präzise erzählt wird, erwartet mich am Eingang.

Durch Laub und Licht gehen wir durch die Birkenallee, dieser melancholischen Kulisse der Liebe und Leidenschaft, durch die der 34-jährige Gutsherr, der Lebewand und bereits berühmte russische Schriftsteller die 18-jährige Moskauer Arzttochter Sofia Andrejewna im Sturm erobert und sie hier als Braut auf sein Gut heimführt.

Vorbei geht es an den Wirtschaftsgebäuden - Pferdeställe, Hühnerhof, Bienezucht - vorbei an dem Wolkonoski-Haus und Kusminski-Haus. Hier, wo sich heute ein literarisches Museum befindet, errichtete Tolstoj seine Schule für Bauernkinder im Stil der späteren Waldorfschulen. Argwöhnisch beobachtet von der Geheimpolizei des Zaren.

Dann taucht der weißgetünchte einstöckige Bau des Gutshauses auf. Mit seinem Giebelvorsprung, seinen Seitentürmen, seiner offenen Terrasse, einem großen Landhaus gleichend. Weit entfernt von der Vorstellung an schlesische oder böhmische Pseudalben. In dieses Haus zog der Graf mit seiner jungen Frau, hier lebte sie fast 60 Jahre, hier gebar sie 13 Kinder.

Man nähert sich dem Gutshaus von der Rückseite, vom Kuchentrakt. Jetzt sitzen auf der Bank in der warmen Herbstsonne ein paar alte Aufseherinnen, die frühlich schwatzen und darauf achten, daß ich die Leder-Latschen über meine Schuhe binde. Hier auf dieser Bank saßen und warteten einst die Bedienten, daß ihnen Tolstoj täglich ein Almosen gab.



Vorsteckt im hellen russischen Birkenwald: Das einstige Landgut des Dichters Leo Tolstoj

be. Die Ulme, „der Baum der Armen“, steht nur noch abseits, ein kahler Stamm ohne Äste, ohne Zweige.

Natascha führt, geleitet durch die riesige Bibliothek mit Tausenden von Bänden in allen Sprachen. Tolstoj beherrschte fast alle gängigen Sprachen, las die Werke im Original. Heute gehören Leo Tolstoj's Werke zur Pflichtlektüre der sowjetischen Jugend, stehen in jedem Bücherschrank. So schwärmerisch entrückt wie Natascha über Tolstoj erzählt, genauso schwärmerisch widmen die sowjetischen Medien Jahr für Jahr zu Tolstoj's Geburtstag hehre Gedenkworte. Immer wieder wird Lenin zitiert: „Tolstoj war in seinen Schriften eine so große Anzahl gewaltiger Probleme zur Diskussion zu stellen und einen solchen Grad künstlerischer Kraft zu erreichen, daß seine Werke zu den besten der Weltliteratur zählen.“ Man hat den großen russischen Dichter längst vereinnahmt für sowjetische Interpretationskünste. Man hat Tolstoj zum Zeugen der Revolution gemacht.

Wir sind im großen „Saal“ angekommen. Der Raum wird beherrscht von einem gewaltigen Eßtisch, das weiß-blaue Geschirrmuseum ist wie zum Mahl gedeckt, auch der Samowar steht bereit. An den Wänden von Ilya Repin gemalte Porträts der Familie. Ahnenbilder - Modelle für „Krieg und Frieden“, außerdem zwei Flügel im Raum. Man musizierte viel bei Tolstoj. Sessel und Sofa in der Ecke „der Jungen“, Diwan und Polsterstühle in der „Strecke“, hier fuhr Tolstoj mit den Größen seiner Zeit heftige Diskussionen aus.

In seinem Abschiedsbrief an Sofia schrieb Tolstoj 1910 vor seiner sehnlichen Flucht, „er habe es nicht mehr ausgehalten unter solchen luxuriösen Bedingungen zu leben“. Man versteht diesen Satz nicht ganz angesichts dieser Einrichtung, die im Urzustand erhalten wurde. Denn dieses Ambiente ist bürgerlich-schlicht, keine Teppiche auf dem Dielenboden. Weiße, einfache Vorhänge an den Fenstern. Ein Grammophon (Geschenk von Edison) und eine Schreibmaschine von Remington offenbaren, wie sehr Tolstoj's Leben des 19. Jahrhunderts doch von der Neuzeit ergriffen wurde.

Nur das Boudoir von Sofia, seiner Frau, atmet einen Hauch von Luxus. Hier an ihrem polierten Schreibtisch umringt von den Porträts ihrer Kinder, unter einer reich verzierten Ikone schrieb sie allein zwölfmal das Manuskript „Krieg und Frieden“ ab, hier

verfaßte sie ihre Tagebücher und hier lebte sie elf Jahre nach dem Tod Tolstoj's „den Erinnerungen“.

Spartanisch eingerichtet auch das Arbeitszimmer von Tolstoj, wo er täglich von morgens neun Uhr bis zum Nachmittag um 15 Uhr arbeitete. Während dieser Zeit mußte im Hause absolute Stille herrschen.

Wie mahndend steht in diesem Raum ein gewaltiges zerschüssenes schwarzes Ledersofa. Es entstammte noch dem Elternhaus Tolstoj's, es war seine Geburtsstätte, die seiner drei Brüder und aller seiner Kinder. „Diesem Möbelstück“, so der Tolstoj-Biograph Schilowskij, „war es beschieden, das Floß zu sein, auf dem er von der Geburt bis zum Tode durchs Leben fahren sollte.“

Der letzte Raum der Zimmerflucht führt in Tolstoj's Schlafzimmer. Eine fast spartanisch anmutende Zelle mit schmalen Bett, Waschtisch mit weißem Porzellanbecken. An den Haken hängen ein heller Mantel, eine Stoffmütze, ein breitrandiger Hut und natürlich das weiße, leinene Russenhemd, das Tolstoj auf Bauernart zu tragen liebte. Die Trensen und die Reingerte ebenso wie der Stiefelanziehbezug, nachdem Tolstoj in seiner mühseligen Weltfahrt im Haus des Bahnwärters von Astapowa starb. Hier, in Starik Sakas liegt er begraben. Tolstoj's Grab ist so schlicht, wie er es wünschte, ohne Kreuz, ohne Stein - nur ein mit Moos und Farnwedel bedeckter Erdhügel in der Nähe einer Waldschlucht. Eine Hecke hält die Besucher auf Distanz.

Ein Brautpaar kommt entgegen. Die Braut, blutjung, weiß gekleidet, laut und fröhlich der Brautjungfer. Sie legt ihr Blumenbuket auf die Hecke. Ein Brauch aller Bräute aus Tula, die hierher traditionell pilgern.

Weiß sie denn nicht, daß die Ehe der Sofia Andrejewna Tolstaja sehr unglücklich war, daß Tolstoj ein miserabler Ehemann war? Der Brautpaar entschwindet johlend auf dem Waldweg.

störte - durch das die veränderte Gegenwart durchschimmert.

Allein gehe ich durch den „alten Hegewald“ Starik Sakas, in dem zu Tolstoj's Lebzeiten kein Baum gefällt werden durfte. Jetzt ranken junge Bäume empor. Ein Panjewagen mit Laub beladen kommt mir entgegen.

Hier, in diesem Wald, hatte einst sein Lieblingsbruder Nikolaj, ihm, dem kleinen Ljowna weisgemacht, hier sei das „grüne Stäbchen“ verborgen, das die ganze Welt glücklich machen würde - wenn man es fände. Und just hier wollte Tolstoj begraben werden.

Am 9. November 1910 folgten Tau-



Leo Tolstoj, 1828-1910, im Alter von 80 Jahren

FOTO: AP

Eifrig notieren die Sowjets die Worte des Kanzlers

Der Kanzler sprach, die Opposition antwortete, die Zwischenrufer hatten ihre große Stunde. Es ging um das Interview des Bundeskanzler mit „Newsweek“, doch es war - mehr noch - Wahlkampf.

Von DIETHART GOOS

Spätestens gestern, am 31. Tag vor der Bundestagswahl, ist der gemütliche Plenarsaal im Bonner Wasserwerk in eine Wahlkampfabzweigung umfunktioniert worden. Denn so ein heißes Thema wie des Kanzlers umstrittene Äußerungen im US-Magazin „Newsweek“ wollte sich die Opposition nicht entgehen lassen, wo zudem auch noch das Fernsehen live übertrag. Und auch die Koalition wollte versuchen, den „Fall“ offensiv zu beenden.

Überpünktlich erscheint die Hauptperson. Helmut Kohl im dunkelblauen Einreih mit dezent gestreifter Krawatte, am Revers die Miniausgabe der Sonderstufe des Großen Verdienstkreuzes für den Regierungschef. Ein Schluck Wasser, dann beginnt der Kanzler ruhig und sachlich über seine Gespräche mit US-Präsident Ronald Reagan und über die jüngste Zusammenkunft mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand zu berichten. Das dicht besetzte Plenum hört nicht sonderlich interessiert zu, alles wartet auf das Stichwort „Newsweek“.

Nach zwanzig Minuten, draußen tuckert gerade das Motorschiff „Lohr“ aus Würzburg rheinaufwärts, kommt der Regierungschef auf das Thema Gorbatschow und Goebbels zu sprechen.

„Ich wollte Gorbatschow nicht beleidigen“

Ausdrücklich verweist Helmut Kohl auf seine Interpretation der peinlichen Angelegenheit, die er am Montag in seinem WELT-Interview gegeben hatte und versichert erneut: „Es liegt mir fern, Generalsekretär Gorbatschow zu nahe zu treten oder gar beleidigen zu wollen.“ Es sei der falsche Eindruck in „Newsweek“ vermittelt worden, „ich hätte Generalsekretär Gorbatschow persönlich mit Goebbels verglichen wollen. Das war nie meine Absicht. Ich bedauere es sehr, daß dieser Eindruck entstehen konnte, und distanzieren mich mit Entschiedenheit davon.“

Auf der Regierungsbank ausdruckslos Miene von Kohls Kabinettskollegen. Die Koalitionsabgeordneten spenden mäßigen Beifall, von den Oppositionsbänken kommt der Zwischenruf „Blackout-Kanzler“. Kohl läßt sich nicht provozieren, geht auf diesen und weitere Zwischenrufe nicht ein. Er sagt: „Mein Wunsch ist, daß ich mit dieser Erklärung dazu beigetragen habe, daß die Beziehungen ungestört weiterentwickelt werden können.“

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel ist ganz und gar nicht dieser Meinung. Angriffsfreudig wirft er dem Regierungschef vor, Kohl behindere die Verständigung der Weltmächte, statt sie zu erleichtern. Es

hagelt Zwischenrufe aus den Reihen der Koalition. Vogel wendet sich an die Bürger am TV-Gerät: „Ich teile Ihnen, den Fernsehzuschauern, mit, was die Zwischenrufer mir vorhalten: „Vogel-Rotfront: Sie sind heute reichlich nervös von der Koalition. Dabei kommt das Thema doch erst noch, wo Sie wirklich nervös reagieren könnten.“

Kräfig greift Hans-Jochen Vogel in die rhetorische Trickliste, nimmt KP-Generalsekretär Gorbatschow in Schutz vor Vergleichen mit Goebbels - was Kohl nicht getan haben will. Und wieder macht Vogel einen Zwischenruf der breiten Zuhörerschaft zugänglich, indem er den CSU-Abgeordneten Hans Klein unter Pfui-Rufen von SPD und Grünen mit dem Einwand zitiert: „Goebbels war in Wahrheit Sozialist.“ Da bricht Tumult aus.

Die Präsidenten-Glocke mahnt zur Mäßigung

Klein greift sich das nächststehende Saalmikrofon: „Wollen Sie zur Kenntnis nehmen, daß ich diesen Zwischenruf nicht gemacht habe und mich schärfstens gegen diese Unterstellung wende.“ Vogel entgegnet lapidar: „Sie brauchen sich nicht zu wundern, dieser Zwischenruf kam aus Ihrer Richtung.“ Wieder muß die Glocke von Präsident Jenninger die Hitzköpfe zur Mäßigung ermahnen.

Die groben Klötze des SPD-Fraktionsvorsitzenden gegen den Kanzler will man sich in der CDU/CSU nicht gefallen lassen. Ihr stellvertretender Vorsitzender Volker Rühe, ein kühler Norddeutscher aus Hamburg-Harburg mit einem besonderen Vertrauensverhältnis zum Regierungschef, beweist, daß auch er austreten kann. Rühe wendet sich rhetorisch an den nicht anwesenden SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau müsse sich fragen lassen, warum er hier diffamieren läßt. Offenbar gelte der neue Slogan „Spalten statt Versöhnen“. Sarkastisch meint Rühe an die Adresse der SPD gewandt: „Ich verstehe ja Ihre Lage, daß Sie sich an jeden Strohhalm klammern, der da vorbeischwimmt. Doch überlassen Sie es der Sowjetunion, auf die Erklärung des Kanzlers zu reagieren, und machen Sie es Gorbatschow nicht zu schwer.“

Auf der vollbesetzten Diplomatentribüne werden die Reden aufmerksam verfolgt. Zwei Botschaftsräte der sowjetischen Vertretung machen sich eifrig Notizen. Auch die Besuchertribüne ist besetzt. Offiziere der amerikanischen Luftwaffenakademie in Colorado Springs verfolgen ratlos die heftigen Wortgefechte. Sie verstehen nur immer wieder „Newsweek“, wissen aber - glaubt man ihren Mienen - gar nicht, worum es geht. Auch die Matrosen vom Tender „Lech“ können dieser wahlkampforientierten Redeschlacht kaum etwas abgewinnen. Dennoch freuen sie sich, als sie auf der Regierungsbank hinter Verteidigungsminister Wörner ihren Chef Admiral Dieter Wellershoff, den neuen Generalinspekteur der Bundeswehr, erkennen.

„Am liebsten höre ich Mozart und gute Nachrichten von meiner Bank. Neben meinen anderen Geldgeschäften kümmert sie sich auch um steuersparende Anlagen und gibt mir immer wieder wertvolle Tips. Das kann meine Bank besonders gut, weil sie zusammen mit führenden Finanzinstituten einen leistungsfähigen Verbund bildet. Ein eingespieltes Orchester.“

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Volksbanken Raiffeisenbanken

Der Verbund:
 Volksbanken, Raiffeisenbanken mit mehr als 10.000 Bankstellen
 DG BANK
 Deutsche Genossenschaftsbank
 7 regionale Zentralbanken
 Bau- und Sparkassen
 Spar- und Leihkassen
 DG HYP
 Deutsche Hypothekendarlehenbank
 DIFA
 Deutsche Immobilien Fonds AG
 Münchener Hypothekendarlehenbank AG
 R+V Versicherung
 Union-Investment-Gesellschaft

Vor der Wahl in Hamburg: Spekulationen um Koalition / Parteien kämpfen hart aber fair

Der FDP-Faktor bleibt die große Unbekannte

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Jede Betrachtung, was in Hamburg am Tag „danach“ passiert, wer mit wem nach dem 9. November den Stadtrat regiert, beginnt mit der FDP. Die Hamburger Liberalen sind zwar seit sechzehn Jahren nicht mehr in der Bürgerschaft vertreten, doch ihnen fällt vielleicht die Schlüsselrolle bei der Mehrheitsbildung zu. Am 26. Februar beschloß der FDP-Landesausschuß, keine Koalitionsaussage zu machen. Die CDU schmolte im Vorwahlkampf schüchtern dann Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff für eine mögliche Verbindung zur SPD ein. Dies stößt auf Gegenliebe von Hamburgs Bürgermeister von Dohnanyi, der in einem Gespräch mit der „Bild“-Zeitung sagte, daß er zu einer Koalition mit der FDP bereit sei.

Schafft die FDP – bei der letzten Wahl mit 2,6 Prozent weit abgeschlagen – die Rückkehr nicht, dann käme der nicht zum Zuge gekommene Stimmenanteil vor allem den großen Parteien zugute. Der SPD würden drei oder sogar vier Mandate der Beute zufallen – und sie würde damit vielleicht den 51. Sitz im Landesparlament erhalten, der die absolute Mehrheit bedeutet. Daß die Sozialdemokraten diesmal unter 50 Prozent Stimmenanteil sinken (1982: 51,3 Prozent), gilt als sicher. Absolute Mehrheit im Plenarsaal oder eine Partnerschaft mit der FDP – das sind die beiden wahrscheinlichsten Möglichkeiten für den Tag „danach“.

Die CDU wird auf ihre 38,6 Prozent von 1982 sicher etwas drauflegen können. Doch daß ihr Zugewinn ausreicht, mit einer in der Bürgerschaft eingezogenen FDP zusammen eine Mehrheit zu bilden, gilt als fraglich. Die Grün-Alternativen haben wohl keine Probleme, die Fünf-Prozent-Schwelle erneut zu überwinden. Letzte Möglichkeit: SPD ohne absolute Mehrheit und FDP ohne Mandate – dann dürfte es zu Teilvereinbarungen zwischen SPD und CDU in Sachfragen kommen. Mit dem Ziel, nach einer Frist Neuwahlen anzusetzen.

Die letzte Phase des Wahlkampfes war heiß. Es kochte aber wenig über

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der Wahlkampf ist geschafft, die Spitzenkandidaten sind es auch – das ist das Fazit des heutigen letzten Tages im Ringen der Parteien um das Vertrauen der Wähler für den Hansestadt. CDU und SPD trafen gestern Abend zum Abschluß in Top-Besetzung an: Bundeskanzler Helmut Kohl und Herausforderer Hartmut Perschau im Congress Centrum. Kanzlerkandidat Johannes Rau und der sozialdemokratische „Titelverteidiger“ in der Hansestadt, Klaus von Dohnanyi, im volkstümlichen Ambiente – dem Festzelt „Zum Ochsen“ auf dem Hamburger Dom. Die Positionen sind klar, neue Argumente konnte keiner der Kandidaten in den letzten Tagen präsentieren – auch nicht Dohnanyi und Perschau in ihrem Fernsehduell am Mittwochabend, das ohne persönliche Tiefschläge zwar hart in der Sache, aber fair verlief.

Als Wahlkämpfer unterwegs waren die beiden Kontrahenten in unterschiedlichem Ausmaß: Perschau absolvierte seit dem 13. Oktober, als die eigentliche „heiße Phase“ begann, rund 200 Auftritte vor sehr unterschiedlichem Publikum; die Bandbreite reichte von Wirtschaftsnotablen im obligaten Flanell oder Nadelstreifenanzug bis zu Marktbeschickern unter freiem Himmel. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi kam auf „ungefähr 70 Wahlkampfeinsätze“, komplettiert diese Auskunft jedoch durch die Feststellung, er habe „in diesen Wochen mehr als Bürgermeister gearbeitet als Wahlkampf gemacht“. Mit Abstand die meisten Wahlkampftermine hatte Ingo von Münch, der FDP-Landesvorsitzende und liberale Spitzenkandidat: Er kam auf 306 Einsätze und kann damit auch zahlenmäßig belegen, daß er sich für die Rückkehr seiner Partei in das Landesparlament nach einer „Verbannung“ von achtzehn Jahren höchstpersönlich abgerackert hat. Auch politische Gegner bescheinigen ihm, daß er seine Botschaft, ohne die

FDP in der Bürgerschaft werde „in Hamburg wieder alles beim Alten bleiben“, mit Geschick und Engagement unter die Leute gebracht hat.

Erleichtert ist über den bisherigen Verlauf des Wahlkampfes Innenminister Alfons Pawelczyk – nicht in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Regierungschefs und Anführer des Mitte-Rechts-Lagers in der Hamburger SPD, sondern als der für die Innere Sicherheit verantwortliche Politiker dieser Landesregierung. Die Sicherheitsprobleme bei den zahlreichen Auftritten von Bonner Spitzenpolitikern der Koalition wie der Opposition hatten die Polizei der Hansestadt und die Bonner Sicherheitsbehörden gut

Ergebnis 19.12.1982

SPD: 51,3 Prozent (64 Sitze)
CDU: 38,6 Prozent (48 Sitze)
GAL: 6,8 Prozent (8 Sitze)
FDP: 2,6 Prozent (–)

im Griff. Kanzler Kohl konnte unbehindert mit der U-Bahn fahren und im weltberühmten Tierpark Hagenbeck die Dickhäuter besichtigen. Arbeitsminister Norbert Blum wurde zwar bei einer Wahlveranstaltung von Stürmen aus dem ganz linken Spektrum zunächst am Reden gehindert, doch seine Sicherheit blieb gewährleistet. Und als SPD-Chef Willy Brandt mit Klaus von Dohnanyi zu einer SPD-Kundgebung in das weit über Hamburg hinaus bekannte Kommunikationszentrum „Fabrik“ im Stadtteil Ottensen kam, waren die überlappenden Ausdünstungen von Butter- und Butterbrot, die bislang unbekannte Täter vorher in das Lüftungssystem des Veranstaltungssaales gekippt hatten, schon wieder verlogen. Zwar machten sich Sympathisanten aus der linksextremen Szene an der Hansestraße durch Zwischenrufe und Transparente bemerkbar, doch die Veranstalter blieben Herr der Lage. Auch Außenminister Hans-Dietrich

Genscher und Wirtschaftsminister Martin Bangemann, die beide zu den hochgradig gefährdeten Bonner Spitzenpolitikern zählen, konnten ihre Absteher aus der Bundespolitik und internationalen Terminen in die Hansestadt, wo sie vor allem mittelständischen Vereinigungen die Ehre gaben, unbeschadet an Leib und Leben absolvieren. In einer Zeit hoher terroristischer Bedrohung und aufgeschütteter Emotionen ist das alles andere als selbstverständlich.

Selbst komische oder groteske Vorgänge blieben seltene Ausnahmen. CDU-Spitzenkandidat Hartmut Perschau sah sich nach einem Besuch eines Wochenmarktes in Bergedorf zu einem unverhofften Garderobewechsel genötigt, nachdem ein dort operierender Fischhändler ihm hinterlistig grinsend einen lebenden Karpfen schenken wollte, der damit allerdings nicht einverstanden war und den Händen des Wahlkämpfers Perschau mit einem Sprung in das Bassin entglitt, aus dem man ihn geholt hatte. Dabei erzeugte der Fisch eine Fontäne, die den Wahlkämpfer Perschau voll traf. Darüber konnte geschmunzelt werden. Den Spitzengegensen um Klaus von Dohnanyi hingegen war nicht nach Lachen zu Mute, als sie aus der Zeitung erfuhr, daß die in diesem Wahlkampf als „SPD-Oma“ bekannt gewordene 75jährige Grete Schildknecht, die auf SPD-Wahlplakaten mit der Aufschrift „Klaus“ und dem Zusatz „wen denn sonst?“ zu besichtigen ist, CDU-Mitglied wurde, während noch ihr Konterfei in den Straßen steht. Als politisches Fotomodell hatte sie eigentlich nur für eine SPD-interne Broschüre posieren wollen. Seither wird sie am Telefon von CDU-Gegnern belästigt.

Ein unangenehmes Nachspiel dürfte dieser Wahlkampf für den GAL-Bürgerschaftsabgeordneten Michael Herrmann haben. Er wurde in der Nacht zum Donnerstag im Stadtteil St. Pauli dabei gefasst, als er SPD-Wahlplakate mit GAL-Parolen überklebte.

Kohl: Ich bedaure sehr, daß ein falscher Eindruck entstehen konnte

Eine zentrale Rolle bei der Sicherheitsdebatte des Bundestages spielte das Interview von Bundeskanzler Kohl mit „Newsweek“ und der Passage über Gorbatschow und dem NS-Propagandaminister Goebbels. Kohl äußerte noch einmal sein Bedauern darüber, daß der Eindruck eines Vergleichs zwischen dem sowjetischen Generalsekretär und Goebbels habe entstehen können. In der Debatte nahmen auch SPD-Fraktionschef Vogel, der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rühle und die Grünen-Abgeordnete Borgmann Stellung.



Helmut Kohl: „Die Bundesregierung hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie die Bemühungen des Generalsekretärs um eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen ernst nimmt und positiv würdigt.“

Zuletzt habe ich im Oktober in meiner Rede auf dem CDU-Parteitag in Mainz erklärt, daß die sowjetische Politik unter der Führung von Generalsekretär Gorbatschow „neue Dynamik“ widerspiegeln. Ich habe unterstrichen, daß diese sowjetische Politik Risiken, aber auch Chancen für mehr Verständigung, Zusammenarbeit und vor allem für wichtige Ergebnisse im Bereich von Abrüstung und Rüstungskontrolle“ enthalte.

Ich will noch einmal ausdrücklich Bezug darauf nehmen, was ich zuletzt am Montag dieser Woche in einem Interview in der WELT erläutert habe: Es liegt mir fern, Generalsekretär Gorbatschow zu nahe zu treten oder gar beleidigen zu wollen. Das Interview in „Newsweek“ gibt in der entsprechenden Passage Sinn und Inhalt des eineinhalbstündigen Gesprächs nicht korrekt wieder. Dabei ist der falsche Eindruck vermittelt worden, ich hätte Generalsekretär Gorbatschow persönlich mit Goebbels verglichen wollen. Das war nie meine Absicht. Ich bedaure es sehr, daß dieser Eindruck entstehen konnte und distanzieren mich mit Entschiedenheit davon.

„DDR“ wollte westdeutsche Agenten umdrehen

dpa/AP, Bonn

In diesem Jahr wurden nach Angaben von Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) bisher 32 der Agententätigkeit für östliche Nachrichtendienstliche Verdächtige festgenommen (1985: 18 Festnahmen). Die Entwicklung zeigt nach Meinung von Zimmermann, daß die Spionageabwehr wirksam und erfolgreich arbeitet. Die personellen, strukturellen und organisatorischen Maßnahmen des Verfassungsschutzamtes, die nach der Flucht des Verfassungsschutzers Hansjochim Tiedge am 19. August 1985 in die „DDR“ ergriffen worden seien, hätten sich bewährt. Es habe sich herausgestellt, daß unter den Ostblock-Ländern die Nachrichtendienste der „DDR“ bei der Ausspähung der Bundesrepublik „weiterhin eine dominierende Rolle einnehmen“.

Die enttarnten Agenten richteten nach Angaben von Zimmermann ihre Spionagemethoden auf die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bereiche in der Bundesrepublik. In mehreren Fällen konnten auch Versuche östlicher Nachrichtendienste aufgedeckt und abgewehrt werden. Agenten in Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik zu gewinnen.

So hatten die drei vor wenigen Tagen festgenommenen Kaufleute aus München, Mönchengladbach und aus dem Raum Lemgo (WELT v. 5.11.) den Auftrag, Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) auszuspähen und „umzudrehen“, sie als Doppelagenten für das „DDR“-Ministerium für Staatssicherheit (MIS) zu gewinnen. Dies wurde aus Sicherheitskreisen bekannt.

DIE WELT (USPS 403-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Mein Wunsch ist, daß ich mit dieser Erklärung dazu beigetragen habe, daß die Beziehungen ungestört weiterentwickelt werden können.“

Hans-Jochen Vogel: „Zunächst – und da frage ich auch den Historiker Kohl: Haben Sie wahrgenommen, daß man in ernstzunehmenden westeuropäischen Zeitungen Ihre Äußerung nicht als eine Entgleisung, als einen – diesmal außenpolitischen – black out, sondern als ein Element Ihres Geschichtsverständnisses betrachtet? Daß man von Ihrem in Israel gesprochenen Wort von der Gnade der späten Geburt über Ihre Aussage, Sie hätten als Österreicher den von Ihnen so bezeichneten „großen Patrioten“ Waldheim gewählt, eine direkte Linie zu dem Vergleich zwischen Gorbatschow und Goebbels zieht? ... Ich kann Ihnen nur dringend raten, daß Sie solchen Deutungen nicht durch verschwommene und unklare Wendungen noch Vorschub leisten. Sollte sich nämlich dieser fatale Eindruck verfestigen, so würde hier ein außen- und innenpolitischer Schaden größten Ausmaßes drohen ...“

Dann: Wieso schildern Sie Goebbels als einen Propagandisten, als – wie Sie sagen – einen Fachmann in Public-Relations? In Wahrheit war er doch einer der teuflischsten Protagonisten der Hitterschen Gewaltethik. ... Der übrigens auch einer der prominentesten Befürworter des Überfalls auf die Sowjetunion war ... Welcher Teufel reißt Sie eigentlich, die Abrüstungsvorschläge Gorbatschows durch diese schlimme Verknüpfung als Propaganda abzutun?“



Kühlt das Atom-Süppchen der Grünen langsam ab?

D. GURATZSCH, Frankfurt

Die „Anti-AKW-Bewegung“ – wo steht sie, was hat sie für Perspektiven? Eine merkwürdige Momentaufnahme bot jetzt eine Podiumsdiskussion in Frankfurt – in der Aula der Fachhochschule, wo die linke Szene so manchen Bruderzwist ausgetragen hat, wo in endlosen, tage- und nachteiligen Debatten erst die Sammlung der Grünen, dann der Sinterungsprozess zwischen ihren „Realpolitikern“ und ihren „Fundamentalisten“ vorstatten ging und wo erst in diesem Frühsommer das Treffen „autonom“, linksradikaler und anarchistischer Gruppierungen aus den Randbereichen der Terrorzone bundesweit Aufsehen fand.

Drei Tage vor der angekündigten „Großdemonstration“ für die „sofortige Stilllegung aller Atomlagen“ in Hanau sollten nun hier noch einmal die Reihen gemustert, Unstimmigkeiten ausdiskutiert und „politische und juristische Möglichkeiten des Ausstiegs“ erörtert werden. Auf das Podium hatte man neben Atomgegner auch den grünen Umweltminister Joschka Fischer geladen, der inzwischen wegen seiner Zugehörigkeit zum Böhmer-Kabinett von den Linken und „Autonomen“ als „Etablierter“ beschimpft wird.

Hauch von Resignation

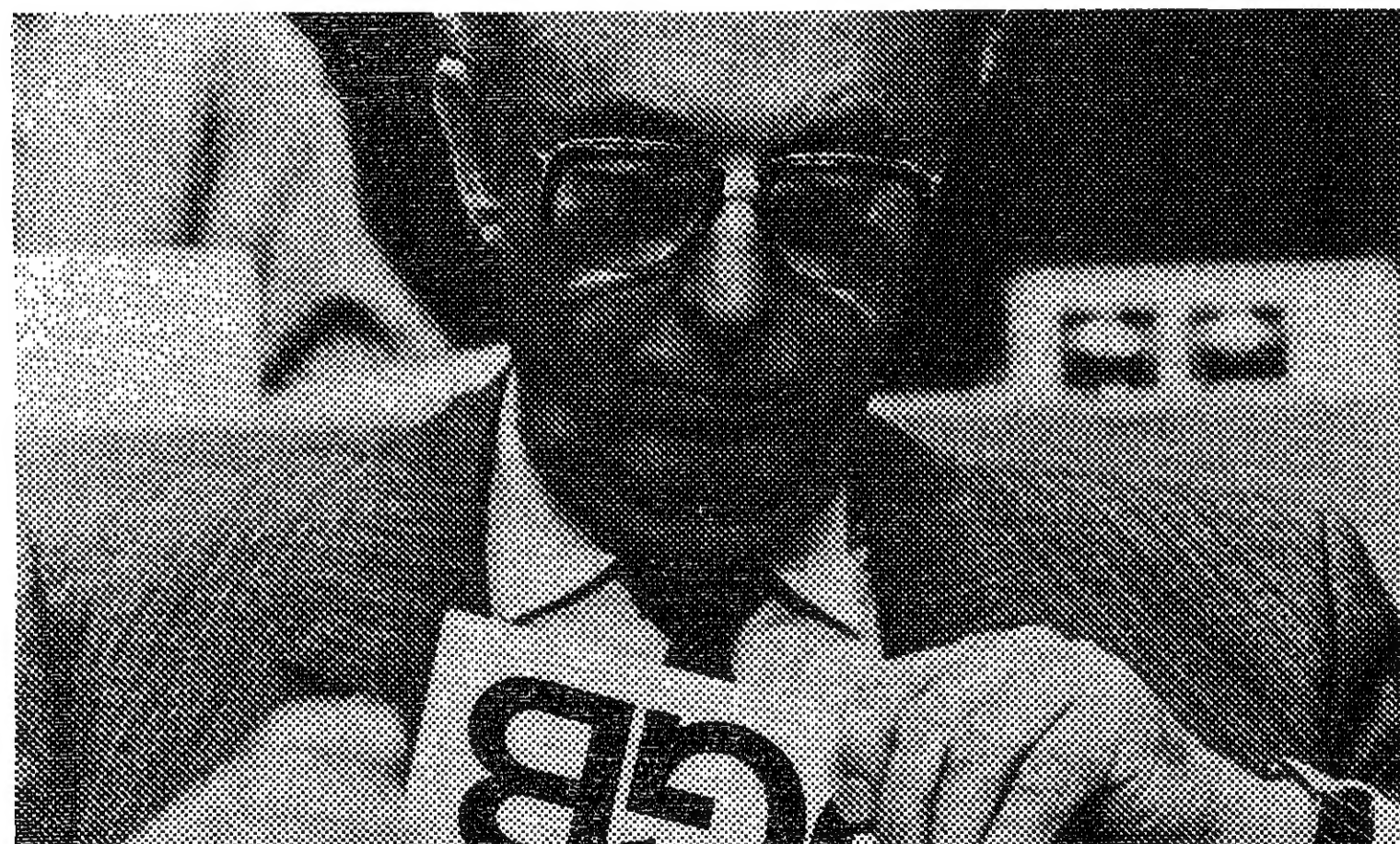
Aber die Heerschau fiel für die Veranstalter enttäuschend aus. Zwar war die Aula mit knapp 300 Leuten gut gefüllt – doch was war das bei einem Thema, für das früher der weit größere Saal des Volksbildungsheims nicht ausgereicht hätte! Und die Stimmung der Szene-Freaks, Lederjacks, Lang, Bunt und Filzhaarigen war mau und flau, kaum sieben Zwischenrufer übten sich in Versuchen, das Klima anzuhetzen. Ein Hauch von Resignation lag über der Anti-Atom-Versammlung – und das nur ein halbes Jahr nach Tschernobyl und nach dem gewaltigen Zulauf, den die Strahlenpsychose den Kernkraftgegnern beschert hat.

Fischer, der sich über das „Sektierertum“ der Veranstalter pikiert zeigte, die ihn und beinahe auch Robert Jungk als Redner auf ihrer Demom-

Volker Rühle: „Der Bundeskanzler hat gesagt, er habe nicht die Absicht gehabt, einen solchen Vergleich durchzuführen und hat sich entschieden davon distanziert. Wie anständig ist es eigentlich, diese deutlichen Worte nicht zur Kenntnis zu nehmen, Herr Dr. Vogel? Welche Rolle spielen Sie eigentlich? Sie müssen sich fragen lassen: Wollen Sie es eigentlich der Sowjetunion erleichtern, oder wollen Sie es ihr in Wirklichkeit nicht erschweren, diesen Vorgang abzuschließen? Herr Dr. Vogel, wie anständig ist eigentlich jemand, der die entschiedene Distanzierung von diesem Vergleich nicht zur Kenntnis nimmt, aber seinerseits einen Vergleich zwischen dem Generalsekretär der größten demokratischen Partei dieses Landes, Heiner Geißler, und Goebbels anregt? Wie anständig ist ein solcher Mann? Sie haben, Herr Dr. Vogel, gerade eben gesagt, Goebbels sei einer der teuflischsten Protagonisten eines mörderischen Regimes gewesen, und ich kann Ihnen nur zustimmen.“



Annemarie Borgmann: „Herr Bundeskanzler, auch Ihre heutigen diffusen Erklärungen – zu Ihrem „Newsweek“-Interview sind in keiner Weise geeignet, die Sache zu bereinigen. So billig können Sie sich nicht an der Affäre herausziehen, die die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf das Schwerste belastet. Wir sind der Meinung: Wenn einem Bundeskanzler solches widerfährt, dann ist das seinen Rücktritt wert! Seit zwei Wochen präsentiert uns die Regierung fast täglich eine neue Fassung, eine neue Version, wer was ergötzt, gestrichen, anders gemeint hat. Dabei läge es in der Hand der Bundesregierung, alle Unklarheiten zu beseitigen. Wir fordern Sie auf: Geben Sie den Tonbandmitschnitt des Interviews, der im Bundespresseamt liegt, endlich zur Veröffentlichung frei! ... Herr Bundeskanzler, ich muß sagen, diesen Vergleich und seine peinlichen Bereinigungsversuche sind mit Abstand das Glanzstück in der Kette ihrer Monumentalflops.“



Mit dem Verkauf der BfG-Mehrheit hat das Prinzip der Gemeinwirtschaft abgedankt.

Der Markt ersetzt die Funktionäre.

umfassend über alles, was in der Wirtschaft wichtig ist. Jeden Freitag neu.



MIT VORSPRUNG IN DIE NÄCHSTE WOCHE.

مكتبة من الأدب

Der Mord an dem Bonner Diplomaten Gerold von Braunmühl hat die Sicherheitsbehörden aufgerüttelt



Die Polizei ändert ihre Taktik: Die Konten der Terroristen sollen öfter ins Bewusstsein gebracht werden. Gestern wird jetzt noch Christoph Eduard Seidler (links), Barbara und Horst Meier gefolgt. Auch bisher verwendete Bombenmaterial soll zu den Tätern führen. FOTOS: DPA/AP

Die Terroristen-Fahnder bauen jetzt auf die Bevölkerung

WERNER KARL, Bonn
Bei der anlaufenden neuen verstärkten Fahndung nach Terroristen setzen die Behörden nach vertraulichen Berichten ein breiteres Instrumentarium polizeilicher und nachrichtendienstlicher Mittel ein. Bereits in den letzten Tagen wurde die in den vergangenen Jahren etwas veraltete Fahndungsmethode des Steckbriefes für die Öffentlichkeit einprägsamer angewendet. Das Bilderbuch der Fahndung ist entzerrt worden. Der Steckbrief, der über 20 mit Haftbefehl wegen Verdachts des Mordes und schwerer Gewalttaten gesuchte Personen aus der terroristischen Szene enthält, wurde paarweise beziehungsweise auf einzelne Terroristen aufgeteilt. Statt dem Bürger bis zu einem Dutzend Fotos samt körperlichen Merkmalen Verdächtiger in Sekunden auf dem Fernsehschirm

zu zeigen, wie es früher geschah, werden jetzt in kürzeren Abständen optische Hinweise auf jeweils nur zwei bis drei gesuchte mutmaßliche oder bereits überführte Terroristen gegeben. Auge und Gedächtnis sollen nicht überstrapaziert, die Aufmerksamkeit der Umwelt vielmehr geschärft werden.
Das Bundeskriminalamt hielt es deshalb in dieser Woche für zweckmäßig, auf gewisse Erfahrungen aus der Terrorismusbekämpfung seit den sechziger Jahren aufmerksam zu machen. Auch wenn die Gesuchten scheinbar spurlos untergetaucht sind und eine Rasterfahndung erfolglos scheint, bieten für die Terroristen der „Rote Armee Fraktion“ (RAF), „Revolutionäre Zellen“ und andere mehr oder weniger autonom agierende Gruppierungen notwendige logistische Maßnahmen dennoch Anlässe zu Ermittlungen. Die Terroristen-

Logistik stellt keineswegs hermetisch abgeschottete Bereiche dar, so daß sich durchaus für die Polizei erfolgversprechende Hinweise aus der Bevölkerung ergeben können.
„Zur Vorbereitung ihrer Anschläge benötigen Terroristen bestimmte Materialien und Räumlichkeiten, in denen sie ihre Tattatzen verrichten“, erklärte BKA-Präsident Heinrich Böge. Aus Werkstätten von Attentätern und Bombenlegern könnten sich mancherlei Auffälligkeiten ergeben, die vor Nachbarn nicht zu verbergen seien. Bombenleger beschafften sich für den Bau der Sprengsätze pulverige Sprengstoffbestandteile wie beispielsweise Unkraut-Ex, dazu Metallbehälter verschiedener Größen. Dabei kann es sich um Feuerlöcher, Gasflaschen und selbsthergestellte Eisenquadern handeln.
Werden in Wohnungen, Garagen oder Werkstattträumen Schweißar-

beiten an Gasflaschen oder Eisenquadern vorgenommen, so das Bundeskriminalamt, könnte dies Anzeichen für die Vorbereitung von Straftaten sein. Auch Hinweise darauf, wo in letzter Zeit solche Arbeiten festgestellt wurden, können für die Fahndung wichtige Ansatzpunkte liefern.
Der Appell an die Bevölkerung, Polizei und Kommissar Zufall zu unterstützen, erscheint den Sicherheitsbehörden schon deshalb wichtig, weil es dem Verfassungsschutz nicht gelungen war, V-Leute so in die Szene einzuschleusen, daß die Polizei durch den geheimen Nachrichtendienst auf die Spur terroristischer Täter gesetzt werden konnte. Im Fall der im August in einem Rüdeshimer Eiscafé verhafteten und zum RAF-Unterrückkommando gerechneten Eva Hauke-Primping, die dort mit zwei Begleitern aus der Düsseldorf RAF-Unterstützungsgruppe

sprach, konnte die Polizei einen Tip aus der Bevölkerung auswerten.
Das Bundeskriminalamt heize „den Volkssport Schnüffeln an“, kommentierte gestern die linke alternative „tagesschau“ (1.22) den Aufruf zur Mitfahndung. Das Blatt, das auch als Mitteilungsblatt für die militante Szene gilt, kündigte ferner Polizeikontrollen im gesamten Bundesgebiet an. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hatte vor dem Bundestags-Innenausschuß bekanntgegeben, daß der Ermittlungsrichter beim BGH als Konsequenz aus dem Mord an dem Bonner Diplomaten Gerold von Braunmühl den Beschluß für eine Großfahndung nach Paragraph 111 der Strafprozeßordnung erlassen habe. Die Polizei kann daraufhin auf den Straßen Kontrollstellen einrichten: Jeder ist verpflichtet, sich auszuweisen und sein Auto durchsuchen zu lassen.

Frankfurter Amtsrichter sichtet die BGAG-Akten

Verfahren nach Karlsruher Beschluß / DGB: Einengend

HARALD GÜNTHER, Karlsruhe
Glaubt man dem DGB, dann ist es seit Mittwochabend um die Streikfähigkeit der Gewerkschaften, ja ihre „Funktionsfähigkeit“ überhaupt schlecht bestellt. Ernst Breit und Co. hatten im Tausch um die Aufsichtsratsprotokolle der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft (BGAG) hoch gepokert und verloren: Einstimmig wies der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts ihren Antrag auf einstweilige Anordnung gegen die drohende Beschlagnahme zurück. Die Gewerkschaftsholding, der beim Niedergang und Verkauf des Wohnungsbaukonzerns „Neue Heimat“ (NH) eine Schlüsselrolle zukommt, muß demnach alle seit 1977 angefallenen Protokolle heraus-

sächlich war dem achtköpfigen Senat unter Vorsitz von BVG-Präsident Zeidler offenbar nicht wohl bei dem Gedanken, daß der Untersuchungsausschuß in diesem Fall selbst darüber entscheidet, welche Akten er zur Erfüllung seines Untersuchungsauftrags benötigt und welche nicht. Deshalb übertrug er dieses Recht auf einen unabhängigen Richter und regelte zugleich die im Ausschuß möglicherweise umstrittene Frage der vertraulichen Behandlung aller Protokolle. „Gemessen am Ausforschungsinteresse“ der Ausschlußmehrheit spricht der DGB-Vorstand daher von „sehr einengenden“ Vorgaben.

Zufrieden können die gewerkschaftlichen Geheimniskrämer dennoch nicht sein: Sie hatten die Akten-

Anzeige
Die BERUFS-WELT
bietet Ihnen seitensweise Karriere-Chancen.
Nutzen Sie jeden Samstag den großen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte. Auf Wunsch 4 Wochen kostenlos. Telefon: 0130-0001 (Frankfurt).
DIE WELT

auswahl partout der BGAG selbst überlassen wollen. Und was dabei herausgekommen wäre, kann man sich schwer ausmalen. Noch während der Verhandlung in Karlsruhe hatte DGB-Chef Breit den gesamten Anlagebestand der Holding zum potentiellen Streikvermögen seiner Organisation erklärt. „Selbst bei strikter Wahrung der Geheimhaltung“, so Ernst Breit wörtlich, „stünden damit den Parteien Informationen zur Verfügung, die sie in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Tarifautonomie und Tarifpolitik... für ihre parteipolitischen Zwecke einsetzen könnten.“

„Kronzeugen“-Debatte

Erste Lesung der Anti-Terror-Gesetze bestätigt Gegensätze

DIETHART GOOS, Bonn
Bei der ersten Lesung der Anti-Terror-Gesetze sind gestern im Bundestag erneut die Gegensätze zwischen Koalition und Opposition in aller Schärfe aufgeblüht. Vor allem die geplante Kronzeugenregelung stieß bei der SPD und den Grünen auf massive Ablehnung.
Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann erklärte, niemand könne voraussagen, ob das Instrument des Kronzeugen zum entscheidenden Durchbruch im Kampf gegen den Terrorismus verhelfen werde. Es könne sich aber als wirksam erweisen und sollte den Strafverfolgungsbehörden an die Hand gegeben werden. Es gehe nicht darum, Mördern einen Freibrief auszustellen.
Für die CDU/CSU unterstrich ihr parlamentarischer Geschäftsführer Rudolf Seiters die Notwendigkeit, den Terrorismus in der Bundesrepublik wirksamer als bisher zu bekämpfen, die Fahndungsmöglichkeiten zu verbessern und die Chancen zur Aufklärung früherer Verbrechen und zur

Verhinderung neuer Gewalttaten zu erhöhen. Seiters sagte: „Ich fordere alle Fraktionen auf, sich der sorgfältigen Prüfung unserer Vorschläge nicht zu versagen, sondern sich unserer Überzeugung anzuschließen: Gegenüber Terroristen darf es kein Zurückweichen geben.“ Er verwies darauf, daß bei der Kronzeugenregelung der Anspruch des Staates und die prinzipielle Forderung nach Strafverfolgung der Verhinderung zukünftiger Morde gegenüberstünden.
Detlef Kleinert, Sprecher der FDP-Fraktion, machte kein Hehl aus den Vorbehalten gegen die Kronzeugenregelung. Es müsse jedoch der Versuch unternommen werden, dem Terrorismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln Einhalt zu gebieten. Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Alfred Emmerlich nannte die Einführung des Kronzeugen ein untaugliches Mittel der Terrorismusbekämpfung. Es sei ein unerträglicher Zustand, daß Mörder um fragwürdiger Aussagen willen von der Strafverfolgung befreit werden sollten.

Hessen läßt weiter keine Privaten zu

AP, Wiesbaden/Bonn
In Hessen werden auf absehbare Zeit keine privaten Rundfunkveranstalter zugelassen. Ministerpräsident Börsen sagte in Wiesbaden, die Landesregierung sehe nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum niederschleichen Rundfunkgesetz keinen Anlaß, die Länderei ein Landestelekommissionen einzurichten, die die Zulassung privater Rundfunkveranstalter vorsehen. Privatrundfunk sei zwar zulässig, das Gericht habe die Länder aber nicht dazu verpflichtet. Börsen erklärte sich bereit, bei den Verhandlungen der Bundesländer für einen gemeinsamen Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens konstruktiv mitzuarbeiten.
In einem Appell an die Regierungschefs der Bundesländer hat die Deutsche Gesellschaft für Kabelkommunikation dazu aufgefordert, nach dem Medien-Urteil des Bundesverfassungsgerichts jetzt die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Die Ministerpräsidenten sollten „unverzüglich bundesweit gültige Medien-gesetze zustande bringen“.

Blum: Brauchbares in SPD-Rentenplan

AP, Düsseldorf
Bundesarbeitsminister Norbert Blum hat sich in einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ positiv zu Teilen des SPD-Rentenentwurfes geäußert. Den SPD-Vorschlag, für die jährlichen Rentenerhöhungen eine praktisch automatisch wirkende Formel vorzusehen, „die auf alle Eventualitäten eingestellt ist“, begrüßte auch die für die Erfüllung des Finanzbedarfs geplante Entlastung des Beitragszahlers durch die Beteiligung der Rentner und des Bundes.
Den von der SPD angestrebten „Wertschöpfungsbeitrag“ lehnte Blum ab. Der Beitrag verweise die Entscheidung darüber, wieviel vom Wohlstand an die „Alten“ abgegeben werden solle, eine Frage, die sich jede Generation wieder von neuem stellen müsse.
Ablehnend zeigte Blum sich auch gegenüber der Einführung einer Grundrente: Sie sei „entweder Geldverschwendung zugunsten von Millionen oder Umwandlung der Rentenversicherung zur Sozialhilfe“.

Ein Vorstoß für Deutsch in der UNO

HANS KRUMP, Bonn
Deutsch als offizielle Amtssprache in der UNO? Wenn es nach der „Internationalen Assoziation deutschsprachiger Medien“ (IADM), einer Hilfsorganisation für deutschen Rundfunk und Zeitungen im Ausland, geht, setzen sich demnächst Vertreter aus Bonn, Ost-Berlin und Wien an einen Tisch und beraten über eine gemeinsame Strategie, die Sprache Goethes als siebte mit „Exklusivrechten“ im New Yorker Glaspalast zu verankern. Alle Dokumente und Protokolle der UN müßten dann auch in Deutsch gedruckt werden – neben Englisch, Französisch, Russisch, Arabisch, Chinesisch und Spanisch.
Werner Bader, Leiter des Deutschen Programms der Deutschen Welle und wiedergewählter IADM-Präsident (WELT v. 27. 10.), verspricht sich von einer solchen geforderten Initiative der drei deutschsprachigen UNO-Mitgliedsstaaten eine „Aufwertung der deutschen Sprache“, denn von der Bedeutung in internationalen Organisationen hänge auch die Weltgeltung einer Sprache ab. Derzeit ist Deutsch bei der UNO Amtssprache mit Teilstatus, d. h. nur bestimmte Schriften werden in Deutsch übersetzt. Damit das alles in geordneten Bahnen verläuft, haben die Bundesrepublik Deutschland, die „DDR“ und Österreich bei den Vereinten Nationen ein gemeinsames Büro eingerichtet.
Auf daraus gewachsenem gemeinsamen Interesse jenseits der Blockzugehörigkeit deutscher Staaten hofft Bader auch bei der IADM-Initiative. Im Bonner Auswärtigen Amt sind in den vergangenen Jahren solche sprachpolitischen Vorstöße kein größeres Thema gewesen. „Sehr schwierig“, schätzte denn auch ein Beamter die Möglichkeiten für eine UNO-Amtssprache Deutsch ein. Im Hause Genscher sorgt man sich zur Zeit mehr um die Zustände bei der EG, wo Deutsch längst Amtssprache ist. Dennoch sollen westdeutsche Vertreter bei Sitzungen immer wieder Gefallen daran finden, generös auf ihre Rechte zu verzichten, und Englisch oder Französisch zu sprechen.
Derzeit ist Deutsch nach IADM-Angaben in 19 internationalen Organisationen Amtssprache mit Vollsta-

KLÖCKNER-MOELLER

Elektronik oder Elektromechanik? Wir bieten beides.

Elektrische und elektronische Anlagen, Systeme und Geräte zur Automatisierung und Energieverteilung.
Wir forschen, planen, bauen und leisten Kundendienst weltweit.

Wer viele Kundenwünsche zu erfüllen hat, muß schon ungewöhnlich flexibel sein. Eine Kundengruppe hat bereits auf elektronische Steuerungen umgestellt, das bedeutet, daß unser Angebot die vollständige Produktpalette „Industrie-Elektronik“ umfaßt. Die Vorteile dieser zukunftssicheren Systeme und Anlagen liegen auf der Hand und sie werden sich auf Dauer

durchsetzen. In anderen Bereichen sind unsere bewährten elektromechanischen Schaltergeräte weiterhin gefragt und stehen nach wie vor zur Verfügung. Sie sehen, es gibt keinen Grund, entweder Elektronik oder Elektromechanik anzubieten. Zu Ihrem Vorteil produzieren wir beides. Denn wenn es um zuverlässige Automatisierung

und Energieverteilung geht, sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. Dafür sorgen Ingenieure und Techniker in über 300 Technischen Außenbüros im In- und Ausland und 6.000 Mitarbeiter in 23 Werken.
Sprechen Sie mit uns. Wir haben das Know-how für Qualität.

Klöckner-Moeller, Postfach 1880, D-5300 Bonn 1, Tel. 0228/602-0.

Nur Bonn zeigte Savimbi die kalte Schulter

WOLFGANG HÖPKER, Bonn
Jonas Savimbi, der legendäre Führer der antimarxistischen Widerstandsbewegung Unita, verließ seine Kampfstellungen im angolanischen Busch und ist seit Ende Oktober auf Europatournee. Erste Station seiner diplomatischen Offensive war das Europa-Parlament in Straßburg. Doch blieb ihm ein Auftritt vor diesem Forum versagt, gegen den Protest der Linken sprach er statt dessen vor 103 Abgeordneten des konservativen Lagers. Er vernied militante Parolen und rief zu einem Dialog mit der marxistischen Regierung in Luanda auf: die Unita sei bereit, mit dem dort etablierten MPLA-Regime einen „sofortigen bedingungslosen Waffenstillstand“ auszuhandeln.

Nach Straßburg war Savimbi nächstes Reiseziel Paris, dem sich dann, wiederum in halböffentlicher Mission, ein Abstecher nach London anschloß. Anders als vor zwei Jahren, als ihm die damalige sozialistische Regierung Frankreichs ein Einreisevisum verweigert hatte, öffnet sich ihm diesmal an der Seine viele Türen. Er wußte sich die Kontakte gerade auch mit den Medien perfekt zu bedienen. Spätestens seit seinen Studententagen in Lausanne (wo er auch promoviert) beherrscht er neben dem Portugiesischen, dem Englischen sowie angolanischen Stammessprachen auch das Französische.

Wie in Straßburg hagelte es auch in Paris Proteste gegen eine Aufwertung des angolanischen Guerillachefs. Die „Frontstaaten“ des südlichen Afrika waren in einer gemeinsamen Demarche am Quai d'Orsay vorstellig geworden, an der Spitze der Botschafter Angolas, Luis José de Almeida, der gleichzeitig auch in Bonn akkreditiert ist.

Er sieht sich durch die Haltung des auswärtigen Amtes ernüchtert, das anders als die Regierungen in Paris, London und Washington nach wie vor Savimbi die kalte Schulter zeigt. Im Reiseplan des Unita-Chefs war offenbar auch Bonn vorgesehen, doch ließ das Auswärtige Amt durchblicken, daß es an einem Kontakt mit dem Rebellenführer nicht interessiert sei.

Politische Beobachter merken an, daß sich die Marschroute des Auswärtigen Amtes im südlichen Afrika auch hier vom Kurs der westlichen Verbündeten entfernt. Das gilt in erster Linie für die USA. Mit überraschend großer Mehrheit hatte Mitte September der Kongreß die Vorlage für nichtöffentliche Militärhilfe an die Unita gebilligt; dies bedeutete den Abschied vom „Clark-Amendment“, mit dem seit 1976 Waffenlieferungen an die angolanischen Bürgerkriegsparteien verboten waren.

Dem vorangegangen war im Ja-

nuar ein zehntägiger Besuch Savimbis in den USA, wo er als Staatsgast von Präsident Reagan im Weißen Haus empfangen wurde und auch im Pentagon und State Department durch bereitwillig geöffnete Türen ging. Der Rebellenchef erwies sich als eloquenter und gewandter Vertreter seiner Sache. Savimbis Argument, man müsse dem Kommunismus in Schwarzafrika Paroli bieten, trifft sich mit dem Konzept der sogenannten „Reagan-Doktrin“. Der Präsident hat es zur Pflicht erklärt, all denen zu helfen, die „im Kampf gegen sowjetische Aggression ihr Leben aufs Spiel setzen“. Unter den um Eindämmung und Zurückweisung sowjetischer Expansion ringenden Widerstandsbewegungen nennt Reagan neben den Contras in Nicaragua oder den afghanischen Mudschahedin ausdrücklich die Unita in Angola.

Dies freilich überkreuzt sich mit den Bemühungen des State Department, im einzelnen den Afrika-Chefunterhändler Chester Crocker, eine Übereinkunft mit der MPLA über Abzug oder zumindest Reduzierung der kubanischen Truppen aus Angola zu erzielen. Die mit einer Lösung des zum gordischen Knoten verzerrten Nambis-Problems verbundene Initiative ist nicht weitergekommen und droht zu versanden. Sie ist deshalb nicht aufgegeben, nach wie vor ist von einem Versöhnungsprozeß die Rede, der Unita und MPLA zusammenführen soll.

Die Stärke der kubanischen Truppen in Angola hat sich nach jüngsten Angaben Savimbis in den vergangenen zehn Jahren von 7000 auf 45 000 Mann erhöht; dies entspricht in etwa Aussagen, die Fidel Castro unlängst im September bei einem Inspektionsbesuch seiner Leihsoldaten in Luanda machte. Dazu kommen 3000 „Berater“ aus der „DDR“, 2000 aus der Sowjetunion und 2000 aus Nordkorea. Aber nicht nur quantitativ, auch qualitativ hat sich nach Einschätzung westlicher Beobachter das Interventionskorps des Sowjetblocks verändert. Bis zum vergangenen Jahr stellten die Kubaner das technische Personal der militärischen Unternehmen, heute sind es sowjetische Experten, die die Jagdflugzeuge und Kampfbomber, die Helikopter und die Panzer lenken.

All dies nimmt Savimbi skeptisch-unterkühlt als Beleg für seine These, daß der Bürgerkrieg in Angola längst über einen regionalen Konflikt hinausgewachsen ist – daß hier, im Zusammenspiel mit der Radikalisierung in Südafrika, die sowjetische Expansionspolitik sich ein Sprungbrett in Richtung zum „Kap der roten Hoffnung“ zu sichern sucht.



Eloquenter Vertreter seiner Sache: Jonas Savimbi

NATO-Pläne für Konya hinfällig?

Erdbebengefahren stellen Errichtung einer Luftwaffenbasis ernsthaft in Frage

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

NATO-Pläne, bei der türkischen Stadt Konya (Anatolien) ein Zentrum für die taktische Flugausbildung der alliierten Luftstreitkräfte einzurichten, sind durch das Bekanntwerden seismologischer Unterlagen für die Region in Gefahr geraten. Wie aus NATO-Quellen bekannt wurde, zeigen Untersuchungen des amerikanischen National Earthquake Information Service (NEIS), daß der Raum Konya von 1974 bis 1984 von 70 Erdbeben heimgesucht worden ist.

Die Epizentren der Beben lagen im Durchschnitt 140,2 Kilometer von Konya entfernt. Keines der Beben war schwer. Jedoch ergibt sich aus seismologischen Untersuchungen auf der Basis des NEIS-Quellenmaterials, daß in Zukunft für Konya die Gefahr eines schweren Bebens in einer Stärke von sieben und mehr auf der nach oben offenen Richterskala besteht. Niemand, so heißt es in Expertenkreisen, könne den Zeitpunkt voraussagen. Ein solches Beben könne in einigen Tagen oder erst in 15 oder 20 Jahren auftreten. Bei einem Beben dieser Art könnten Zerstörungen schwerster Art nicht ausgeschlossen werden.

Für den Plan, ein sogenanntes NATO Tactical Fighter Weapons Training Center in Konya mit NATO-Infrastrukturmitteln in Höhe von vielen Millionen Mark aufzubauen, bedeuten die seismologischen Erhebungen ein hohes Risiko. Von einem starken Beben könnten nicht nur die einrichtende umfangreiche Infrastruktur, sondern auch am Boden stehende Kampfflugzeuge betroffen werden. Milliardenwerte wären gefährdet. Bisher ist die potentielle Erdbebengefahr Konyas noch nicht in die NATO-Überlegungen eingegangen. Das Thema wurde übersehen.

Konya in seiner geographischen Lage von 37,87 Grad nördlicher Breite und 32,58 Grad östlicher Länge liegt danach am südlichen Rand der nordanatolischen Verwerfungszone und am östlichen Ende der westanatolischen Spaltzone. In der nordanatolischen Verwerfungszone gab es von 1974 bis 1984 fünf Beben mit einer Stärke von sechs oder mehr auf der Richterskala. Keines war in Bezug auf Konya näher als 500 Kilometer.

Im selben Zeitraum aber gab es 70 geringere Beben in einer 200-Kilometer-Zone um Konya. Das am nächsten

gelegene dieser Beben ereignete sich am 24. Februar 1978 und erreichte 4,6 auf der Richterskala. Das Epizentrum lag acht Kilometer von den für Konya errechneten geographischen Koordinaten entfernt. Das stärkste Beben in diesem Zeitraum ereignete sich am 28. Mai 1979 und erreichte eine Spitze von 5,9. Das Epizentrum lag 180 Kilometer westlich von Konya. Die größte Gefahr für eine Erdbebenkatastrophe geht nach wissenschaftlicher Beurteilung von der Spaltzone aus, an deren östlichem Ende Konya liegt. Es sei jedoch auch möglich, daß Konya von einem Beben in einer Stärke von mehr als sieben auf der Skala aus der am nächsten gelegenen Schicht der Verwerfungszone getroffen werden könne.

Das taktische Zentrum für die NATO-Luftstreitkräfte soll den Zweck haben, erfahrene Piloten auf einen noch höheren Leistungsstand zu bringen. Eine Vielzahl moderner elektronischer Einrichtungen am Boden wäre dafür eine der Voraussetzungen. Auf dem schon bestehenden Flugplatz der türkischen Luftwaffe müßte die NATO viele neue Bauten errichten. (SAD)

Die Sensation von Wien: Moskau kann die Menschenrechte nicht mehr umgehen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Als US-Außenminister George Shultz zu abendlicher Stunde den Festsaal des Wiener „Palais Pallavicini“ betrat, heftete ihm eine junge Frau ein großes Abzeichen aus Revers – mit den Nationalfarben der Letten und der Inschrift: „Freedom for Latvia“.

Der US-Außenminister war direkt von seinen Gesprächen mit Schevardnadse zu einem Empfang der osteuropäischen und sowjetischen Dissidenten und Bürgerrechtler gekommen. In seiner Begleitung sah man Spitzen der US-Diplomatie – den Chef der amerikanischen KSZE-Delegation in Wien, Botschafter Warren Zimmerman, und den obersten US-Unterhändler in Genf, Botschafter Max Kampelman.

Kern des Problems

Als Shultz – immer noch mit der Plakette „Freiheit für Lettland“ auf seinem Rock – zum Mikrofon schritt, zog er Juri Orlov, den jüngsten von den Sowjets herausgegebenen russischen Dissidenten und Helsinki-Aktivist, an seine Seite. „Ich kann Ihnen nicht sagen, wie stolz ich bin, neben Herrn Orlov zu stehen“, sagte der amerikanische Außenminister und bezeichnete den „neuesten“ im Westen eingetroffenen Sowjet-Dissidenten als einen „großen Mann“. Amerika sei glücklich, daß er frei sei – aber, so Shultz – damit sei das Problem nicht gelöst. Amerika habe lange mit den Sowjets um Orlovs Freilassung gerungen. Er habe auf einer langen Liste ganz oben gestanden. Aber es gebe tausende, hunderttausende und noch mehr Menschen, deren Namen der Westen nicht kenne und die dennoch den menschlichen Kern des Problems darstellten.

Dann zog der Außenminister einen Brief von US-Präsident Ronald

Reagan aus der Tasche. Nachdem er den Brief gelesen hatte – der Präsident sprach die Hoffnung aus, daß die Wiener Konferenz alle Regierungen dazu anspornen werde, die Menschenrechte bei sich zu Hause zu respektieren – wandte er sich an den amerikanischen Delegationschef Zimmerman mit den Worten: „Rahmen Sie sich das ein und hängen Sie es an die Wand. Und wenn jemand Sie fragt, warum Sie hier in Wien sind, dann zeigen Sie auf diesen Brief.“ Die Begeisterung im Publikum war entsprechend.

Shultz versicherte, die amerikanische Regierung, der Präsident, alle gewählten Volksvertreter Amerikas und er selber als Außenminister würden niemals aufhören, „am Problem der Menschenrechte zu arbeiten“ bis eines Tages eine Veränderung der Situation erreicht sei. Die Frage der Menschenrechte sei heutzutage mindestens ebenso wichtig wie die Frage von Krieg oder Frieden oder das Problem der Rüstungskontrolle.

Russen und Polen, Esten und Ukrainer und viele andere Vertreter des osteuropäischen Exils und der Dissidentenszene – manche trugen Abzeichen mit ihren Nationalfarben – hörten, wie der amerikanische Außenminister sagte: „Wir schöpfen Kraft aus der Tatsache, daß Sie niemals den Kampf aufgegeben haben.“ Die Helsinki-Schlusssätze, so Shultz, sei von der Sowjetunion und den osteuropäischen Regierungen nicht befolgt worden. Aber, so der Außenminister, die KSZE-Schlusssätze sei eine rechtliche Verpflichtung und als solche ebenso bindend wie jedes andere internationale Dokument.

Mit diesem Auftritt des US-Außenministers auf dem historischen Wiener Parkett zeigt sich, daß Amerika das gesamte Menschenrechtsproblem – mit allen daraus folgenden Konse-

quenzen – in den Mittelpunkt der Gespräche des Nachfolgetreffens stellen möchte. Die sowjetische Führung hat die Brisanz des Menschenrechtsproblems erkannt. Außenminister Schevardnadse, der als einer der intelligentesten Köpfe in der Kreml-Equipe gilt, vollzog in seiner Wiener Rede eine propagandistische Kehrtwendung, die manche als geschickt, andere Beobachter hingegen als den Gipfelpunkt des Zynismus bezeichneten. Schevardnadse beklagte, daß die UN-Menschenrechtskonvention vom Westen und besonders von den USA nicht eingehalten werde – und schlug eine europäische Konferenz über dieses Thema in Moskau vor. Dort könne man auch das Problem der menschlichen Kontakte, Fragen der Information und der Kultur behandeln.

Auf dem Tiger

Daß eine Macht, die Tausende von Menschen aus politischen und religiösen Gründen in Straflagern hält und die – um nur ein Beispiel zu nennen – Andrej Sacharow ohne Gerichtsverfahren Gorki zwangsverbannt hat – nun auf ihrem eigenen Boden über Menschenrechte diskutieren lassen möchte, verschlug manchen Konferenzteilnehmer zunächst die Sprache. Aber dahinter verbirgt sich eine neue Entwicklung: Moskau will den Tiger – das Menschenrechtsproblem – anfangs ignorieren“, sagte ein KSZE-Delegierter. „Dann haben sie beschlossen, den Tiger zu erschließen. Als sie sahen, daß auch dies nicht möglich ist, hat Schevardnadse jetzt den Versuch gemacht, den Tiger selber zu besteigen und auf ihm zu reiten.“ Schevardnadse versprach viel und zeigte damit: Moskau kommt um das Menschenrechtsthema nicht mehr herum – das ist die eigentliche Sensation von Wien.

Pakistan: Der Druck auf Ziaul Haq wird härter

Die Opposition sieht „eine Situation, wie in Bangladesch“

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

Frostiges politisches Klima mit dem Nachbarn Indien, ethnische Unruhen in der Provinz Sindh und der Hafenstadt Karatschi sowie anhaltender Protest der „Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie“: Pakistan wird von innen- und außenpolitischen Ereignissen geschüttelt, die, wie westliche Beobachter meinen, das Land leicht in eine Krise stürzen könnten. „Eine Situation, ähnlich der Bangladeschs“, vergleicht die Führer der oppositionellen pakistanischen Volkspartei, Benazir Bhutto, die Krise in Pakistans Sindh-Provinz mit den Unruhen im ehemaligen Ost-Pakistan vor dessen Unabhängigkeit.

Die jungen Bewohner der Provinz Sindh, so formuliert der inzwischen verhaftete Führer der Sindh-Belutschistan-Puschtu-Front, Mumtaz Ali Bhutto, „wollen nichts mehr mit dem Pundschab und seinen Bewohnern zu tun haben.“ Tatsächlich fühlen sich die Bewohner der Sindh von jenen des Pundschab und den Pathanen im Norden Pakistans, die von bisher allen pakistanischen Regierungen gehänselt wurden, unterdrückt. Neun Jahre konnte mit Hilfe des Kriegesrechtes in Pakistan ein offener Ausbruch des ethnischen Konfliktes verhindert werden. Jetzt entlädt er sich in Straßenschlachten zwischen Angehörigen der beiden Volksgruppen und Sicherheitskräften, die kaum noch Herr der Lage sind.

Kritik an Führungsstil

Gleichzeitig reist Oppositionsführer Benazir Bhutto weiter durchs Land und mobilisiert die Massen. Sie fordert von Staatschef Ziaul Haq freie Wahlen noch in diesem Jahr und nicht erst, wie nach Zias Vorstellung, 1990. Allerdings scheint die „Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie“ (MRD), in der Benazir Bhutto mit ihrer Volkspartei eine Führungsrolle übernommen hat, ihr Pulver vorzeitig verschossen zu haben. Trotz vieler Sympathien für Benazir ist die Bevölkerung des Demon-

strierens müde geworden, haben die Agitationen der MRD ihren Biß verloren. In der Volkspartei stößt Benazirs „diktatorischer Führungsstil“ auf Kritik, und die Gründung der „Nationalen Volkspartei“ durch zwei führende Volkspartei-Dissidenten, Jatoi und Khar, hat der „Mutter“-Partei einen schweren Schlag versetzt. Präsident Ziaul Haq nutzt die Situation in Sindh und die Zersplittertheit der Opposition geschickt aus. Wahlen, so meint seine Regierung, könne es angesichts der Unruhen sowieso nicht geben.

Mißtrauen in Indien

Und Premier Mohamed Khan Jumejo versucht die händliche Bevölkerung, die es bisher mit Benazir Bhutto gehalten hat, mit einem Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft und Verteilung von Ackerland und Wohnraum an die Besitzlosen auf die Seite der Regierung zu ziehen.

Überschattet wird die innenpolitisch gespannte Situation Pakistans von einem völligen Stillstand in den bilateralen Beziehungen mit Indien. Die jüngsten Enthüllungen über Pakistans Nuklearkapazität haben das Mißtrauen Indiens gegenüber dem Nachbarn weiter geschürt. Die Diskussion um weitergehende amerikanische Rüstungshilfe an Pakistan und möglicherweise Lieferung von drei Awacs-Frühwarnsystemen an Islamabad – eventuell mit amerikanischer Crew – richtet sich nach Auffassung in Neu-Delhi gegen Indien. Vor allem aber Pakistans angebliche Kollaboration mit dem Sikh-Terrorismus im indischen Pundschab – nach indischen Erkenntnissen bietet Pakistan Terroristen Unterschlupf und Ausbildung – erschwert den Dialog.

Bilaterale Gespräche auf Expertenebene über eine Ausweitung des Handels und über verbesserte Zusammenarbeit auch auf anderen Gebieten wurden eingefroren. An den vor knapp einem Jahr vereinbarten Besuch von Rajiv Gandhi in Islamabad, ist nicht zu denken.

Erfolg für US-Initiative

Shultz und Schevardnadse sprechen über Menschenrechte

BERNT CONRAD, Wien

US-Außenminister George Shultz und sein sowjetischer Amtskollege Edward Schevardnadse haben in Wien vereinbart, daß humanitäre Probleme künftig zu den ständigen Themen bilateraler sowjetisch-amerikanischer Gespräche gehören sollen. Nach amerikanischen Angaben sollen diese Fragen sowohl in einer bilateralen Überprüfungsgruppe behandelt werden, die periodisch tagen soll, als auch bei allen normalen bilateralen Kontakten. Shultz bemerkte dazu vor der Presse, es sei wichtig, daß die Sowjets wüßten, wie die Amerikaner Verletzungen der Menschenrechte hin-nahmen. Schevardnadse habe in den Gesprächen auch den sowjetischen Vorschlag erläutert, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten.

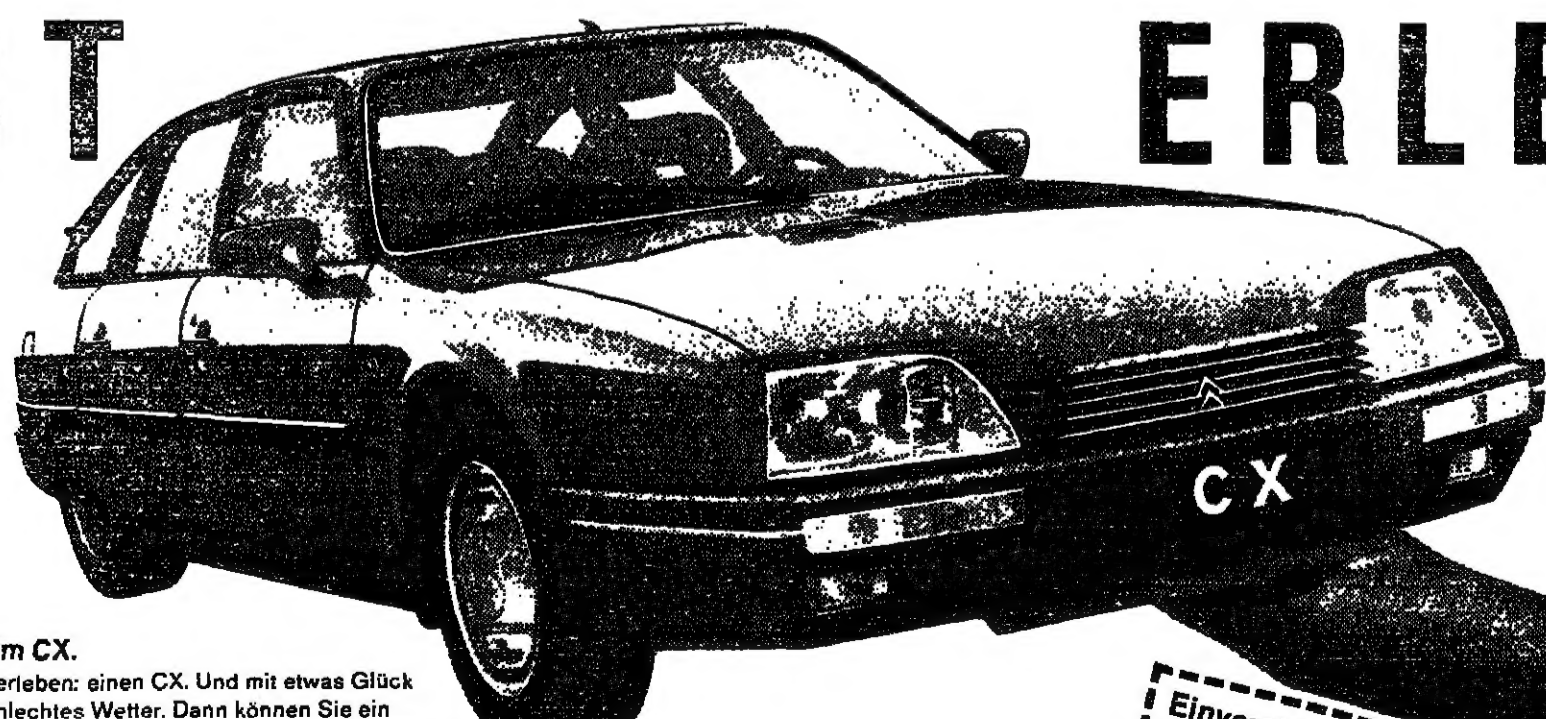
Im bilateralen Bereich verwies Shultz auf die in den vergangenen Wochen erzielten Vereinbarungen zur Kooperation beim zivilen Weltraum-

programm und auf dem Gebiet der nuklearen Fusion. „Der sowjetische Außenminister hat mit mir darin übereingestimmt, diesen bilateralen Prozeß fortzusetzen.“ Auf die Frage, weshalb die USA im Weltraumverteilungsprogramm SDI auch nach möglichen Vereinbarungen über eine Eliminierung aller atomaren Waffen innerhalb von zehn Jahren festhalten wollten, nannte der amerikanische Außenminister vier Gründe:

1. Vielleicht verschwinden die Angriffswaffen, vielleicht auch nicht. Falls dies nicht der Fall wäre, wäre eine Verteidigung nötig.
2. Wenn es Chancen für eine Reduzierung der Offensivwaffen gäbe, dann nur durch ein starkes SDI-Forschungsprogramm.
3. SDI solle sicherstellen, daß begonnene Reduzierungen auch fortgesetzt würden.
4. Es sei immer möglich, daß sich ein dritter Staat Atomwaffen beschafft.

TEST

ERLEBNIS



Ein Wochenende im CX.

Jetzt können Sie was erleben: einen CX. Und mit etwas Glück haben Sie ja sogar schlechtes Wetter. Dann können Sie ein Wochenende lang nicht nur einen CX, sondern auch seine Winter-tauglichkeit testen: Sein beruhigendes sicheres Citroën HP-Fahrwerk (Hydropneumatik) mit automatischem Niveaueingleich. Seinen spurstabilen Frontantrieb. Sein drehmoment-optimiertes Triebwerk. Sein stufenlos einstellbares Belüftungssystem. Seine automatische Heizungsregulierung. Oder das bei den meisten Modellen lieferbare Anti-Blockier-System (ABS). Aber testen Sie selbst: Sie schicken uns den Coupon, und wir vermitteln Ihnen einen Citroën-Händler, der Ihnen für ein Wochenende einen CX unverbindlich zur Verfügung stellt. Einverstanden?

Citroën CX, 25 Modellvarianten. Von 54 kW/75 PS bis 122 kW/168 PS.

Als Diesel oder Benzin, mit und ohne Turbo. Als Limousine oder Break.

In insgesamt 15 schadstoffarmen Versionen, mit und ohne Katalysator.

Leicht zu finanzieren und zu leasen durch die Citroën Partner-

bank, die P.A.-Creditbank. Citroën empfiehlt Total.

Einverstanden.
Ich schicke Ihnen diesen Coupon, Sie vermitteln mir einen Citroën-Händler, der mir für ein Wochenende einen CX unverbindlich zur Verfügung stellt. Hier ist meine Anschrift:

Name, Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Wohnort: _____
Telefon: _____
(Bitte senden Sie diesen Coupon an die Citroën AG, Abteilung Vertrieb, Nikolausstr. 64 - 90, 5000 Köln 90.)

CITROËN
Die Kraft der Kreativität

Das Dortmunder Kabelprojekt - Enttäuschung, aber auch Herausforderung / Erfolg des Lokalfunks

Ein schöner Anachronismus mit viel Zukunft

Sie verdanken ihre Entstehung einer der wenigen medienpolitischen Regungen in der Zeit der sozialliberalen Ära: Die Kabelpilotprojekte sollten Erkenntnisse bringen über Wirkungen der Breitband-Technik auf die Medien- und Wirtschaftsstruktur, auf den Arbeitsmarkt, aber auch ganz esoterisch, „auf den einzelnen, die Familie und das gesellschaftliche Leben“.

In Ludwigshafen, München, Berlin und Dortmund wurden die Kabelnetz-Experimente realisiert. Noch in diesem Jahr wird wahrscheinlich das Landesparlament in Düsseldorf ein Mediengesetz beschließen, das Fernsehen und lokalen Hörfunk zum Teil in private Hände legt.

Für die Macher des Kabelpilotprojekts Dortmund ist dies Enttäuschung und Herausforderung zugleich. Seit dem Start im Juni 1985 - für drei Jahre mit 101 Millionen Mark aus dem WDR-Haushalt finanziert - ist das Projekt von Werbeeinnahmen unabhängig. Knapp 10 000 Kabelhaushalte, angeschlossen zum sub-

ventionierten Preis von 190 Mark, empfangen 17 Fernsehprogramme - außer den öffentlich-rechtlichen und privaten Angeboten ein Lokalprogramm - und lokalen Hörfunk.

Dieser Lokalfunk ist der eigentliche Renner in Dortmund. Denn er wird nicht nur im Kabel verbreitet, sondern auch über UKW (87,8 MHz) ausgestrahlt. Nicht nur die knapp 600 000 Dortmund können so „Radio Dortmund“ empfangen, sondern auch weitere 1,2 Millionen im östlichen Ruhrgebiet.

Jeder vierte Dortmunder (28,8 Prozent) schaltet den Sender täglich ein. Zu diesem Ergebnis kam eine Umfrage. Damit liegt der Sender hinter WDR 2 auf dem zweiten Platz. Die Wohltat der Gebührensfinanzierung ermöglicht der Projekt-Redaktion das Experiment eines echten Lokalsenders mit breiter Palette journalistischer Elemente, vom lokalen Morgenmagazin „Frühlicht“ um fünf Uhr bis zu Reportagen, Rundfragen, Telefon-Interviews, Veranstaltungskalendern und Tips für die Freizeit.

Personell fährt das Dortmunder Projekt auf Sparkurs: 40 Redakteure für Radio Dortmund, täglich 1800 Videotext-Seiten, Lokalfernsehen, mehrere aus ARD-Wiederholungen zusammengesetzte Spartenprogramme und einen offenen Kanal sind nicht viel. Das bedeutet regelmäßig viele Überstunden und wenig Privatleben.

Doch der Enthusiasmus ist groß: Unter der Leitung von knapp einem Dutzend WDR-geschulten Profis verdienen sich in Redaktion und Technik Berufsanfänger vom Journalistischen Institut der Uni Dortmund die ersten Sporen. Alle haben - untypisch für die ARD - auf drei Jahre befristete Zeitverträge. Doch die meisten sind zuversichtlich, einen Seiteneinsteiger-Weg ins WDR-Imperium gefunden zu haben.

Das Dortmunder Lokalfunk-Experiment hat mit seiner überraschend großen Hörerakzeptanz eine echte Pilotfunktion für die vielen Dutzend privater Lokalsender, die spätestens 1987 in allen Teilen der Bundesrepublik ihren Betrieb aufnehmen werden.

In Dortmund wird bewiesen: Wortsendungen sind nicht automatisch Programmbräuen, wenn sie, wie hier, von Nachbarn für Nachbarn gemacht werden. Und professionell dazu. Auch die finanzielle und personelle Ausstattung der Dortmunder Lokalfunk ist für Private erschwinglich: sieben Redakteure und 2,9 Millionen Mark Kosten pro Jahr.

Während „Radio Dortmund“ sein Programm (von 5 bis 21.15 Uhr) ausstrahlt, nimmt sich das Lokalfernsehen mit etwas mehr als zwei Stunden täglich bescheiden aus. Wie es mit seinen Lokalnachrichten, Diskussionsrunden und Sportsendungen beim Publikum ankommt, sollen die Zuschauerforscher von teleskopie, Bonn-Bad Godesberg, im Auftrag der Dortmunder Staatskanzlei ermitteln. Was immer dabei herauskommt, schon jetzt steht fest: Das Dortmunder Kabelpilotprojekt mag ein Anachronismus sein, die anderen Sender, aber auf dem Gebiet des Lokalfunks ist es ein Anachronismus mit Zukunft. WILFRIED AHRENS

Günther Anders oder Das Ende der Philosophie

Der antiquierte Denker

Muß es nicht entsetzlich schwer sein, als Kröte nicht depressiv zu sein? Im übrigen kann ich mich nicht erinnern, jemals etwas gesagt zu haben, was nicht zum Verzweifeln gewesen wäre.

Solche Aphorismen schreibt ein Moralist und Polemiker, der in Wien lebende 84-jährige Philosoph und Schriftsteller Günther Anders. Die Radikalität seiner Verweigerung in seinem Werk und seiner Person fordert heraus. Wer sich auf ihn berufen zu können glaubt, erfährt Abweisung. Wer sich seiner durch Einordnung in ein System zu erwehren sucht, wird sich in den Widersprüchen der Anders'schen Position verirren. Wer sich ihm persönlich zu nähern versucht, wird die Arroganz des Empfindens erfahren.

Anders ist streng und einsam, im Grunde unmöglich - und dennoch (oder gerade deshalb) eine der Säulen des gegenwärtigen Literaturbetriebs. Davon zeugt auch das Fernseh-Interview am heutigen Abend, das Gero von Boehm in der Reihe „Wortwechsel“ im Dritten Programm des Südwestfunks mit dem Wiener veranstaltet. (Es wird auch von anderen Dritten Programmen gesendet werden.)

Als Hitler am Horizont auftauchte, da schien es mir, daß die Wendung, die Sokrates vollzogen hatte - denn Sokrates war ja ursprünglich Naturphilosoph gewesen - auch von uns vollzogen werden mußte. Ich wurde also Moralphilosoph.“ Anders gehörte damals, ein Schüler Husserls und Heideggers, zur Frankfurter Schule.

Er emigrierte nach Paris und veröffentlichte dort auf französisch ein Werk „Pathologie der Liberté“, in dem er die These vertrat, der Mensch sei existentiell zur Freiheit verurteilt.

Der drei Jahre jüngere Sartre, dazu hat er sich bekannt, machte dieses Bild vom Menschen weltberühmt. Was beide Denker verband, war der Versuch der Verwirklichung einer geistigen Existenz als Amalgam zwischen metaphysischer Betrachtung und Zeitkritik, Philosophie und politischem Engagement. Sartre ging die Frage freilich sehr viel systematischer und diskursiver an als Anders und begründete damit den französischen Existentialismus der Nachkriegsjahre.

Anders' großes Thema aber wurde zu dieser Zeit die Atombombe und ihre Folgen für die Menschheit. „Wenn atomare Sprengköpfe lagern, kann man sich nicht damit aufhalten, die nikomacheische Ethik zu denken.“ Diese Aussage deckt sich mit dem Schrecken, der sein Leben von Grund auf änderte, als er die Wirklichkeit von Auschwitz erfuhr. Anders meinte, Gedichte seien nach Auschwitz nicht mehr möglich; Nach Auschwitz nicht mehr möglich; Anders empfand die Absurdität des Philosophierens angesichts dieses Versagens des Menschen.

Die Menschenvernichtung von Auschwitz wie später die Zerstörung von Hiroshima erschienen Anders zu groß als historische Ereignisse, als daß sie vom Denken überhaupt noch zu erfassen wären. Der Mensch habe denkend seine eigene Grenze über-



Günther Anders, heute abend in „Wortwechsel“ (SWF III, 21.45 Uhr)

schritten, hieß es später in seinem Hauptwerk „Die Antiquiertheit des Menschen“. Fortan bestand sein ganzes Streben in der Warnung der Menschheit vor der Zerstörung ihrer eigenen Existenz. Aber sein Pessimismus will, daß er selbst nicht daran glaubt, daß der Mensch noch die Fähigkeit habe, die von ihm selbst gezeugte Maschine zu zähmen. Indem er die Apokalypse beschwört, weiß er, daß er gegen ihr Kommen nichts vermag. Die Qual am Untergang bestimmt die Tragik seiner geistigen Existenz.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

KRITIK

Film als Alibi

Jedes Jahr erkranken zirka 1500 Kinder an einer Krebserkrankung des Blutes, der Leukämie. Noch vor 20 Jahren gab es für diese kindlichen Patienten kaum Hoffnung. Heute liegen die Heilungschancen bei 70 Prozent. Intensive Pflege und Zuwendung durch geschultes Personal könnte diese Zahl noch steigern. Es ist nicht vorhanden. Eltern in vielen Städten der Bundesrepublik Deutschland, so auch in Essen, nehmen die Initiative wie ihn und je selbst in die Hand und versuchen das zu tun, was Personal im Schichtwechsel nicht zu leisten vermag.

Eine Dokumentation des WDR, Kinder auf der Krebsstation, macht die ganze Hilflosigkeit deutlich, mit der eine durchorganisierte Freizeitschicht mit dem Leid durch Krankheit umgeht, das sich nicht organisieren läßt. Das Gespräch der kleinen Melanie mit ihrem Arzt zu Beginn des WDR-Streifens wirkt so stützend und verkrampft wie der ganze Rest des Films. Die Kamera nimmt Eltern ins Visier, die das, was sie beim jahrelangen Kampf gegen die heimtückische Krankheit für ihr Kind erleiden, weder physiognomisch noch verbal zeigen können.

Die Dokumentation in ihrer Aussage und Präsentation war nicht mehr als ein Alibi für all das, was fehlt, um aus Abschiebebahnhöfen für Kranke lebendige Orte zu machen, in denen Eltern und Kinder nicht nur leben, sondern in kreativen Austausch wirklich miteinander leben könnten. INGRID ZAHN

DIENSTLEISTUNG

...lieber gut beraten in Berlin

An der Spree weiß man, wo es lang geht. Hier ist der Anteil der Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt gemessen gegenüber 1970 um 264% gestiegen. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Beschäftigten um 26.000. Besondere Förderungsprogramme helfen nicht nur Existenzgründern sondern auch Spezialisten, die ihr Know-how vermarkten wollen. Die Chancen sind für viele interessant - für Designer ebenso wie für Planungsbüros, Datenverarbeiter und andere Service-Unternehmen.

Wirtschaftsförderung BERLIN

Wir helfen bei der Zusammenführung von Dienstleistungspartnern und informieren vertraulich und für Sie kostenfrei über die besonders günstigen Voraussetzungen der Industrie-Metropole Berlin für Dienstleistungen.

Wirtschaftsförderung Berlin GmbH, Budapest Straße 1, 1000 Berlin 30, Tel. (030) 26 36-1

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer AG, Dr. Herbert Krump

Redaktionsleitung: Peter Göttsche und Michael Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Gert Schell

Redaktion: 1000 Berlin 31, Kochstraße 30, Redaktion: Tel. (030) 2 59 16, Telex 1 94 985, Anzeigen: Tel. (030) 2 59 11 20 31 25, Telex 1 94 985

Abonnenten: 2000 Hamburg 24, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (040) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb: 2 179 016, Anzeigen: Tel. (040) 3 47 43 50, Telex 3 17 001 77

3000 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (020 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (020 54) 10 15 24, Telex 5 79 101, Fernpostfach (020 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (0511) 79 11, Telex 5 25 919, Anzeigen: Tel. (0511) 79 11 48 00 00, Telex 5 25 308

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (0211) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (0211) 37 31, Telex 5 25 378

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (069) 71 73 11, Telex 4 15 449, Fernpostfach (069) 72 71 7, Anzeigen: Tel. (069) 77 80 11-13, Telex 4 148 525

7000 Stuttgart 1, Reichenbachstraße 22a, Tel. (07141) 22 12 22, Telex 7 23 988, Anzeigen: Tel. (07141) 11 74 50 71

8000 München 40, Scheideggstraße 20-42, Tel. (089) 3 38 13 61, Telex 5 23 613, Anzeigen: Tel. (089) 3 38 60 20, Telex 5 23 638

Monatabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Ausland: DM 27,10 einschließlich Porto. In Österreich DM 33,00 über Maria- und Co. Wien. In Großbritannien DM 48,10. (als Luftpost - also am Erscheinungstag) Luftpost-Abschreibung weltweit; Preis auf Anfrage. Die Abonnementgebühren sind in Vorauszahlung zu leisten.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsnetzes behalten keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementbestellungen können nur zum Monatsende ausgeschrieben werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreise für die Deutschland-Anzeigen: Nr. 68 und Kombinationen: DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1.10.1986, für die Hamburg-Ausgabe Nr. 31.

Anteilnehmer Publikationsorgan der Berliner Bär, der Bremer Werkspektrum, der Rheinisch-Westfälischen Bär in Düsseldorf, der Frankfurter Werkspektrum, der Hanseatischen Werkspektrum, Hamburg, der Niedersächsischen Bär in Hannover, der Bayerischen Bär, München, und der Baden-Württembergischen Werkspektrum in Stuttgart. Der Verlag übernimmt kein Gewähr für sämtliche Kursummeldungen. Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens einmal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT, Anzeigenpreise Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1985.

Vertrag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 24, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Nachrichtentechnik: Harry Zander, Herstellung: Werner Kordak, Anzeigen: Hans Biele, Vertrieb: Gerd Dietrich Lellich, Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler, Druck in 4000 Essen 18, Im Teelbruch 100, 5070 Aachenburg, Kernkamp.

Neu für 1987 Horoskop Kalender

Wird 1987 gut für mich?

Ihre Chancen 1987 im Tages-, Wochen- und Jahresverlauf. Tag für Tag: Ihr persönliches Horoskop 1987. Ihr Assistent: wie Sie ihn ermitteln - und was er bedeutet. Ihre Beziehungen zu anderen Sternzeichen im Jahr 1987. Für jeden Tag des Jahres: der Charakter der Geburtsstunde und bedeutende Persönlichkeiten von gestern und heute.

NEU

In Buchhandlungen, Schreibwarengeschäften und Kaufhäusern für je nur 9,95

Das tägliche persönliche Horoskop erstmals als Kalender - für Sie selbst und zum Verschenken!

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken!

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Interview und Entschuldigung Der Kronzeuge

„Kohl: Ich wollte ihm nicht beistehen“
WELT vom 3. November

Ich lese seit mehr als 25 Jahren die „Welt“ – bisher habe ich niemals einen Artikel gelesen, der mich so sehr irritiert hat wie der von Sie am 2. November veröffentlichte. Ich frage mich, ob ein Politiker, der die logischen Konsequenzen der eigenen Aussagen nicht abschätzt und sich dann auf die rhetorischen Entschuldigungsfähigkeiten anderer verlassen muß, eine korrekte Verkörperung einer allgemein gesehen durchaus lobenswerten Politik ist.

Tatsache ist, daß Herr Kohl seine Äußerungen nicht zum ersten Mal nicht auf die Goldwaage legte, sondern munter darauflos plapperte. Er hat durch seine tolpatschige Art und Weise unser Ansehen in der Welt bereits arg strapaziert (Israel-Besuch) und scheint unfähig zu sein, sich zu ändern. Auch ein Kanzler, der ja immerhin die Richtlinien der Politik bestimmen sollte (wenn dieser es auch nicht tut), muß gelegentlich wenigstens wissen, was das Wort „Diplomatie“ bedeutet. Im übrigen versteht auch sein Freund Ron sehr viel von Public Relation, wenn denn schon verglichen wird.

Ursula Alschner, Hamburg 60

Unser „Amtsträger“ trat gehörig ins Fettnäpfchen. Wie ein Schuljunge schreibt er nun seinen „Entschuldigungs-Aufsatz“ in der WELT und bedeutet darin, es wäre nicht seine Absicht, Gorbatschow zu beleidigen. An dem Geschick unseres Außenministers Genscher liegt es nun, die Scherben, die der „Fälzer Riese“ verursacht hat, wieder zu kitten. Für unsere Opposition ein willkommenes Thema, kann sie doch mit Recht auf die „Fähigkeit zum Ansehen unseres Staates“ durch unseren Herrn Kohl hinweisen!

Otto Köster, Kiel 1

Man muß sich tatsächlich fragen, ob die WELT ihrem Titel „Unabhängige Tageszeitung für Deutschland“ gerecht wird. Wie dort, Bundeskanzler Kohl in Schutz nehmend, ein grober, einem Spitzenpolitiker nicht würdiger Dankfehler in den Mantel eines „Lapsus linguae“ beziehungsweise eines „Nicht so gemeint“ gehüllt wird, stimmt im Vorfeld der anstehenden Bundestagswahlen schon recht bedenklich. Wäre einem SPD-Politiker solch eine Impertinenz und solch ein politisches Fehlverhalten, welches man auch ohne Empfindlichkeit und Börsartigkeit erkennen

kann, auch „nur“ als peinliche Bemerkung angelastet worden? Ich frage mich, ob ein Politiker, der die logischen Konsequenzen der eigenen Aussagen nicht abschätzt und sich dann auf die rhetorischen Entschuldigungsfähigkeiten anderer verlassen muß, eine korrekte Verkörperung einer allgemein gesehen durchaus lobenswerten Politik ist.

Achim J. Josten, Bonn 1

Ich würde den Vergleich so deuten: Gorbatschow ist ein guter Propagandist für seine Sache, wie Goebbels ein guter Propagandist für seine Sache gewesen ist. Der Propagandainhalt steht dabei außer jeder sittlichen Bewertung. So scheint mir der Bundeskanzler das auch gemeint zu haben.

Wilhelm Allmang, Essen 1

Die Menschen lieben es, daß jeder einen guten Ruf hat, Public Relations betreibt, geschminkt und geschminkt ist, etwas aus sich macht und sich ein wenig verkleidet.

Wolfgang Krüger, Köln 60

Man kann sehr wohl Goebbels und Gorbatschow in einem Atemzug nennen. Nicht nur der Anfangsbuchstabe stimmt überein. Beide dienten einer totalitären, menschenverachtenden Diktatur und beide verkauften beziehungsweise vertrieben sie in der Öffentlichkeit gut. Die Kenntnis der Untaten der Nationalsozialisten ist Allgemeinut. In der Verurteilung dessen sind sich alle Demokraten einig. Anders ist das mit Gorbatschow. Er ist zwar der Schlichter von Afghanistan, der Kerknermeister von Nobelpreisträger Sacharow und des ganzen Archipel GULag. Er ist zwar der brutale Zwingherr der Volksdemokratien von der DDR bis Bulgarien. Er ist weiterhin der Oberbefehlshaber der größten Terrororganisation KGB. Trotzdem wird er als große Hoffnung für die Zukunft geradezu mit einem Glorienschein umgeben. Genau diese demagogische Gabe, oder seine Verklärung durch einige Meinungsmacher, rückt ihn in die Nähe von Goebbels, der allerdings eindeutig der bessere Redner war und seine ebenfalls größere Intelligenz in den Dienst einer ebenso bösen Sache stellte.

Dr. Wulf Rothenbücher, Dietz

Durch das „Newsweek“-Interview des Bundeskanzlers, fand eine Äußerung von Dr. Geißler weniger Beachtung. In seinem Plädoyer für den Kronzeugen sagte dieser: „...als wenn ein Homosexueller den Zölibat verteidigen würde.“ Von solchen Worten – aus dem Munde eines CDU-Politikers – wird der Bürger peinlich berührt. Wozu dieser unpassende Vergleich? Wir erwarten mehr Sachlichkeit und Personenwürde.

Maria Ignatzy, Essen 16

Über den Kronzeugeneinsatz müßte es einen Volksentscheid geben. Der Kronzeugeneinsatz spricht allen ethischen Wertmaßstäben Hohn und mutet unserer Justiz ausgesprochen unmoralisches Richten zu.

Dorothea Peters, Heikendorf

Rechtsempfinden

Es ist beschämend, was nur drei Wochen nach dem letzten Terroropfer von der „Betroffenheit“ im Fernsehen übriggeblieben ist. Wenn unter Hausbesitzern per Razzia gefahndet wird, entbietet sich das Reporter-Team (WDR-Regional am Abend des 29. Oktober) nicht, „kompetente“ Äußerungen wie: „Das sind alles nette junge Leute!“ zu verbreiten und, nachdem gerade serienweise eingeschlagene Schaufensterscheiben als „Rache für die Hafenstraße“ zu sehen waren, durch einen betroffenen Hausbesitzer die Schreckensmeldung an den Seher zu bringen, daß die (bösen) Polizisten, wenn die Wohnungsbesitzer nicht anwesend waren, die Türen und Fenster eingetreten haben. Es wäre zu empfehlen, alle „Betroffenen“ 14 Tage vor einer Razzia schriftlich zu benachrichtigen. Wäre so dem Rechtsempfinden Genüge getan?

Manfred Waldeck, Vlotho

Wort des Tages

„Die Erfolge großer Politiker gehen nicht darauf zurück, daß sie die Politik, sondern daß sie die Menschen kennen.“

Alexander von Lernet-Holenia, österreichischer Autor (1897-1976)

Artikel 104 GG

„Bundesrat und Strafgericht“, WELT vom 1. November

Der Autor hat übersehen, daß es außer dem Art. 44 GG, der das Recht der Untersuchungsausschüsse behandelt, im Grundgesetz auch noch den Art. 104 Abs. 2 des Grundgesetzes gibt, der schlicht lautet:

„Über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung hat nur der Richter zu entscheiden. Bei jeder nicht auf richterlicher Anordnung beruhenden Freiheitsentziehung ist unverzüglich eine richterliche Entscheidung herbeizuführen.“

Dort steht – aus gutem Grund – nichts davon, daß der Bundestag von der Beachtung dieser Vorschrift gebunden wäre. Das ist auch zum Nutzen des Bürgers gut so, denn nur der Richter ist unabhängig, in der Lage, die Schutzrechte des Bürgers ohne politische Rücksichten zu wahren und unbefangen zu entscheiden.

Dr. jur. Claus Arndt, Hamburg 30

Stellvertretender Vorsitzender des 2. Untersuchungsausschusses des Bundestages (7. Wahlperiode)

In Artikel 44 Abs. 2 des Grundgesetzes ist bestimmt: „Die Beschlüsse der Untersuchungsausschüsse sind der richterlichen Erörterung entgegen.“ Nach dieser völlig eindeutigen Bestimmung ist jede strafgerichtliche Entscheidung über Beschlüsse des Untersuchungsausschusses einschließlich der Anordnung der Beugehaft ausgeschlossen. Der Untersuchungsausschuss hat insoweit die gleichen Rechte wie in einem Strafprozeß das Strafgericht. Das heißt, daß der Untersuchungsausschuss auch in Art. 104 Abs. 2 des Grundgesetzes an die Stelle des Richters tritt. Andernfalls würden die Beschlüsse des Untersuchungsausschusses durch den Strafrichter kontrolliert. Das entspricht einem „Richterstaat“, nicht aber der Verfassung.

Prof. Dr. jur. Ernst Wolf, Marburg

Ärzte und Pfleger

Schmidt bei den Ärzten“, WELT vom 1. November

Warum läßt man nicht Arztbewerber als Vorbedingung zum Studium die Ausbildung als Krankenpfleger nachweisen? Es kann dem Arzt nur von Nutzen sein, praktisch gearbeitet zu haben und die Krankenpflege kennenzulernen. Sind reiche Leute Mutterschwestern und -töchter sich zu fein, Nachschlüssel zu leeren?

Ottmar Ihs, Nürnberg 40

Personen

THEATER

Mit einem Import aus New York feierte das Deutsche Theater in München seinen 90. Geburtstag. Zur Jubiläumsvorstellung spielte das New York Harlem Opera Ensemble „Carmen Jones“, die der Librettist Oscar Hammerstein II. ausschließlich für farbige Darsteller geschrieben hatte, eine bombastische Mischung aus Flamenco-Rhythmen und geschmeidiger Bewegungen. In einer kurzen Ansprache vor der Aufführung erinnerte Oberbürgermeister Georg Kronawitter an „Stürme und Turbulenzen“, die das einst als „Kultur- und Vergnügungsspiel“ gebaute Haus in den vergangenen neun Jahrzehnten zu überstehen hatte: Varietés und Operetten; gab es, aber auch Boxveranstaltungen und sogar Parlamentsitzungen, als nach dem Ersten Weltkrieg hier der Arbeiter- und Soldatenrat tagte. Nach einer mit rund 40 Millionen Mark skandalös teuren Renovierung eröffnete das Deutsche Theater 1982 wieder, sein derzeitiger Chef Heiko Plapperer-Lüthgarth konnte den Geburtstagsgästen (darunter die Kessler-Zwillinge und Margot Werner) eine stolze Bilanz dieser vier Jahre vorlegen: über 1000 Vorstellungen und mehr als 1,2 Millionen Besucher.

EHRUNGEN

Papst Johannes Paul II. hat zum zweiten Mal einen Vertreter des Judentums als Komturkreuz des Päpstlichen Gregoriusordens verliehen. Der Vertreter der Antidifamationsliga B'Nai B'Rith in Rom, Joseph Lichten, erhält diese Auszeichnung für seine Verdienste um den christlich-jüdischen Dialog und seinen Einsatz gegen den Antisemitismus und für den Frieden in der Welt seit Ende des Ersten Weltkrieges.

Der mit 30 000 Mark dotierte Literaturpreis der Stadt Stuttgart 1986 ist zu gleichen Teilen den Autoren Walter Helmut Fritz und Christoph Lippelt sowie der Übersetzerin Elke Wehr zuerkannt worden. Die Jury unter Vorsitz von Oberbürgermeister Manfred Rommel erläuterte ihr Votum für den 1929 geborenen Karlsruher Walter Helmut Fritz damit, auf einen Dichter aufmerksam machen zu wollen, dem Dichtung wichtiger sei als Selbstverwertung.

Vorläufiger Höhepunkt des prosaischen Werks von Christoph Lippelt ist der Roman „Der Lindholder Traum“ aus dem Jahre 1984. Elke Wehr wurde vor allem für ihre hervorragenden Übersetzungen von Werken des Franzosen Villiers de l'Isle-Adam, des Spaniers Javier Tomeo und des Italieners Luigi Malerba ausgezeichnet.

UNIVERSITÄT

Dr. Paul U. Unschuld ist auf den Lehrstuhl für Geschichte der Medizin der Ludwig-Maximilians-Universität München berufen worden. Professor Unschuld, bisher an der Universität München mit einer C 2-Professur tätig, tritt die Nachfolge von Professor Dr. Heinz Georke an.

GEBURTSTAG

Begonnen hat er als „echter“ Jazzmusiker: Ray Conniff. Posaunist, Komponist, Arrangeur und Bandleader, erhielt 1938 seinen ersten Vertrag von dem Bandleader



Ray Conniff

Bunny Berigan. Es folgten Engagements in den hochkarätigen Orchestern von Harry James, Artie Shaw und Bob Crosby. Später verließ er die reinen Jazzgefülle und ließ sich mit der Pop-Musik, der er schließlich den Vorzug gab. Einen geradezu genialen Einfall hatte er, als er beschloß, die menschliche Stimme wie ein Instrument einzusetzen. Der leichtverdauliche und dynamisch gebläute „Conniff-Sound“, den rund 30 Musiker und 16 Sänger und Sängerinnen produzierten, war geboren. Mit diesen vokalen Instrumentalen Swingnummern bespielte er ein gutes Hundert Schallplatten – Soft-Music der nicht ganz so seltenen Art. Hinzu kamen zahlreiche Tourneen, die Conniff weltweit be-

kannt machten. Diese Art von Musik verkaufte sich besonders gut in den fünfziger und sechziger Jahren. Mittlerweile hat er sich aus dem Showbusiness zurückgezogen und zehrt vom frühen Ruhm. Gestern feierte er in Attleboro im US-Bundesstaat Massachusetts geborene Ray Conniff seinen 70. Geburtstag.

VERNISSAGE

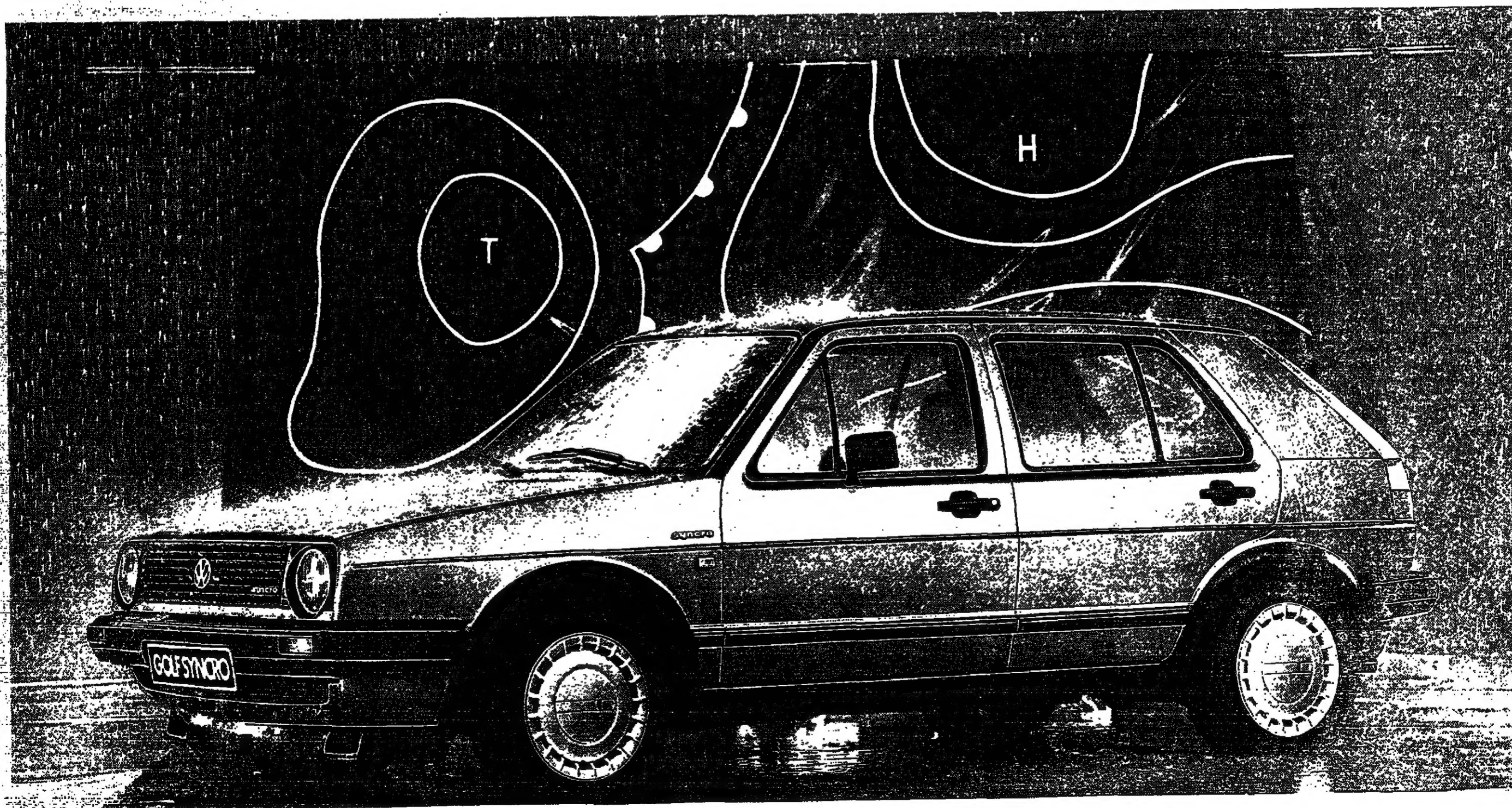
„Dieses scheußliche Gehäuse“. Mit diesen Worten wird Kurt Georg Kiesinger in der Presse zitiert, als er, Bundeskanzler geworden, in den Bonner Kanzlerbungalow, erbaut von Sep Ruf, einzog. Konrad Adenauer stand seinem Kollegen Kiesinger bei, als er dementierte, dieser habe erklärt, der Architekt des Kanzlerbungalows „hätte zehn Jahre verdient“. Amüsantes und viel Information über den Münchner Architekten Sep Ruf, der von 1908 bis 1982 lebte, zeigt eine Ruf-Gedenk Ausstellung in der Bonner Bayern-Vertretung. Bei der Eröffnung am Donnerstag erinnerte Staatsminister Peter Schmidhuber daran, daß auch das Gebäude der Bayern-Vertretung von Sep Ruf stammt. Die Ausstellung bietet einen umfassenden Überblick über das Schaffen des Architekten Ruf. In Bad Godesberg schuf er unter anderem das Haus der Deutschen Forschungsgemeinschaft, in München die Maxburg und in Nürnberg das Germanische Nationalmuseum, das er zusammen mit Harald Roth konzipierte.

KIRCHE

Dr. Eugen Kleindienst (34), Generalvikar des Bistums Augsburg und damit der jüngste „General“ aller deutschen Diözesen, ist von Papst Johannes Paul II. in den Rang eines Monsignore erhoben worden.

GESTORBEN

Die Gründerin der „Frauen Selbsthilfe nach Krebs“, Ursula Schmidt, ist im Alter von 89 Jahren gestorben. Frau Schmidt hatte die Selbsthilfegruppe vor zehn Jahren aus ihrer persönlichen Betroffenheit heraus gegründet. Mittlerweile arbeiten bundesweit 215 Verbände nach dem von ihr erarbeiteten Programm. 1976 hatte die Deutsche Krebshilfe die Schirmherrschaft über die Organisation übernommen. Die Frauen Selbsthilfe betreut jetzt etwa 30 000 Patienten.



Ski und syncro gut.

Der nächste Winter kommt bestimmt. Zur Freude aller Skifahrer – zum Verdruss vieler Autofahrer. Denn letzteren macht das Winterwetter in unseren Breitengraden nicht selten einen naßkalten Strich durch die Rechnung.

Aber es gibt ja den Golf syncro. Der trotz nicht nuralen Wetterlagen. Der meistert auch schwierige Straßenlagen. Der Golf syncro hat einen permanenten Allradantrieb, der sich in Bruchteilen von Sekun-

den selbständig den Straßenverhältnissen präzise anpaßt.

Denn beim Golf syncro mit seinen 66 kW (90 PS) wird automatisch die Antriebskraft optimal auf Vorder- und Hinterachse übertragen. Individuell für jede Fahrsituation.

Das Ganze funktioniert nicht etwa durch aufwendige Elektronik, sondern durch eine Visco-Kupplung. Geringe Drehzahlunterschiede zwischen Vor-

der- und Hinterrädern – z.B. bei Kurvenfahrten – werden von der Visco-Kupplung ausgeglichen.

Bei größeren Drehzahldifferenzen – z.B. wenn die Vorderräder zunehmend Schlupf bekommen – wird ein größerer Teil des Antriebsmoments von der Hinterachse übernommen.

Und als Extra gibt's den Golf syncro sogar mit elektronisch geregelterm ABS.

Der Golf syncro. Mit all den Qualitäten, die

Volkswagen berühmt gemacht haben: Langlebigkeit, Zuverlässigkeit, Wirtschaftlichkeit sowie einem Gewährleistungspaket, das wohl kaum zu überbieten ist.

Und natürlich auch einem Angebot für den Umweltschutz, mit dem Sie Steuern sparen.



Volkswagen – da weiß man, was man hat.

Diepgen: Nicht nur die Statusprobleme beachten

Hinweis auf „Problemlösungen für Menschen“ / WELT-Interview

Herr Diepgen. Sie haben mit Staatspräsident Mitterrand gesprochen. Gibt es Vorbehalte gegen Ihr mögliches Ja zur Honecker-Einladung nach Ost-Berlin?

Diepgen: Wir waren uns einig, daß man Chancen und Gefahren prüfen muß. Ich habe Herrn Mitterrand zugestimmt. In der Politik muß man immer mutig sein, aber Mut nicht mit Leichtsinns verwechseln.

Nach dem Gespräch haben Sie die Vokabel „Pferdefüße“ gebraucht, auf die man dabei ebenfalls achten müsse. Sie fahren also nur, wenn die andere Seite erkennen läßt, daß sie zu Zugeständnissen bereit ist.

Diepgen: Ich glaube, man darf die beiden vorhandenen Einladungen von Herrn Honecker und Herrn Krack zum Bürgermeistertreffen nicht nur unter dem Gesichtspunkt von Gefährdungen und Pferdefüßen sehen. Natürlich ist die Rechtslage in Berlin in besonderer Weise kompliziert, sind verschiedene Gesichtspunkte zu berücksichtigen: die Fragen des Status, die Fragen der Bindungen Berlins und die Gefährdungen durch die Dreistaatentheorie der DDR. Aber es sind auch die Notwendigkeiten zu beachten, die im Verhältnis zwischen West und Ost zu einer Problemlösung führen können: Für die Menschen zum Beispiel. Problematisches, das das angestrebte Verhältnis einer besseren Nachbarschaft ermöglichen. Also: Ich rede nicht nur über Gefährdungen, ich rede auch über Chancen. Dies alles werde ich im einzelnen prüfen. Wir stehen nicht unter Zeitdruck.

Welche praktischen Verbesserungen halten Sie für möglich?

Diepgen: Ich kann mir sehr viel vorstellen, aber ich gehöre nicht zu denjenigen, die im Vorfeld von Entscheidungen die Grundlagen dieser Entscheidung und die Möglichkeiten für Politik zerreißt.

Bleibt es bei Ihrer Aussage, daß die Fahrt ihren Preis nicht wert wäre, wenn ein Scherbenhaufen im Verhältnis zu den Alliierten droht?

Diepgen: Das ist ein Gesamturteil, den ich immer zu beachten habe und der, glaube ich, richtig ist.

Wenn alle drei Schutzmächte Ihnen raten, nicht zu fahren, halten Sie sich daran?

Diepgen: Die Frage stellt sich so nicht. Hier ist sicherlich auch ein Pro-

zeß zu beachten: Aber es darf eines nicht geschehen – daß schon allein durch einen öffentlichen Eindruck einem der Partner der Schwarze Peter zugeschoben wird, und dieser Schwarze Peter darf auch nicht etwa den Alliierten zugeschoben werden. Weder bei Annahme noch Ablehnung der Einladung.

In Paris sieht man die „neue Politik“ des Senats bei der Statusbewertung vielleicht doch skeptischer. Haben Sie das bei Ihren Gesprächen bemerkt?

Diepgen: Ich bin hier allenfalls auf eine Skepsis gestoßen, die nicht Berliner Dinge betrifft: die innen- und außenpolitische Diskussion zwischen den Parteien in der Bundesrepublik. Die Sorge vor einem eigenständigen Weg, die Sorge vor neutralistischen Tendenzen. Für den Senat habe ich hier stets darauf hingewiesen, daß es einen deutschen Sonderweg nicht geben kann.

Kommt Premierminister Chirac im Jubiläumjahr an die Spree?

Diepgen: Ich habe eine Einladung an den französischen Staatspräsidenten ausgesprochen, der sie angenommen hat, und ich bin sehr froh darüber. Ich würde mich ganz besonders freuen, wenn der Premierminister Berlin recht bald besuchen würde. Herr Chirac ist uns herzlich willkommen. Und wenn er anlässlich der 750-Jahr-Feier nach Berlin käme, wäre das für uns besonders erfreulich.

Könnten Sie sich Herrn Honecker als Gast in West-Berlin vorstellen?

Diepgen: Ich bin in der Politik phantasiebegabt genug, um mir vieles vorstellen zu können.

Gibt es bei den Berlinern Vorbehalte gegen die Honecker-Einladung?

Diepgen: Ich bin sicher, daß die Berliner alle Möglichkeiten für Gemeinsamkeiten, für einen Dialog, der der Lösung von Problemen im geteilten Deutschland dient, nicht nur aufgeschlossen gegenüberstehen, sondern sie fordern.

Im Frühjahr steht also fest, wie Sie Herrn Honecker antworten?

Diepgen: Davon gehe ich aus. Aber ich möchte vor einem warmen: jetzt zu glauben, deutsch-deutsche Politik oder Berlin-Politik nur daran zu messen: fährt er oder fährt er nicht? Die Frage ist wichtig, aber sie steht nicht im Mittelpunkt aller Politik.

Mit Eberhard Diepgen sprach in Paris Hans-Rüdiger Karutz

„Die Reagan-Revolution ist nicht tot“

Republikaner zeigen Optimismus / Demokraten signalisieren Kooperationsbereitschaft

Fritz Wirth, Washington

Nach dem für die Republikaner enttäuschenden Ergebnis der Kongresswahlen zeigt Präsident Reagan jetzt bewährten, wenn auch etwas bemühten Optimismus: „Dies ist nicht das Ergebnis, das wir erwartet haben“, erklärte er gegenüber Mitarbeitern im Weißen Haus. „Doch die Reagan-Revolution ist damit noch nicht tot. Wir werden unser Programm fortsetzen, denn die amerikanischen Wähler haben uns im Jahre 1984 ein Mandat für vier und nicht für zwei Jahre.“ Reagans Vertraute erklärten zur Politik der nächsten zwei Jahre, wir werden unser Programm weiterführen. Änderungen werden nur in der Taktik notwendig werden.

Kompromisse?

Die ersten Reaktionen des neuen demokratischen Senatsführers Robert Byrd klangen versöhnlich. Er kündigte seine Bereitschaft zur Kooperation an, vorausgesetzt, daß die Reagan Administration eine weniger parteipolitisch orientierte Politik betreibt und ihre bisher zuweilen gezeigte Arroganz ablegt.

Wesentlich schärfer bewertete dagegen der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses, Thomas O'Neill, das Wahlergebnis. Im Gegensatz zum Präsidenten erklärte er die

sogenannte Reagan-Revolution für tot. „Der Präsident wird lernen müssen, die Kunst des Kompromisses zu beherrschen.“

Erster Konfliktstoff der neuen Ära dürften die Abrüstungsgespräche mit den Sowjets werden. Die Demokraten wollen auf eine Klärung der Zusagen von Reykjavik drängen und wünschen ferner Klarheit über die gegenwärtige amerikanische Verhandlungsposition in Genf. Außerdem ist damit zu rechnen, daß Reagan unter Druck der Demokraten geraten wird, den SALT-2-Vertrag weiter zu honorieren.

Insgesamt jedoch erwartet man im Weißen Haus in Abrüstungs- und Verteidigungsfragen keine vehementen Obstruktionspolitik der Demokraten. Man geht davon aus, daß sie die Lehren aus den letzten Präsidentschaftswahlen gezogen haben und sich nicht wieder dem Vorwurf aussetzen wollen, jene Partei zu sein, die die Sicherheit des Landes aufs Spiel setzt.

Dennoch ist bei den Republikanern die Enttäuschung über das Ergebnis dieser Kongresswahlen größer als es Ronald Reagan in seinen ersten optimistischen Reaktionen zu erkennen gab. Der Verlust von acht Senatsitzen übertrifft ihre düstersten Erwartungen und wird auch kaum

durch den Gewinn von acht Gouverneursitzen aufgehoben. „Wir wußten, daß wir in acht Staaten bei den Senatswahlen hinter den Demokraten zurücklagen. Wir hofften jedoch, daß der Präsident diesen Rückstand in den letzten Tagen mit seinem intensiven Wahlgangemacht wettmachen würde“, erklärte der politische Direktor des Weißen Hauses, Mitchell Daniels. „Wir verfehlten dieses Ziel am Ende nur hauchdünn. Denn hätten wir in fünf dieser Staaten nur 30 000 Stimmen mehr bekommen, befände sich der Senat heute noch in republikanischer Hand.“

Sowjetische Reaktion

RMB, Moskau

Die sowjetischen Medien bezeichneten das Wahlergebnis als „schmerzliche Niederlage“ in Reagans bisheriger politischer Karriere. Sie münzten den Verlust der Mehrheit im Senat in einen Sieg der Gegner des SDI-Programms um. In ersten Stellungnahmen heißt es, „daß die amerikanischen Wähler eben nicht in SDI das Heil Amerikas sahen“. Mit ihrem Votum für die Demokraten hätten sie zugleich gegen das Wettrüsten in der Welt, gegen SDI und gegen die „soziale Misere“ in den USA gestimmt.

Streit in Israel um Treffen mit PLO

SAD, Jerusalem

In Israel verschärft sich die Auseinandersetzung um eine Gruppe von 100 Israelis, die nach Rumänien geflohen waren, um dort Führer der PLO zu treffen. Kritisiert wird diese Konferenz von rechts wie auch von linksgerichteten Parteien in Israel. Außenminister Peres nannte die Begegnung ein „Theater des Absurden“. Dabei wurde auf die Äußerung eines PLO-Sprechers hingewiesen, der in Amman gesagt hatte: „Wir werden der Welt beweisen, daß Israel keinen Frieden will, nicht die Araber.“ Den Israelis droht nun die Verhaftung bei ihrer Rückkehr nach Israel, denn ein 1985 verabschiedetes Gesetz verbietet allen Israelis, Kontakte zu feindlichen Organisationen zu pflegen. Doch sie wollen „mal sehen, ob die Regierung bereit ist, hundert Mann einzusperrn“.

Justiz erhöht die Preise

Ho, Bonn

Zum Jahreswechsel wird die Inanspruchnahme von Rechtsanwälten, Notaren, Gutachtern und Zeugen teurer. Der Haushalts- und Rechtsschutz einigte sich auf eine Novellierung des Kostengesetzes.

Damit werden die Gebührensätze um rund zehn Prozent steigen. Ausgenommen bleiben die Streitwerte bis 3000 Mark. Der sogenannte Regelschlichter wird von 4000 auf 6000 Mark angehoben. Steigen werden auch die Fahrtgebühren auf nunmehr 45 Pfennig pro Kilometer. Der Deutsche Anwaltverein wies darauf hin, mit der ersten Gebührenerhöhung seit 1980 werde nur „knapp“ ein Inflationsausgleich erreicht. Die Kilometer-Pauschale liege unter der der Ärzte, die acht Mark pro zwei Kilometer in Rechnung stellten. Der TÜV berechnet 66 Pfennig.

Volkshochschulen gegen Kürzungen

lz, München

Die Volkshochschulen, mit 4,9 Millionen Teilnehmern im vergangenen Jahr der wichtigste Zweig der deutschen Erwachsenenbildung, wollen die berufliche Fortbildung im gewohnten Umfang fortführen. Sie wehren sich dagegen, durch Kürzungen öffentlicher Mittel zugunsten innerbetrieblicher Fortbildung Einschränkungen hinnehmen zu müssen. Das wurde auf dem Deutschen Volkshochschultag in München deutlich. Bundespräsident von Weizsäcker bezeichnet die Bildung des Menschen als eine lebenslange Aufgabe, wobei die Erwachsenenbildung über die Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten hinaus zum Verständnis des Lebens im Ganzen verhelfen müsse. Bayerns Unterrichtsminister Zehetmair nannte die Volkshochschule die „vierte Säule des Bildungswesens“.

Kirche besinnt sich auf die Gaben der Frauen

H. OHNESORGE, Bad Salzungen

Die Frauen, lange Zeit „schweigende Mehrheit“, haben sich während der Synodaltagung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Bad Salzungen mit der Forderung nach Gleichstellung zu Wort gemeldet. Sie taten das teils hart, teils ironisch, aber jedenfalls unüberhörbar. Schon Bundespräsident Richard von Weizsäcker sprach in seinen Begrüßungsworten in Bad Salzungen das Thema an. „Die Frauen“, sagte er, „sind in vielen Entwicklungsländern besonders unbedrückt, auf der anderen Seite aber sind sie besonders tatkräftig.“

Männer planen ...

Der Synode, deren Schwerpunktthema „Entwicklung“ ist, sagte von Weizsäcker: „In der allgemeinen Zielbeschreibung dessen, was sie tun, steht dem viel größeren Maß der Abhängigkeit der Frauen ein um so größeres Maß an altruistischer Verwendung der Mittel gegenüber, die man zu ihrer eigenen Verwendung ihnen in die Hand gibt.“

Weibliche Gastdelegierte aus verschiedenen Entwicklungsländern bestätigten immer wieder in ihren Ausführungen: Die Männer planen, sitzen in den leitenden Gremien, aber an den Frauen hängt oft die schwere praktische Arbeit.

Nicht, daß es hierzulande so völlig anders wäre: Der EKD-Ratsvorsitzende Bischof Martin Kruse (Berlin) sagte in seinem Ratsbericht: „Die Diskrepanz zwischen dem vielfältigen Beitrag der Frauen zum kirchlichen Leben auf der Ortsebene und ihrer geringen Beteiligung an den leitenden Gremien ist nicht zu leugnen. ... Können wir es uns leisten, die Gaben vieler Frauen so wenig in Anspruch zu nehmen?“

Zwar sind die Kirchen besser als ihr Ruf: In Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern betrug 1984 der Anteil der Frauen an den Kirchenvorständen 34,7 Prozent, in den Gemeinderäten nur 12,1 Prozent. Aber damit will man sich nicht trösten. Spätestens 1989 soll sich die Synode als Schwerpunkt mit der Gleichstellung in den Führungsgremien, mit praktischen Wegen zur Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Evangelischen Kirche beschäftigen.

Neben der künftigen stärkeren Berücksichtigung in den Leitungsgre-

mien – was nur langsam geschehen kann, weil es sich oft um gewählte Organe handelt – muß wohl die Stellung der Frau dort in der Dritten Welt, wo geholfen wird, künftig stärker berücksichtigt werden. Dies beginnt mit dem, was gefördert werden soll und endet mit der Frage, wer das Geld bekommt. Eine im Entwicklungsdienst erfahrene Frau gab dazu ein drastisches Beispiel: „Was nützt es, wenn wir eine Produktionsstätte erweitern, wenn dann die Frauen weiterhin das Wasser herbeischleppen müssen – nur jetzt eben noch entsprechend mehr?“

Nur wer – entgegen aller Logik – sich besondere Entwicklungen in der Annäherung der beiden großen Kirchen erhofft hatte, konnte bei der Besprechung der sogenannten Lima-Papiere in Bad Salzungen enttäuscht sein. Seitdem 1982 zuerst Vertreter verschiedener Kirchen, darunter auch zwölf Delegierte des Vatikan, in der peruanischen Hauptstadt zusammengekommen sind, wird über Taufe, Eucharistie (Abendmahl) und geistiges Amt gesprochen. Konvergenzen sollen angestrebt werden, zum Konsens wird es kaum kommen.

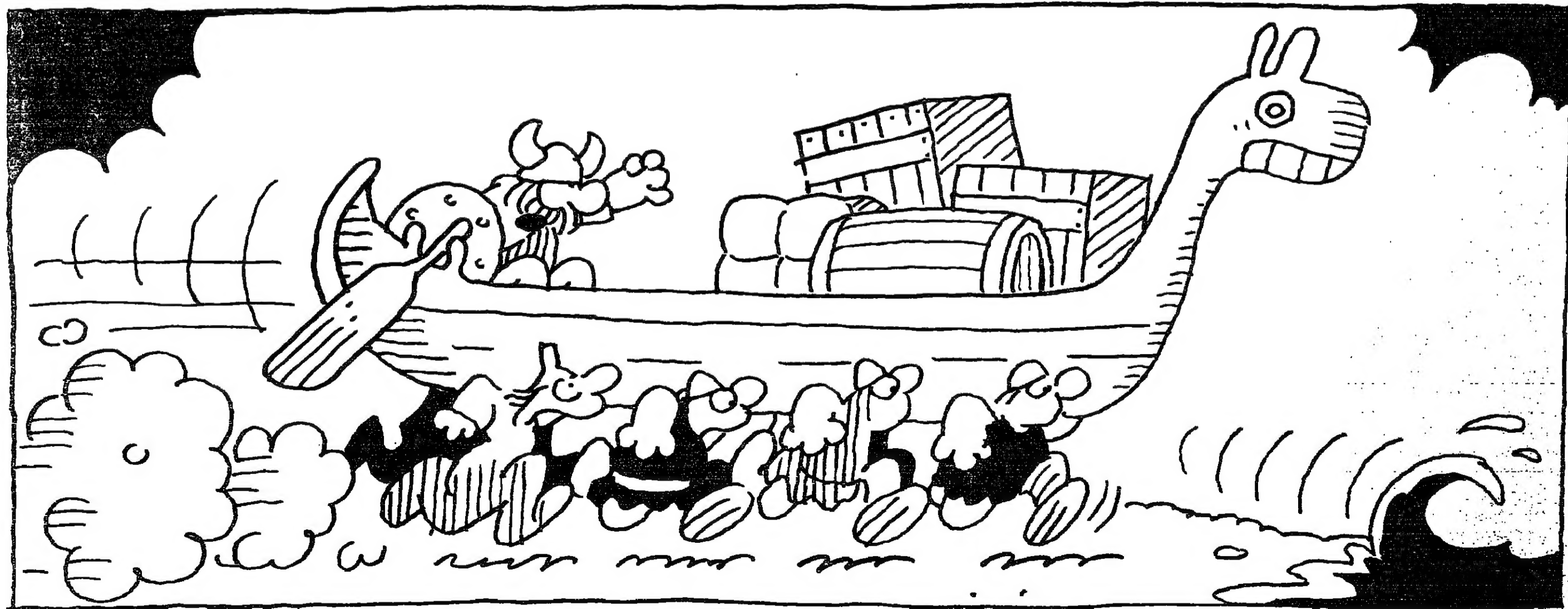
Für religionsverschiedene Ebenen muß schmerzlich bleiben, daß schon bei der Begrüßung Erzbischof Franz Degenhardt von Paderborn unmissverständlich klarmachte, daß „eine allgemeine, offene Kommunion ohne wirkliche Glaubensgemeinschaft in der einen sichtbaren Kirche nach unserem Verständnis eine Unwahrhaftigkeit darstellen würde“. Die Kirchen der Reformation machen Fortschritte in der Annäherung – von der römisch-katholischen Kirche und von der Orthodoxie trennt sie nach wie vor noch vieles und Grundlegendes.

„Einheit nicht gefährden“

In der Frage der seit langem umstrittenen Evangelischen Studentengemeinde (ESG) gab es keine neue Entwicklung: „Es ist eine Lösung zu suchen, die einerseits die Einheit der ESG und andererseits die Gemeinschaft innerhalb der EKD nicht gefährdet“, sagte Bischof Kruse im Zusammenhang mit der geplanten kontrollierten Vergabe zusätzlicher Mittel Kruse: „Es ist jetzt nicht die Stunde für radikale Lösungen nach der einen oder anderen Seite, sondern für besonnenes Zusammenwirken.“

Die neue Bahn

Neu: Der schnelle Weg für Güter nach Skandinavien. DanLink.



Der Norden rückt näher. Denn jetzt gibt es DanLink, die neue Kontinentverbindung mit Skandinavien. DanLink ist ein Gemeinschaftsprojekt der Güterbahn, der Dänischen und der

Schwedischen Staatsbahnen und verbindet Hamburg (Maschen) mit Helsingborg in Südschweden via Dänemark. In nur 15–17 Stunden. Und das mit direktem Anschluß

an alle wichtigen Ziele in der Bundesrepublik Deutschland und in Schweden und Norwegen. DanLink bietet Ihnen im Vergleich zu den bisherigen Verbindungen

gleich mehrere Vorteile: DanLink ist schneller (bis zu einem Tag), sicherer und flexibler (dank der computer-gesteuerten Transportüberwachung). Und: DanLink hat entschie-

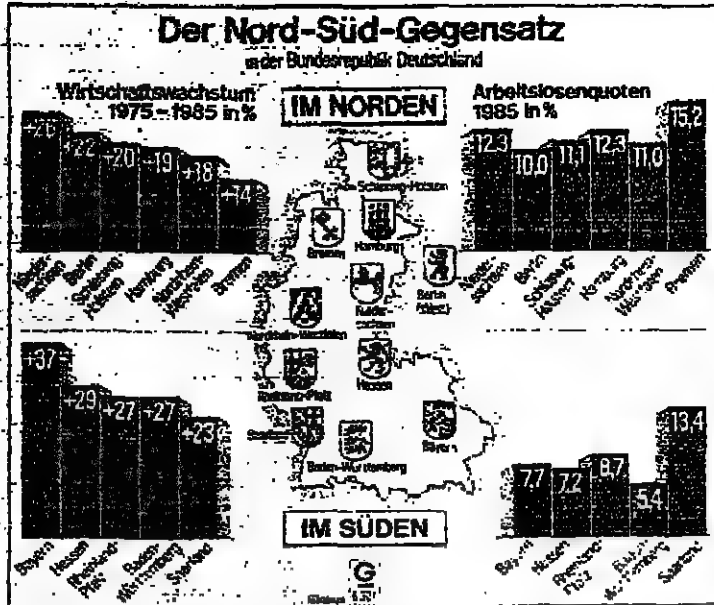
den mehr Kapazität. Nämlich 90%. Selbst Ganzzüge können Sie jetzt auf die Reise schicken, zu günstigen Individualpreisen. Wenn Sie mehr über DanLink wissen möch-

ten, sprechen Sie mit dem Kundenberater der DB. Der informiert Sie gern über alles Weitere.

DB Die Bahn

Der Nord-Süd-Gegensatz

in der Bundesrepublik Deutschland



Bayern ist mit einem Wirtschaftswachstum von 37 Prozent zwischen 1975 und 1985 der Spitzenreiter unter den Bundesländern. Sowohl im Wirtschaftswachstum als auch bei den Arbeitslosenzahlen schnitt der Süden am besten ab.

FÜR DEN ANLEGER

Neue US-Aktie: Die Stammaktien der Tyndex Corp., Hersteller von Hydrauliksystemen und Kunststoffwerkzeugen, werden heute erstmals in Frankfurt amtlich notiert, wo sie von der Dresdner Bank eingeführt wurden.				Olympus Opt.	13,20	4,35
				Nissan Motor Co.	6,80	4,23
				Nippon Yusen	4,80	4,00
				(Frankfurter Werte)		
				WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 274,11 (271,71); Chemie: 164,71 (162,97); Elektro: 339,10 (336,17); Auto: 720,07 (719,32); Maschinenbau: 153,64 (151,67); Versorgung: 164,98 (163,01); Banken: 397,83 (394,26); Warenhäuser: 185,61 (185,27); Bauwirtschaft: 538,94 (531,29); Konsumgüter: 180,32 (179,88); Versicherung: 1370,42 (1347,38); Stahl: 142,58 (142,32).		
Kursgewinner:	DM	+	+			
Magde. Feuer	826,00	7,27				
Norsk Data	60,00	6,19				
United Tech.	92,00	5,75				
Mobil Corp.	79,50	5,30				
Union Carbide	47,20	4,89				
Kursverlierer:	DM	-	-			
Sumitomo Metal	1,85	8,13				
Kawasaki Kisen	2,10	4,55				
				Nachbörse: Uneinheitlich		

WELTWIRTSCHAFT

US-Außenhandel: Nach Schätzungen des Handelsministeriums wird das Defizit 1987 mindestens 100 Mrd. Dollar betragen.

Brasilien: Die japanische Regierung hat einen Kredit von 80 Millionen Dollar für ein Bewässerungsprojekt in der Region Cerrado gewährt.

Erde: Der Verbrauch der westlichen Industrieländer ist in den ersten neun Monaten um 2,5 Prozent auf täglich 34,4 Mill. Barrel gestiegen. Auch für das letzte Quartal erwartet die Internationale Energie-Agentur einen Anstieg um 2,5 Prozent.

Produkt	5.11.86	4.11.86	1.7.86	1.8.85	1975
Superbenzin	147,35	144,50	165,00	286,00	97,00
0,15 g Bleigehalt					
Heizöl (schwer 3,5 % S)	67,25	65,75	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel)					
0,3 % S	117,50	116,50	104,00	228,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

TUI: Mit einem Umsatzplus von 3,6 Prozent und einem Buchungsschub von 1,7 Prozent schloß das Reiseunternehmen das Geschäftsjahr 1985/86 ab. (S. 13)

Alfa Romeo: Als italienische Lösung will die Fiat-Tochter Lancia eine Joint-Venture-Gesellschaft mit dem Automobilhersteller bilden. (S. 12)

Aktien: Der Aufsichtsrat der Mercedes-Automobil Holding AG hat eine Erhöhung des Grundkapitals um 44,5 Mill. auf 534,3 Mill. DM durch Ausgabe neuer Aktien beschlossen.

Philip Holzmann: Mit 4,692 Mrd. DM lag das Auftragsvolumen des Baukonzerns um 12,5 Prozent unter dem Vorjahreswert. (S. 13)

NAMEN



Peter Jungen: Der Vorstandsvorsitzende der PNB Wertheim AG

und Vorstandsmitglied der Otto Wolff AG, scheidet zum Jahresende auf eigenen Wunsch aus beiden Ämtern, um eine andere berufliche Aufgabe außerhalb der Otto Wolff Gruppe wahrzunehmen. Unter seiner Führung wurde die PNB zu einer weltweit starken Anlagebaugruppe im Sektor Material-Handling.

WER SAGT'S DENN?

Um Erfolg zu haben, muß du den Standpunkt des anderen einnehmen und die Dinge mit seinen Augen betrachten.

Henry Ford

Belebende Investitionsneigung auch im fünften Aufschwungsjahr

Allerdings rechnet das Münchener Ifo-Institut mit einem deutlich langsameren Tempo

DANKWARD SEITZ, München
Die deutsche Industrie wird auch 1987, im fünften Jahr des Konjunkturaufschwungs, keineswegs investitionsmüde, selbst wenn sich eine merkliche Tempoverlangsamung abzeichnet. Zu diesem Ergebnis kommt das Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung aufgrund einer Umfrage bei 3450 Unternehmen.

Die Unternehmenspläne deuten darauf hin, daß mit einem weiteren Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen um durchschnittlich sieben Prozent gerechnet werden kann. Allerdings dürfte damit dann der Höhepunkt der bislang außerordentlich lebhaften Erweiterungswelle mit Zuwachsraten von 19 Prozent (1985) sowie 13 Prozent (1986) überschritten werden.

Zu einem kräftigen Anstieg um „mindestens“ 15 Prozent wird es dagegen 1987 in der Bauwirtschaft kommen. Bereits im laufenden Jahr verbesserte sich die Investitionsneigung der Branche (befragt wurden hier 620 Firmen) im Zuge der wieder gestiegenen Auftragslage merklich mit plus zehn (1985) minus drei Prozent. Dies darf allerdings, so das Ifo-Institut, nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich damit die Anlageinvesti-

onen des Baugewerbes noch immer auf einem sehr niedrigen Niveau bewegen.

Daß sich die Investitionsneigung des verarbeitenden Gewerbes für 1987 abgeschwächt hat, wird auf die nicht mehr so positiven Absatzperspektiven der exportabhängigen Wirtschaft zurückgeführt. Dämpfend dürften sich auch die inzwischen kräftig erhöhten Kapazitäten auswirken. Dagegen seien die Bedingungen von der Finanzierungseite her nach

wie vor günstig. Ebenso werde die Inlandsnachfrage 1987 für einen weiteren positiven Konjunkturverlauf sorgen.

Fast ausschließlich wird die Tempoverlangsamung 1987 von den Branchen der Investitionsgüter-Industrie (Ausnahmen: Elektrotechnik und Schiffbau) ausgelöst. Denn nach einer außergewöhnlichen Expansion 1985 mit plus 23 Prozent und 1986 mit plus 21 Prozent ist hier für das kommende Jahr nur noch mit einem Plus von neun Prozent zu rechnen. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe dagegen kann sogar noch mit einem Zuwachs von sieben (zwei nach sechs) Prozent gerechnet werden, während in den anderen Bereichen nur ein leichter Rückgang eintreten wird.

Doch immerhin wollen noch 47 (51) Prozent aller befragten Unternehmen mehr investieren als 1986 und wieder 31 Prozent etwa gleich viel. Als Hauptziel gaben 34 (30) Prozent der Firmen Kapazitätserweiterungen an, 44 (48) Prozent Rationalisierungen und unverändert 23 Ersatzbeschaffungen. Im Baugewerbe planen 15 (11) Prozent der Betriebe höhere Investitionen, während 68 (59) Prozent die Budgets unverändert belassen wollen.

Weniger Aufträge

Die Industrie konnte im September nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes preis- und saisonbereinigt ein Prozent weniger Aufträge verbuchen als im Vormonat. Allerdings wird mit einer nachträglichen Korrektur fest gerechnet. Im Zweimonatsvergleich August/September gegenüber Juni/Juli ergibt sich ein Rückgang der Auftragsbestände um zwei Prozent. Die inländischen Bestellungen gingen um 0,5, die Auslandsaufträge um 4 Prozent zurück. (Mk.)

Ausland kaufte weniger deutsche Wertpapiere

cd. Frankfurt

Der Rückgang der Auslandsengagements in deutschen Renten von 4,9 auf 2,3 Mrd. DM und in Aktien von 1,9 auf 0,8 Mrd. DM, der mit merklichen Kursverlusten an beiden Märkten einherging, hat im September zusammen mit zwei Mrd. DM inländischer Engagements in DM-Auslandsanleihen (August: 0,4 Mrd. DM Verkäufe) maßgeblich zum ausgeprägten Umschwung in der Bilanz des langfristigen Kapitalverkehrs beigetragen. Sie schloß mit einem Abfluß von 1,3 Mrd. DM nach 7,8 Mrd. DM Zufluß im August. Im statistisch erfaßten kurzfristigen Kapitalverkehr sind die Kapitalimporte von 8,1 auf 1,5 Mrd. DM gesunken.

In der Leistungsbilanz hatte die Bundesrepublik im September einen Überschub von 8,8 Mrd. DM erzielt nach 3,9 Mrd. DM vor einem Jahr. Damit summiert sich das Plus für die ersten neun Monate auf 51,5 Mrd. DM nach 38,9 Mrd. DM im ganzen Vorjahr. Der Exportüberschub war mit knapp 80 Mrd. DM um 30 Milliarden höher als in den ersten drei Quartalen 1985. Legt man die Vorjahrespreise zugrunde, sank der Überschub indes um real 16 Mrd. DM, worin sich die kräftige Steigerung der Importmengen und die nur geringe Zunahme des Exportvolumens widerspiegelt.

AUF EIN WORT



Heinz-Werner Meyer, Erster Vorsitzender der IG Bergbau und Energie Bochum. FOTO: WOLFF P. FRANGE

„Eins kann doch wohl in keinem Falle richtig sein: Während man darüber nachdenkt, wie eine künftige Energieversorgung ohne Kernenergie aussehen kann, darf doch die heimische Kohle nicht weiter geschwächt werden.“

Die Welt genießt Süßes auf deutsch

HENNER LAVALL, Köln

„Ein genußorientierter Lebensstil und immer mehr Freizeit werden den Konsum von Lebensmitteln und vor allem Süßwaren in der Bundesrepublik Deutschland wieder anziehen lassen. Süßes wird zunehmend als lustvoller Kompensator während der Freizeitangelegenheiten konsumiert.“ Mit dieser Überzeugung, die der Geschäftsführer der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), Rüdiger Szallies, gestern in Köln äußerte, spendete er gleichzeitig einer Branche Trost, die gegenwärtig wenig befriedigende Entwicklungen sowohl beim Umsatz als auch beim Export vorweist.

Denn in den ersten neun Monaten dieses Jahres konnte sich der Süßwarenmarkt nicht an die „Wachstumslokomotive“ privater Verbraucher anknüpfen, obwohl die Rahmenbedingungen so gut sind wie seit langem nicht mehr. Der Zuwachs bei Schokoladen-, Zucker- und Dauerbackwaren sowie Knabberartikel und Speiseeis – dies alles gehört zur Gruppe der Süßwaren – ist mit bisher knapp einem halben Prozent hinter dem Wachstum des allgemeinen privaten Verbrauchs (vier Prozent) weit zurückgeblieben. „Das enttäuschende Ergebnis“, so erklärte Szallies im Hinblick auf die internationale Süßwarenmesse (ISM) Köln, die Ende Januar 1987 ihre Pforten öffnet, ist aber nicht nur ein Problem der Nachfrage, sondern häufig auch des Angebots, das oft am Bedarf vorbeigeht.

Gerade weil die Branche mit einem starken Rückgang der unter 20jährigen Bevölkerung („in zehn Jahren werden es zehn Prozent weniger sein“) rechnen müsse, hält der GfK-Geschäftsführer ein schnelleres Umschwenken auf neue Zielgruppen für notwendig. Szallies schlägt dazu unter anderem die Ausarbeitung eines sogenannten „Senioren-Marketing“ vor. Darunter versteht er „die Süßware als Genuß anbieten, der zusätzlich mit dem Gesundheitsargument verpackt ist.“

Daß die deutsche Süßwarenindustrie andererseits gar nicht so stark an

Althergebrachtem festhält, belegt die neue Vorsitzende der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie, Hermann Bahlsen. Weil die Branche in den letzten Jahren im Inland an die Grenzen des Wachstums gestoßen sei, habe man neben der Einführung neuer Produkte auf dem heimischen Markt den Export forciert.

Er entwickelte sich inzwischen so erfolgreich, daß in diesem Jahr wieder über ein Fünftel der Produktionsmenge von gut 1,7 Millionen Tonnen (im Wert von rund 14 Milliarden Mark) im Ausland verkauft wird. Während im Inland der Pro-Kopf-Verbrauch von Süßwaren in den ersten sechs Monaten im Vergleich zum Vorjahr von 11,69 Kilogramm auf 11,39 Kilogramm gesunken ist, weist der Export unverändert zweistellige Zuwachsraten auf. „Die Welt genießt auf deutsch“, stellte Bahlsen denn auch zufrieden fest. In der Bundesrepublik soll das auch so werden. Die Zeit um Weihnachten ist traditionell der Saisonhöhepunkt der Branche.

Alles ganz anders

Mk. – Mit den Zahlen und Daten, die aus dem Sommer stammen, können die Statistiker wenig anfangen, vor allem dann nicht, wenn sie nicht den Erwartungen entsprechen. So werden die jüngsten Veröffentlichungen über die Industrieproduktion und den Auftragseingang für September mit dem Hinweis versehen, es könnte alles auch ganz anders sein, es bestehe ein erheblicher Korrekturbedarf, denn ein Teil der Entwicklung mußte geschätzt werden. Und so kann aus der leichten Abschwächung eine Stagnation werden. Aber selbst das wäre weniger als das, womit gerechnet wurde.

Eines signalisieren die Zahlen wohl mit Sicherheit: Der kräftige konkurrenzschwache Schwung des zweiten Quartals hat im Spätsommer an

Kraft verloren. Ob es wie in den Wintermonaten einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts geben wird, läßt sich noch nicht sagen.

Trotzdem verwundem die jetzt vorgelegten Ergebnisse. Denn es war von allen Seiten erwartet worden, daß sich jetzt die Effekte aus der Ölpreisverbilligung und der Steuerreform auch verstärkt in den Statistiken niederschlagen werden. Lag das nur am Sommer, an den Ferien im Ausland, das es nicht so kam?

So ganz überzeugen kann das nicht. Eher dürfte schon der Hinweis zünden, daß wegen der Aufwertung der D-Mark weniger Aufträge aus dem Ausland eingegangen sind, jedenfalls im Vergleich mit dem Vorjahr. Einen Trost haben selbst die Statistiker parat: Im nächsten Monat kann alles schon wieder anders sein. Denn das wirtschaftliche Umfeld ist günstiger als das, was sich in den Zahlen niederschlägt.

Flexibel für Frauen

Von SABINE SCHUCHART

Mehr als die Hälfte aller Frauen in der Bundesrepublik ist heute berufstätig. Etwa zwei Fünftel der Beschäftigten sind Arbeitnehmerinnen. Doch während zum Beispiel Büro- und Verkaufstätigkeiten überwiegend von Frauen erledigt werden, stellt das weibliche Geschlecht in den Führungsstufen der Wirtschaft eine verschwindende Minderheit. Nur etwa zwei bis drei Prozent dieser Positionen werden von Managerinnen eingenommen.

Das gängige Argument der im Vergleich zu den Männern geringeren Qualifikation liefert bei den Frauen, die heute ins Berufsleben starten, dafür keine Erklärung mehr. Im Gegenteil: Eine qualifizierte Ausbildung stellt für sie zunächst einmal sogar ein Hindernis dar: Akademikerinnen sind verglichen mit anderen Berufsanfängerinnen nach abgeschlossener Ausbildung relativ alt. Damit wächst die Wahrscheinlichkeit, daß sie bald nach der Einstellung ein Kind bekommen. Dies ist vielen Personalchefs ein zu großes Risiko.

Allerdings hat sich das Bildungsverhalten von Männern und Frauen erst in jüngerer Zeit zunehmend angenähert. Während inzwischen die Studentinnen, die die Universitäten mit einem Abschluß in Wirtschaftswissenschaften oder Jura verlassen, im Schnitt rund ein Drittel der Absolventen stellen, waren dies noch vor zehn Jahren weniger als 20 Prozent. Das ist aber die Generation, die heute für Aufstiegspositionen besonders in Frage kommt.

Aber auch die Mitarbeiterinnen mit den von der Wirtschaft gesuchten Qualifikationen agieren meist im Schatten männlicher Vorgesetzter, weil traditionelle Vorbehalte noch längst nicht abgebaut sind. Dahinter nur das Zepter böswilliger Männer zu sehen, wäre indes zu oberflächlich. Wesentliche Karriere-Barrieren liegen gleichwohl in männlichen wie weiblichen Verhaltensweisen. Darauf wurde auf dem EWMD-Kongreß europäischer Managerinnen, der heute in Hamburg zu Ende geht, eindringlich hingewiesen. „Frauen neigen dazu, ständig vor sich selbst ein Fragezeichen zu setzen und bei Rückschlägen sofort zugunsten männlicher Kollegen zurückzustecken. Da der Mut zum Erfolg fehlt, wird zudem viel weniger in die eigene Karriere investiert“, formulierte es eine Teilnehmerin.

Dabei halten immer mehr Frauen, das zeigen Untersuchungen, den beruflichen Aufstieg für sehr wichtig. Schließlich nimmt die Zeit der Kindererziehung angesichts der höheren Lebenserwartung immer weniger Raum ein, und die Ehe ist

längst keine Lebensversicherung mehr. Wenn sich trotzdem zum Beispiel Betriebswirtschaftlerinnen nicht nach Führungsstellen drängen, hat das den Grund, das mit solchen Positionen in der Regel der Verzicht auf Familie verbunden ist.

Die überwiegende Zahl der sogenannten Karrierefrauen ist ledig oder geschieden. Dabei bietet das Bild der emotional isolierten Einzelkämpferin, die in einer 70-Stunden-Arbeitswoche ihr Können gegen eigene und männliche Widerstände unter Beweis stellen muß, tatsächlich wenig Verlockendes.

Wo liegt ein Ausweg aus dem Dilemma? Sicherlich nicht nur in einem bloßen Umdenken, in einer stärkeren Unterstützung aufstiegswilliger Frauen, sei es nun durch Vorgesetzte oder im Privatleben. Entscheidend ist, daß es gerade auch in anspruchsvollen Tätigkeiten zu beweglicheren Arbeitszeitregelungen kommt.

Die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen und gleitenden Arbeitszeiten ist auch in diesen Bereichen organisatorisch in weitaus größerem Umfang zu bewältigen, als vielfach behauptet wird. Sinnvoll ist daneben, wenn zum Beispiel eine promovierte Chemikerin wie kürzlich bei BASF zu Beginn der Schwangerschaft durch einen Rückkehrvertrag längerfristig an das Unternehmen gebunden wird.

Daß bereits andere große Firmen derartige Modelle zunehmend praktizieren, macht offensichtlich, daß es sich nicht um einen Akt reiner Menschenschönfärberei handelt. Schon heute herrscht in naturwissenschaftlichen Bereichen ein Mangel an qualifizierten Kräften; für die 90er Jahre erwarten die Unternehmen gar einen generellen „Jag“ auf dem Markt der Führungspersönlichkeiten. Wenn sollte es da noch einleuchten, daß die eine Hälfte der Menschheit auf dem Weg zu den Führungsstellen erst ganze Gefühlsberge übersteigen muß?

Wenn sich an den starren Arbeitszeiten nichts ändert, werden voraussichtlich weiterhin viele hochqualifizierte Frauen auf Kinder verzichten, und der Druck auf Frauenquoten in den Unternehmen dürfte weiter zunehmen. Dabei zeigen ja gerade die sich häufenden Klagen von Personalleitern, daß Manager zunehmend einem Mehr an Freiraum und Freizeit Priorität einräumen, wie sehr eine Lockerung starrer Zeitregelungen auch männlichen Interessen entgegenkommt.

Die lauten Forderungen qualifizierter Frauen nach besseren Chancen könnten insofern den Weg für beide Seiten zu einem effizienteren und befriedigenderen beruflichen Aufstieg ebnen.

Bestens!

Zwischen denen, die ihr Geld nutzlos im Sparstrumpf schlummern lassen, und denen, die vor lauter Zinshektik nicht zur Ruhe kommen, gibt es eine gesunde Mitte, die den Wertpapierbesitzern einer kompetenten Bank vertraut, um in aller Ruhe das Beste aus ihrem Geld zu machen.

Wir sind für die gesunde Mitte.



ADCA-BANK AG
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
seit 1856

Beabsichtigen USA schärfere Gangart in Handelspolitik?

frühe Washington

Der von US-Präsident Ronald Reagan verfolgte Wirtschaftskurs zum Nach dem Wahlsieg der demokratischen Partei bei den Kongresswahlen im November 1986 wird sich im ersten Jahr des Kongresses (1987) im Kongress der beiden Kammern des Kongresses von Demokraten kontrolliert. Ihre Partner haben bereits angekündigt, besonders die Handelspolitik des Präsidenten und seine Strategie zur Reduzierung des Handelsbilanzdefizits in diesem Jahr sehr kritisch verfolgen zu wollen.

Die Handelspartner der USA werden sich darauf einrichten müssen, dass ein protektionistisches Gesetz, das das Leben schwerer machen werden, das es allgemein, die Demokraten hatten im Mai dieses Jahres im

Nervöses Warten auf ein Luxemburger Urteil

Deutsche Versicherer: Dienstleistungsfreiheit darf nicht Zwangsbeitritt zu einer Sterbekasse für Fußkranke bedeuten

HARALD POSNY, Bremen

Die deutsche Versicherungswirtschaft beharrt wie die Bundesregierung und die Regierungen der überwiegenden Mehrheit der EG-Länder auf dem Standpunkt, daß die bevorstehende Schaffung der Dienstleistungsfreiheit in der Gemeinschaft nicht auf dem niedrigsten Verbraucherschutzniveau eingependelt werden darf.

Mit einer durch äußerliche Gelassenheit nur notwendig verdeckten Nervosität feiern die Versicherer dem noch für Ende dieses Jahres erwarteten Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) entgegen, das über Inhalt und Tragweite der Dienstleistungsfreiheit auf den Versicherungsmärkten entscheiden soll. Von der EG-Kommission sowie Großbritannien und den Niederlanden war die Bundesregierung wegen Mißachtung von EG-Richtlinien verklagt worden.

Vor der Mitgliederversammlung des Gesamtverbands der deutschen Versicherungswirtschaft (GdV) möchte dessen Präsident Georg Büchner nicht über den Urteilspruch des Gerichts spekulieren, doch läge es seiner Ansicht nach

„ganz auf der Linie seiner bisherigen Rechtsprechung“, wenn es den EG-Mitgliedstaaten das Recht zuspräche, zum Schutz von Allgemeininteressen Vorschriften über den Betrieb von Versicherungsgeschäften zu erlassen oder beizubehalten, soweit dadurch ausländische Anbieter nicht diskriminiert würden und die „Prinzipien der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit“ gewahrt bleiben. In diesem Sinne hatte sich auch der britische Generalanwalt Sir Gordon Slynn in seinem Schlussplädoyer vor dem EuGH geäußert.

Danach dürfte es auch künftig möglich sein, neben der Finanzaufsicht, die schon der Versicherungsaufsicht des Sitzlandes eines Versicherers übertragen ist, im Rahmen des nationalen Rechts eine materielle, das heißt Bedingungs- und Tarifaufsicht aufrechtzuerhalten. Büchner sieht damit die Möglichkeit, das hohe deutsche Verbraucherschutzniveau mit den Anforderungen eines europäischen Binnenmarktes in Einklang zu bringen. Die Anbieter aus Staaten mit großzügigsten Aufsichtsbehörden hätten sonst auch die günstigsten Wettbewerbsbedingungen.

Büchner erinnerte an den Kompro-

missvorschlag der Assekuranz zwischen totaler Liberalisierung und weitgehender Abschottung der Märkte, die allerdings nicht auf eine Abschaffung von Aufsicht und Kontrolle im Tätigkeitsland des Versicherers hinausläufen. So könne sich der Staat aus der Aufsicht industrieller Geschäftszurückziehen, wenn hier ein Mindestmaß an Markttransparenz (Wahrung der Produktidentität und Einheitlichkeit der Rechtsbegriffe) bestehen bleibt, ohne den Leistungswettbewerb nicht denkbar sei.

Im Geschäft mit Privatkunden sowie mit kleinem und mittlerem Gewerbe solle die materielle Aufsicht erhalten bleiben, die die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, die Wahrung der Versichertenbelange und die Erfüllung der Versicherungsverträge gewährleistet. Büchner hält es für eine Illusion, zu glauben, daß der Normalkunde Unterschiede in Versicherungsbedingungen bemerkt oder gar richtig werten kann. Unterschiedliche Versicherungsbedingungen wirken wie Mogelpackungen. Ein solches Postulat nach Markttransparenz sei weder ausländerfeindlich noch innovationsfeindlich.

Die Bedingungsaufsicht müsse

schon vor dem Hintergrund von Versicherungszweigen mit sozialem Auftrag (Lebens-, Krankenversicherung und Unfallversicherung) erhalten bleiben. Als gefährlich bezeichnete Büchner Stimmen, die bei einem totalen Wettbewerb ohne Bedingungs- und Tarifaufsicht Versicherungsspielen in Kauf nehmen, aber der Assekuranz mittels eines von ihr gespeisten Konkursfonds die Befriedigung der Geschädigten Kunden abverlangt. Einmal lasse das EG-Recht einen solchen staatlichen Zwang nicht zu, zum anderen widerspreche es dem marktwirtschaftlichen System. Büchner: „Wenn Dienstleistungsfreiheit ihren Namen verdienen soll, muß sie etwas anderes bedeuten als den Zwangsbeitritt zu einer kollektiven Sterbekasse für die Fußkranke der Branche.“

Der europäische Versicherungsmarkt existiert nach den Worten Büchners längst, seit vor fast 15 Jahren die Niederlassungsfreiheit für Schadenversicherer begründet wurde. Der Markt sei jetzt schon viel offener und europäischer als sein Ruf. Auch in der Bundesrepublik ist der Anteil ausländischer Versicherer tendenziell hoch. Sie buchen rund 14 Prozent oder 15 Mrd. DM Prämie.

Großer Widerstand der Länder

Schlagabtausch über Finanzausgleich im Bundesrat

HH. Bonn

Zu einem ersten Schlagabtausch über die künftige Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern dürfte es heute im Bundesrat kommen. Formal geht es darum, daß Bremen und Nordrhein-Westfalen aufgrund des Karlsruher Urteils vom 24. Juni einer vorläufigen Nachteilsausgleich in Höhe von 100 und 75 Millionen Mark Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) erhalten sollen. Karlsruhe hatte hier eine bis 1983 zurückreichende Benachteiligung festgestellt.

Der Bund will hierfür keine zusätzlichen Mittel bereitstellen, so daß die beiden Länder vorab aus den BEZ in Höhe von rund 1,7 Milliarden Mark, also mit einem Anteil von rund zehn Prozent, bedient werden.

Obwohl es sich nur um eine vorläufige Regelung handelt, die endgültig Zahlen voraussichtlich erst im Herbst im Rahmen des gesamten Fi-

nanzausgleichs feststehen werden, wollen vor allem die Länder jede Präjudizwirkung vermeiden. Die entscheidende Frage ist, in welchem Umfang die übrigen Empfängerländer, also Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein durch den zehnprozentigen Vorwagabzug betroffen werden. Zumindest indirekt finanziert werden Bremen und Nordrhein-Westfalen bei diesem Verfahren ihren eigenen Nachteilsausgleich mit.

Im Bonner Gesetzentwurf heißt es: „Über- oder Unterzahlungen sind unter den Ländern nach Maßgabe der Neuordnung auszugleichen.“ Diese interpretationsfähige Regelung stößt in den Ländern auf Widerstand. Auch wird mit Hochdruck an Alternativvorschlägen gearbeitet, die mit der Korrektur ebenfalls bis 1983 zurückgehen wollen. Vor allem Bayern hat in der Vergangenheit zu hohe BEZ-Anteile erhalten.

US-Wahl ohne große Wirkung

Weltbörsen erholt – Geringes Interesse in Paris und Wien

Ob der Anstieg des Dow-Jones-Index an der New Yorker Aktienbörse ohne den Wahlsieg der Demokraten größer ausgefallen wäre, vermögen auch Experten nicht zu beantworten. Zwar konnte der „Dow“ auch am Mittwoch nicht die 1900er-Marke nachhaltig überwinden. Im Vergleich zur Vorwoche jedoch legte er mit 1899,04 (1851,8) fast 50 Punkte zu. Klar verbessert waren Transporttitel: Der Versorgungsbereich notierte be-

statistischen Amtes Insee (Ende 1985 = 100) blieb im Mittwochvergleich mit 143,3 (143,4) Punkten fast unverändert. Der Generalindex der Maklerkammer CAC (Ende 1981 = 100) fiel auf 376,3 (378,4) Punkte.

An der Mailänder Wertpapierbörse konnten sich in dieser Woche sowohl die Umsätze als auch die Kurse auf breiter Front wieder etwas befestigen. Im Vordergrund standen vor allem die Versicherungswerte mit dem Branchenführer Assicurazioni Generali an der Spitze. Anhaltend nachgefragt waren auch die Aktien des Fiat-Konzerns, nicht zuletzt im Hinblick auf die gestrige Entscheidung über die Beteiligung an dem

staatlichen Automobilunternehmen Alfa Romeo. Ebenfalls überwiegend fest tendierten die übrigen großen industriellen Publikumswerte. Der Blue-Chips-Index II So-le 24 Ore (1985 = 1) schloß am Mittwoch mit 417,41 Punkten.

Nach leichten Verlusten in der Berichtswerte erhielten sich gestern die Kurse an der Tokioter Börse. In-

gesamt jedoch büßte der Nikkei-Index im Donnerstagsvergleich rund 250 Punkte ein und schloß bei 16 758,35 (17 010,95) Punkten. Zuletzt verbesserten sich inländische nachfrageorientierte Aktien. Papiere wie To-

kyo Electric Power und Tokyo Gas weiteten ihre Gewinne kontinuierlich aus. Gewinne gab es auch für Immobilien- und Eisenbahnwerte. Minus-

korrekturen mußten sich hingegen Japan Air, Toho und Hitachi gefallen lassen.

Kursgewinne wurden im Verlauf der Berichtswerte auch an der Londoner Stock Exchange erzielt. Im Mittwochvergleich stieg der Financial Times-Index um knapp 30 Punkte auf 1296,1. Besonders begünstigt waren zuletzt Ölwerte, die bis 28 Pence (Shell) anzogen. Britische Staatsanleihen zeigten geringfügige Kursveränderungen nach beiden Seiten.

Die Hoffnung darauf, daß die japanische Diskontsenkung über eine deutsche die französischen Zinsen drücken könnte, bescherte der Pariser Börse zu Beginn der Berichtswerte einen Tagesgewinn von 1,5 Punkten. Er wurde durch das amerikanische Wahlergebnis voll annulliert. Befürchtet man doch jetzt mehr US-Protektionismus. Zwischen diesen beiden Extremen herrschte mangels neuer nationaler Wirtschaftsdaten Windstille. Der Tendenzindex des

Nach einem guten Wochenanfang fielen die Kurse an der Madrider Börse bis gestern auf 182,67 Punkte. Da gegen Börsenschluß das Interesse wuchs und auch genügend Geld zur Verfügung stand, erwartet man einen Tendenzwechsel für die nächste Woche, obgleich die Unsicherheit nach wie vor das charakteristische Merkmal bleibt. Eine positive Entwicklung wird vor allem in Elektro- und Bankwerten erwartet. Aber auch im Bausektor, wo die größten Verluste registriert wurden, regt sich neues Interesse.

Kaum verändert zeigte sich die Wiener Börse innerhalb der Berichtswerte. Bei ruhigem Handel stieg der CA-Index von Mittwoch auf Mittwoch geringfügig auf 228,88 (227,45) Punkte. Kursgewinne erzielten zuletzt Papiere des Banken- und Versicherungsbereichs. Weitere Kurssteigerungen bei Österr. Auto, Treibacher und Universale. Uneinheitlich war der Trend für Papierfabriken und Bauunternehmungen, während Wienerberger und Hutter Verluste hinnehmen mußten. (HWD)



WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Anleihe mit Spekulation

Frankfurt (ed.) – Eine Neuheit, die ein festverzinsliches Papier mit einer Dollarspekulation kombiniert, hat die Deutsche Bank über ihre Tochter DB Finance (Curacao) auf den Markt gebracht. Eine sechsprozentige bis zum 2.1.1992 laufende Anleihe über 400 Mill. DM zum Emissionskurs von 112 Prozent. Zu einem Anleihestück über 5000 DM gehören zwei Optionscheine, die zum Erwerb von insgesamt 2500 Dollar zum Kurs von 2,06 DM während der rund zweijährigen Optionsfrist berechnen. Aufgrund dieser Emissionsbedingungen wird die Ausübung der Option interessant, sobald der Dollarkurs 2,30 DM übersteigt. Für die Optionsanleihe wurden gestern 111,5 Prozent bezahlt. Gleichzeitig begibt die DB Finance zum Kurs von 100,50 Prozent eine sechsprozentige 300-Mill.-DM-Anleihe mit Laufzeit bis zum 2.1.1992 ohne Optionscheine. Die Börsenzulassung der Anleihe und der Optionscheine wird in Frankfurt beantragt.

Chance für EG-Mittelstand

Bonn (ed.) – Die sich entwickelnde europäische Mittelstandspolitik bietet aus der Sicht der Bundesregierung eine große Chance für die Gemeinschaft. Allerdings dürfte die EG sich nicht in kafkaesken bürokratischen Pfaden verlieren. Das erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Rudolf Sprung, vor dem Mittelstandsforum des Deutschen Industrie- und Handelsstaates in Bonn.

Luxushelrat

Paris (J.Sch.) – Der weltberühmte Hersteller von Luxusstoffen und -taschen, Louis Vuitton, will sich mit der Veuve Cluot „verheiraten“. Den Aktionären der Champagner- und Parfümfirmen (Givency) soll ein Übernahmeangebot vorgelegt werden, das sie neben einer Barzahlung zum Tausch in Vuitton-Aktion bezie-

hungsweise Wandelobligationen be-

rechtigt. Die 750 Mill. F. die sich Vuitton – seit Mitte 1984 an der Pariser Börse – im letzten Juni durch eine Kapitalerhöhung zugelegt hat, sollen geschenkt werden. Die Pariser Börsenkommission hat die Cluot-Aktie schon vom Kurszettel abgesetzt. Vuitton erzielte 1985 rund 270 Mill. F. Reingewinn – Veuve Cluot brachte es auf 117 Mill. F.

Zinssenkung

Zürich (VWD) – Die Zürcher Kantonalbank hat eine neue Zinssenkungsrunde eingeleitet. Gestern hat sie ihre Sätze für Kassenobligationen um jeweils 0,35 Punkt zurückgenommen. Damit stellt sich der neue Satz mit Laufzeiten von drei und vier Jahren auf 4,25 und für Laufzeiten von fünf bis acht Jahren auf 4,5 Prozent.

Kenwood-Anleihe

Frankfurt (ed.) – Die Kenwood Corp., Tokio, begibt über ein von der Deutschen Bank geführtes Konsortium eine von der Kyowa Bank garantierte 2,75prozentige siebenjährige Optionsanleihe zu pari. Zu jedem Anleihestück über 5000 DM gehört ein Optionschein, der vom 3. Februar 1987 bis zum 15. November 1993 zum Bezug von 643 Kenwood-Aktien zum Kurs von 624,50 Yen pro Stück berechtigt. Die Börsenzulassung von Anleihe und Warrants wird in Frankfurt beantragt.

Grünes Licht

Brüssel (VWD) – Die EG-Kommission hat grünes Licht für einen von Frankreich, Belgien und Luxemburg in früheren Montanstandorten geplanten Industriepark erteilt. Das Vorhaben umfaßt die benachbarten Grenzgebiete von Longwy (Lothringen), Aubange (Belgien) und Rodange (Luxemburg). In dem 400 Hektar großen Areal dürfen künftig Investitionsvorhaben im Umfang von bis zu 30 Prozent durch staatliche Beihilfen gefördert werden.

Schärfere Kontrolle der Fischfangquoten

Ha. Brüssel

Vorkehrungen für eine strikere Einhaltung der Fangquoten im EG-Meer haben die für die Fischereipolitik zuständigen Fachminister getroffen. Die Brüsseler Kommission wird dadurch weitreichende neue Kontrollbefugnisse erhalten.

Anders als in der Vergangenheit können die rund 30 Inspektoren der EG-Behörde künftig in den Mitgliedsstaaten jederzeit auf eine Kontrolle der Fangtätigkeit dringen. Vor allem aber darf die Kommission immer dann ein Fangverbot für die gesamte EG-Fischerei ausprechen, wenn die Bestände bei einzelnen Fischarten bedrohlich zurückgehen, weil die vereinbarten Fangquoten überschritten wurden.

Zur Strafe müssen die Mitgliedsstaaten, die sich nicht an die Quoten halten, in Zukunft mit Quotenkürzungen im folgenden Jahr oder bei anderen Fischarten rechnen. Länder, die ihre Fangrechte nicht ausgeschöpft haben, sollen dafür entsprechende Zuschläge erhalten. Diese Kompensation dürfte vor allem den deutschen Trawlern zugute kommen, die ihre Quoten oft ungenutzt lassen.

Der britische Ratsvorsitzende Michael Jopling bezeichnete die gegen die Stämme Dänemarks gefaßten Beschlüsse als „einen riesigen Schritt vorwärts“. Die neue Regelung werde es für die Fischer kaum noch attraktiv machen, ihre Fangrechte zu überschreiten. Bisher haben es viele Mitgliedsländer mit der Einhaltung der Quoten nicht allzu ernst gemeint.

Über die zulässigen Gesamtänge im kommenden Jahr und die nationalen Fangquoten wird Anfang Dezember beraten. Dann soll auch über ein neues Strukturprogramm entschieden werden, wobei es nicht nur um die Höhe der Finanzmittel geht, sondern auch darum, ob die Gemeinschaft neben einem Kapazitätsabbau auch Maßnahmen zur Modernisierung der Fischerei fördern soll.

Alfa Romeo zieht Fiat-Lösung vor

ds. Mailand

Die staatliche Muttergesellschaft des Mailänder Automobilunternehmens Alfa Romeo, die Bereichshold Joint-Venture-Gesellschaft mit der Fiat-Marke Lancia grünes Licht erteilt. Damit hat die Staatsholding der Fiat-Lösung einer Beteiligung von seiten des US-Konzerns Ford den Vorzug gegeben.

Ausschlaggebend für die Wahl des Fiat-Angebots waren nicht nur die finanziellen Bedingungen, sondern auch die auf Produktion und Absatz gerichteten Vorschläge. Das betrifft vor allem die Fiat-Pläne, die Marken Lancia und Alfa Romeo unter einem Dach zu führen und daraus den größten europäischen Hersteller von Fahrzeugen in der oberen Hubraumklasse zu machen. Die Fiat-Lösung war zuletzt nicht nur von allen Gewerkschaften, sondern auch von den Parteien einschließlich der Kommunisten beifolgt worden, die noch vor einigen Wochen den Ford-Vorschlägen den Zuschlag zu geben bereit schienen. Bestimmend dafür war vor allem die Tatsache, daß sich Fiat nicht nur die Marke Alfa Romeo weiterzuführen verpflichtet hat, sondern auch bereit ist, in Beschäftigungsfragen den Gewerkschaften weitgehend entgegenzukommen.

Mit der neuen Gesellschaft, die in Zukunft die Marken Lancia und Alfa Romeo führen wird, positioniert sich Fiat in einem Bereich, in dem in den nächsten Jahren die größten Zuwachsraten nicht nur auf dem italienischen Inlandsmarkt, sondern auch auf den europäischen Märkten erwartet wird. Darüber hinaus hat sich Fiat vorgenommen, mindestens 60 000 Fahrzeuge der 2-Liter-Klasse auf dem US-Markt abzusetzen. Mit der Zusammenlegung von Lancia und Alfa Romeo entsteht den Traditionsfirmen der oberen Hubraumklasse, unter anderem Mercedes und BMW, weltweit harte Konkurrenz.

Die Hoffnung darauf, daß die japanische Diskontsenkung über eine deutsche die französischen Zinsen drücken könnte, bescherte der Pariser Börse zu Beginn der Berichtswerte einen Tagesgewinn von 1,5 Punkten. Er wurde durch das amerikanische Wahlergebnis voll annulliert. Befürchtet man doch jetzt mehr US-Protektionismus. Zwischen diesen beiden Extremen herrschte mangels neuer nationaler Wirtschaftsdaten Windstille. Der Tendenzindex des

PERSONALIEN

Dr. Rolf Berth trat zum 1. November 1986 in die Kienbaum Unternehmensgruppe ein. Er übernahm die Verantwortung in den Bereichen Konsumgüter-Management und internationale Märkte.

Kurt Lingenbrink, der Inhaber der Hamburger Buchgroßhandlung „Libri“, vollendet am 8. November 1986 das 68. Lebensjahr.

Dr. Christian Bühler, ehemaliger geschäftsführender Direktor der Schweizerischen Rettungswacht (REGA), ist als Prinzipal in die Zürcher Unternehmensberatung TASA International AG eingetreten.

Fonds	Ertrags-schein	Ber-ausschüttung	Ertragsbere. Steuern	Gesamt-ausschüttung
INVESTA	Nr. 34	DM 1,80	DM 0,67	DM 2,47
PROVESTA	Nr. 1	DM 1,60	DM 0,44	DM 2,04
INTERVEST	Nr. 28	DM 3,50	DM 0,32	DM 3,82
INRENTA	Nr. 21	DM 5,00	-	DM 5,00
INTER-RENTA	Nr. 17	DM 3,20	-	DM 3,20
DWS-ROHSTOFFFONDS	Nr. 3	DM 2,20	DM 0,22	DM 2,42
DWS-ENERGIEFONDS	Nr. 3	DM 3,10	DM 0,44	DM 3,54
DWS-TECHNOLOGIEFONDS	Nr. 3	DM 1,00	DM 0,25	DM 1,25

entspricht Vortrag aus Rund-Geschäftsjahr



DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen
Postfach 10 06 20 - 6000 Frankfurt 1

Werbeagenturen formieren sich

Gesamtverband mit 100 Mitgliedern gegründet

Die deutschen Werbeagenturen formieren sich. Am 5. November ist in Frankfurt der Gesamtverband Werbeagenturen (GWA) aus der Taufe gehoben worden. Zu den Gründungsmitgliedern zählen die ehemaligen 24 Mitglieder der Gesellschaft Werbeagenturen, 58 Agenturen des bisherigen Wirtschaftsverbandes Deutscher Werbeagenturen und 18 „Blockfreie“.

Georg Baums, einer der beiden Vorstandsmitglieder des GWA und Geschäftsführer der Gesellschaft von Baums, Mang und Zimmermann, Düsseldorf, der andere ist der Chairman von Ogilvy & Mather, Deutschland, Hans Jürgen Lange, erläuterte den Zweck des neuen Verbandes: „Erstens in der deutschen Agentengeschichte können wir als Gesamtheit auftreten, beispielsweise in Sachen Medienpolitik, aber auch in der schwierigen Frage der Honorarverteilung.“

Tatsächlich scheint hier einer der Gründe für den Scheitern der Agenturen zu liegen, denn sie leben nach Aussage von GWA-Vorstandsmitglied Reinhard Springer „alle in

TUI übertraf wieder die guten Vorjahresergebnisse

Terroranschläge, Libyenkrise und Reaktorunfall verhinderten kräftigeren Zuwachs – Zuversicht für neues Reisejahr

DOMINIK SCHMIDT, Hannover. Die Touristik Union International (TUI), Hannover, hat im Geschäftsjahr 1985/86 (31.10.) trotz beträchtlicher Schwierigkeiten im Umfeld die Rekordergebnisse des Vorjahres erneut übertrafen. TUI-Vorstandssprecher Paul Lepach bezieht in diese Beurteilung auch das wirtschaftliche Ergebnis mit ein. Finanzchef Helmut Gohr nannte zur Ertragsentwicklung zwar keine konkreten Zahlen. Nach seinen Worten verdient aber der Abschluss das Prädikat „sehr zufrieden“ bei einem insgesamt „befriedigenden“ Reisejahr.

Neben den gestiegenen Teilnehmer- und Umsatzzahlen sowie einem verbesserten Sales-Mix habe sich vor allem die Stärke der D-Mark für TUI positiv bemerkbar gemacht. Gohr: „Die Währungsänderungen haben uns Manna gebracht.“ Auch im Beteiligungsbereich habe sich die Gewinn-situation weiter verbessert. Die ausgewiesenen Beteiligungserträge dürften bei 7 Mill. DM liegen. Der weitaus größere Teil der Erträge wird jedoch bei den Töchtern reinvestiert. Die Gesellschaft der TUI, die vor kurzem das Kapital von 60 auf 80 Mill. DM erhöht haben, werden nach den Worten Gohrs eine höhere Ausschüttung als im Vorjahr erhalten.

Im abgelaufenen Reisejahr wurden bei den zur TUI gehörenden Reiseveranstaltern (Touropa, Scharnow, TransEuropa, Hummel, Dr. Tigges, two-tours, hit und Airtoours) gut 2,35 Millionen Reisen gebucht, 40 100 mehr als 1984/85. Der Zuwachs von 1,7 Prozent wäre noch deutlicher ausgefallen, wenn das Reisejahr im Frühjahr nicht durch äußere Einflüsse negativ beeinflusst worden wäre. Lepach: „Terroranschläge, die Libyenkrise und der Reaktorunfall in der UdSSR haben viele unserer Kunden verunsichert.“ Allein in den Krisen-Regionen (Schwarzmeer-Länder, Nordafrika) seien der TUI im Mai und Juni mehr als 36 000 Kunden verloren gegangen.

Kräftiger als die Teilnehmerzahlen stieg der Umsatz. Mit 2,84 (2,74) Mrd. DM ergab sich ein Plus von 3,6 Prozent. TUI-Vorstand Jürgen Fischer sieht den Grund dafür weniger in den vorgenommenen Preiserhöhungen, die bis zu zwei Prozent ausmachten,

Holzmann spürt härtere Zeiten im Ausland

adh. Frankfurt. Der Anteil des Auslands an der Bauleistung, den neuen Aufträgen und dem Auftragsbestand im Philipp-Holzmann-Konzern ist in den ersten neun Monaten 1986 weiter gesunken. Die notwendige Anpassung an das verringerte Auslandsgeschäft wird das Jahresergebnis belasten, schreibt der Vorstand der Philipp Holzmann AG, Frankfurt, im Zwischenbericht.

An dieser Tatsache ändert auch das für Holzmann nach wie vor positiv verlaufende Geschäft bei den US-Be-

Hermes-Freigabe mit Auflagen

Jede dritte Forschungs-Mark bald für die Raumfahrt

HEINZ HECK, Bonn. Voraussichtlich 1990 wird bereits jede dritte Mark des Forschungsgebiets für die Raumfahrt ausgegeben. Der für den Einzelplan zuständige Berichterstatter der Unionsfraktion im Haushaltsausschuss, Austermann, erklärte gegenüber der WELT, die Koalition wolle künftig Fehler, wie sie früher bei Kostenexplosionen beim Bräutern unterlaufen seien, von vornherein ausschließen.

Der Haushaltsausschuss hat zwar gestern die Sperre für die Beteiligung am Vorbereitungsprogramm „Hermes“ aufgehoben, die Freigabe jedoch mit Auflagen versehen. Dazu Austermann: „Mit der Zustimmung zur Vorbereitungsphase ist keinesfalls die Zusage für das Projekt selbst verbunden. Die voraussichtlichen Kosten des Projekts können heute von den Experten noch nicht realistisch geschätzt werden.“

Die deutsche Industrie muß am Vorbereitungsprogramm „dem deutschen Beteiligungssatz“ entsprechend (also 30 Prozent) beteiligt werden. Ferner wird erwartet, „daß die Bundesregierung rechtzeitig vor der Entscheidung über die Beteiligung am Hermes-Entwicklungs- und Bauprogramm die Zustimmung des Haushaltsausschusses einholt“. Hierbei sei das Gesamtkonzept der künftigen deutschen Raumfahrtforschung

Führungswechsel bei der DWK

dos. Hannover. Weitreichende personelle Konsequenzen hat der Aufsichtsrat der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), Hannover, beschlossen. Wie das Unternehmen, das die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf errichtet, mittelt, wird der Vorstand nahezu komplett ausgetauscht. Anlaß dafür, so heißt es, sei das für Mitte 1987 vorgesehene Ausscheiden des DWK-Vorstandsvorsitzenden Günther H. Scheuten, der in den Ruhestand tritt. Ebenfalls zum 30. 6. 1987 verläßt Carsten Salander die DWK. Salander verläßt den Vorstand „einenvernehmlich“, steht der DWK und ihren Gesellschaftern aber noch beratend zur Verfügung.

Bereits Ende 1986 scheidet Hubert Müller von Blumenron aus dem DWK-Vorstand aus. Ihm folgt am 31. März 1987 Gerhard Otto. Lediglich Joachim Mischke wird sein Amt als Vorstandsmitglied beibehalten. Neu berufen in den Vorstand wurden Walther Weinländer, der das Projekt Wackersdorf leitet, sowie Wolfgang Straßburg (DWK Hannover) und Gert Wölfe (PreussenElektra).

Der DWK-Aufsichtsrat habe ferner beschlossen, von einer Beteiligung an Belgoprocess (Aufarbeitungsanlage im belgischen Mol) endgültig Abstand zu nehmen. Die Kooperation auf dem Abfallgebiet („Pamela“) bleibe davon unberührt.

Auftritt mit einem Paukenschlag

od. Frankfurt. Der Schweizerische Bankverein (Deutschland), seit elf Monaten in Frankfurt tätig, kommt mit einem Paukenschlag. Er verdoppelt sein Eigenkapital auf 200 Mill. DM, eröffnet eine Filiale in München – vor allem für das Wertpapiergeschäft und die Vermögensverwaltung – und plant für 1987 eine eigene Kapitalanlagegesellschaft mit 5 Mill. DM Anfangskapital, die zunächst nur institutionellen Anlegern Spezialfonds anbieten, später dann aber, so wird erwogen, auch Publikumsfondsanteile ausgeben soll.

Ferner wird das gesamte D-Mark-Emissionsgeschäft, das bisher über die Swiss Bank Corporation International in London lief, nach Frankfurt übertragen. Damit ist der Schweizerische Bankverein Frankfurt nicht nur für die Federführung, sondern auch für das Co-Management, das Underwriting und die Platzierung von D-Mark-Emissionen zuständig.

Der Vorstand der Bank, deren Mitarbeiterzahl von Anfang 70 auf 170 aufgestockt wurde, wird durch Rolf Levedag mit Zuständigkeit für das Investmentbanking erweitert. Die Entwicklung im Börsen- und Kreditgeschäft sowie im Geld- und Devisenhandel übertrifft, so die Bank, nach wie vor alle Erwartungen, auch die private Anlageberatung und Vermögensverwaltung lief erfolgreich.

Gipfel ohne Absturzgefahr

Battenfeld optimistisch für Kunststoffmaschinen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf. Der Gipfel ist nach drei Jahren stürmischen Aufschwungs erreicht, doch droht keine Absturzgefahr. Vielmehr winkt nun ein moderates reales Wachstum von zwei bis drei Prozent pro Jahr bis über die Jahrtausende hinweg. Mit dieser Mischung aus Detail, unsicherer und insgesamt „optimistischer“ Einschätzung sieht Theodor Bellmann als Geschäftsführungsvorsitzender der von der Battenfeld Maschinenfabriken GmbH, Meinerzhagen, dezentral geführten Kunststoffmaschinengruppe die Zukunft seiner Branche anlässlich der Düsseldorf K '86.

Im deutschen Kunststoffmaschinenbau, der 1985 mit 4,7 (3,9) Mrd. DM Produktionswert 27 Prozent der Weltproduktion leistete und seine Führungsrolle vor Japan, USA und Italien behauptete, hat diese Tochter der Düsseldorf SMS Schloemann-Siemag AG, zumal mit Spritzgieß- und Hohlkörperblasmaschinen eine herausragende Position. Neben Auslandsstöckern steigerte sie 1985/86 (30,6) ihren Umsatz mit 84 Prozent Auslandsanteil nochmals um zwölf (34) Prozent auf 805 Mill. DM. Hier und erst recht beim auf 845 (870) Mill. DM gesunkenen Auftragseingang überdeckt der Währungsseinfluß aus schwachem Dollar und Pfund das weitere reale Wachstum. Im übrigen ist die Tochter im Umsatz seit zwei

Jahren größer als die auf Walzwerksbau spezialisierte Mutter.

Alle Unternehmen der erst ein Jahrzehnt alten Gruppe, die nun eine (weiterhin thesaurierte) Umsatzrendite von 5 Prozent vor Steuern erreicht haben, seien in schwarzen Zahlen, versichert Bellmann. Aufschwundtendenz zeigt auch die auf 4249 (3788) aufgestockte Belegschaftszahl, davon 1878 (1713) im Ausland.

Den Optimismus, das nun erreichte hohe Geschäftsniveau halten und leicht ausbauen zu können, gründet der Firmenchef neben dem weiteren Vormarsch des Kunststoffsektors in Konkurrenz zu herkömmlichen Werkstoffen hauptsächlich auf weitere Produktinnovation. In der Steuerungs- und Regeltechnik sowie in der Automation werde sich in Zukunft der wichtigste Wettbewerb unter den Maschinenbauern dieses Genres abspielen. Das geht bei Battenfeld bis zum nun mit Stoßstangenfabrikation (für Skoda/CSSR) demonstrierten „Kunststoffverarbeitungsbetrieb der Zukunft“, der seine Nachschicht völlig personalfrei absolviert.

Sehr große Marktchancen für künftig wachsenden Kunststoffsektor sieht auch Battenfeld mit neuen Maschinen für die Mehrschicht- (Multiplayer-) Technik, die den Einsatz von Kunststoffbehältern auch für jene Produktbereiche der Lebensmittel- und Chemieindustrie öffnet.

Die Gäste rufen: „Gott sein Dank.“
Aperitivo steht im Schrank.



Aperitivo ITALIEN

teilungen nichts. Sie erzielen zwar wieder einen „beträchtlichen“ Zuwachs im Neugeschäft und legten bei der Bauleistung (in Dollar) fast ein Fünftel zu, in D-Mark wird daraus aber ein Minus von 13 Prozent bei der Bauleistung und von 8 Prozent bei den Neuaufträgen.

Am 30. September verfügte der Konzern über 5,8 (7,2) Mrd. DM Auftragsbestand. Der Rückgang um gut 19 Prozent ist allein Folge der Entwicklung im Auslandsauftrag, der Bestand an Auslandsaufträgen ist mit 3,849 (5,396) Mrd. DM um fast 29 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Im Inland (12 850 Mitarbeiter) dagegen ist die Baumauftrag durch die Belebung im Wirtschaftsbau und bei den öffentlichen Bauaufträgen weiter gestiegen. Der Auftragsbestand liegt mit 1,949 (1,783) Mrd. DM gut neun Prozent über dem Vorjahr. Der Auftragszuwachs liegt mit 3 Mrd. DM sogar um ein Viertel über den Vorjahreszahlen. Die Bauleistung im Inland stieg um zwölf Prozent, im Ausland fiel sie um knapp 23 Prozent und erreichte 4,692 (5,363) Mrd. DM.



HILFE OTTO,
DIE VOLVO-DIESEL
SIND LOS!

Die VOLVO-DIESEL führen auch in dieser Runde und zeigen mal wieder, daß sie als Diesel Eigenschaften haben, die sonst nur Otto-Motoren bieten können. Der stärkste Beweis dafür ist der neue Volvo 760 GLE Turbodiesel Intercooler, dessen Ladeluftkühlung für noch mehr Dynamik sorgt. Oder kennen Sie den neuen Volvo 740 GLE Turbodiesel? Er ist, wie alle Volvo-Diesel, wirtschaftlich, spritzig und bietet höchstmögliche Steuerbefreiung. Also ebenso wie der

Volvo 740 GL, der 240 GL und der Volvo 340 DL.

Und alle Volvo-Diesel haben eine gute Erziehung genossen. So zum Beispiel achten sie nicht nur auf geringe Kosten, sondern wollen auch, daß ihre Insassen stets sicher reisen. Außerdem bieten sie viel Komfort, ein ausgewogenes Fahrverhalten und ganz persönliche Eigenschaften, die erst den individuellen Charakter eines Volvo ausmachen.

In Sachen Diesel hat Volvo eben

besonders viel Erfahrung und bietet ein sehr großes Programm. Zum Kennenlernen der vielen Varianten hier einige Daten zur Technik und zur Ausstattung.

DER NEUE 760 GLE TURBODIESEL
INTERCOOLER: 85 kW/115 PS, als Limousine von 0 auf 100 km/h in 11,7 sec. U. a. Fensterheber und Schiebe-Hubdach elektrisch betätigt, ABS.

DER NEUE 740 GLE TURBODIESEL:
80 kW/109 PS, z. B. getönte Scheiben, Zentralverriegelung, Velourspolsterung.

DER 740 GL DIESEL: 60 kW/82 PS, verbraucht als Limousine 6,2 l bei 90 km/h, 8,7 l bei 120 km/h und 8,8 l im Stadtverkehr (auf 100 km, nach DIN 700 30).

DER 240 GL DIESEL: 5-Gang-Getriebe, verbraucht als Limousine 5,4 l bei 90 km/h, 8,1 l bei 120 km/h und 8,9 l im Stadtverkehr (auf 100 km, nach DIN 700 30). U. a. Servolenkung, verstellbare Kreuzrückenstützen.

Diese Modelle sind alle als 4-türige

Limousine oder als 5-türige Kombi-Limousine erhältlich und haben 6-Zylinder-Motoren.

DER 340 DL DIESEL: 1,6 l, 40 kW/54 PS, 4-türig mit Stufenheck oder 5-türig mit Fließheck, z. B. getönte Scheiben und Fußraumheizung im Fond. Verbraucht 4,7 l bei 90 km/h, 7,4 l bei 120 km/h und 7 l im Stadtverkehr (auf 100 km, nach DIN 700 30).

Allen gemeinsam ist die berühmte Volvo-Sicherheit.

Außerdem laden wir Sie zu unserer Aktion „Sicher fährt am längsten“ ein, mit deren Hilfe Sie Ihre Sicherheit auf der Straße noch erhöhen und bei der Sie gewinnen können. Übrigens: Diese Aktion steht unter der Schirmherrschaft des Deutschen Verkehrs-Sicherheitsrates.

VOLVO. EIN VORBILD AN SICHERHEIT, ZUVERLÄSSIGKEIT UND LANGLEBIGKEIT.

VOLVO

Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst:
ich habe dich bei deinem Namen gerufen;
du bist mein! Jesaja 43,1

Wir trauern um unseren lieben Vater, Schwiegervater,
Großvater und Bruder

Dr. rer. pol. Arend Moje

geb. 13. September 1904 in Hannover gest. 3. November 1986 in Hamburg

Sein Leben war Pflichterfüllung im Beruf und selbstlose
Fürsorge für seine Familie.

In stiller Trauer

Jutta-Ike Ropella geb. Moje
und Nicole

Dr. med. Arend-Peter Moje
Dr. med. Christa Moje geb. Arlinghaus
und Arend-Christoph
Trude Rohrsen geb. Moje
Theo Rohrsen

Farmsener Weg 40a
2000 Hamburg 65

Beerdigung am Mittwoch, dem 12. November 1986, um 12.00 Uhr von der Kapelle 12,
Friedhof Hamburg-Ohlsdorf

Am Montag, dem 3. November 1986, verstarb im Alter von 59 Jahren unser
ehemaliges Vorstandsmitglied, Herr

Wolfgang Metz

Direktor I. R.

Der Verstorbene trat 1966 als Vorstandsmitglied in die Dienste unseres Unter-
nehmens. Bis zu seiner plötzlichen schweren Erkrankung im Juli 1983 war er an
maßgeblicher Stelle für die Geschicke unserer Gesellschaft verantwortlich und hat
die Entwicklung der KRAVAG-SACH entscheidend mitgestaltet und geprägt.

Fundierte Fachwissen und Kompetenz in dem von ihm geleiteten HUK-Ressort
zeichneten ihn ebenso aus wie hohe Menschlichkeit, stete Verlässlichkeit und
Pflichtbewusstsein. Bei seinen Kollegen und den Mitarbeitern war er gleicherma-
ßen beliebt.

In Hochachtung und Dankbarkeit werden wir stets der Jahre gemeinsamer
Zusammenarbeit gedenken.

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter

KRAVAG-SACH
Versicherung des Deutschen Kraftverkehrs VaG
Hamburg

Die Beisetzung findet am Dienstag, dem 11. November 1986, um 15.00 Uhr von der Kapelle
der Heidefriedhofs Quickborn, Harkstedter Weg, aus statt.

Ein erfülltes Leben ging zu Ende.

Hans Szperlinski

* 24. Oktober 1898
† 25. Oktober 1986
Veteran des 1. Weltkrieges

1945 Mitbegründer des DRK-Suchdienstes und langjähriger Leiter
der Namen-Kartei und des Kindersuchdienstes

Sein Leben galt Deutschland und war geprägt durch seine selbstlose und unermüdliche Hilfsberei-
tschaft im Dienst der Menschlichkeit.

Wir werden seiner immer in Dankbarkeit gedenken.

Seine alten Kameraden und Freunde

und alle, die ihn kannten und schätzten.

Auf Wunsch des Verstorbenen findet die Beisetzung im engsten Kreise statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

Telefon:

Hamburg (0 40) 3 47 - 43 80

Berlin (0 30) 25 91-29 31

Kettwig (0 20 54) 1 01-5 18 u. 5 24

Telex:

Hamburg 2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

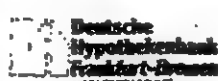


**Wir sorgen für die Gräber.
Wir betreuen die Angehörigen.
Wir arbeiten
für Versöhnung und Frieden.**



Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
Werner-Hilpert-Straße 2 · 3500 Kassel
Postgiro Kontonummer 4300-603 Frankfurt/Main · BLZ 50010060

FINANZANZEIGEN



Hinweisbekanntmachung

Wir geben unseren Aktionären zur Kenntnis, daß der
Zwischenbericht
zum 30. Sept. 1986 bei uns angefordert werden kann.
(6000 Frankfurt am Main 16, Postfach 16 02 65)
Frankfurt am Main - Bremen, im November 1986

DER VORSTAND

**Albingia erntet die Früchte
ihrer Anlagepolitik**

Verlustquellen trocknen aus

Die Albingia konsolidierte 1985 nicht nur kräftig bürokratisch

**Gute Ergebnisse auch im
Versicherungsgeschäft**

**Fußball-WM
gut versichert**
Hamburger Albingia führt Welt-Konsortium an

**Albingia-Ergebnis
1985 „hervorragend“**

Bilanz

Aus dem Geschäftsbericht 1985 der ALBINGIA Versicherungsgruppe, Hamburg.

Beitragseinnahmen	
ALBINGIA Versicherungs-Aktiengesellschaft	1.095.800.000 DM
ALBINGIA Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft	201.600.000 DM
ALBINGIA Rechtsschutz-Versicherungs-Aktiengesellschaft	37.200.000 DM
Kapitalanlagen	
ALBINGIA Versicherungs-Aktiengesellschaft	908.600.000 DM
ALBINGIA Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft	1.490.500.000 DM
ALBINGIA Rechtsschutz-Versicherungs-Aktiengesellschaft	43.500.000 DM

Der Überschuß der ALBINGIA Versicherungs-AG betrug vor Steuern rd. 58 Mio DM. Nach
Abzug der Steuern verbleiben 19,7 Mio DM Jahresüberschuß. Davon wurden 10 Mio DM der
freien Rücklage zugeführt und eine Dividende von 16 % sowie ein Bonus von 4 % gezahlt.
In der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung erhielten langjährig schadenfrei geblie-
bene Kunden bis zu 20 % Beitragsrückerstattung.
Unsere Kunden in der Lebensversicherung konnten wir 78,8 Millionen DM als Über-
schußbeteiligung gutschreiben.

ALBINGIA
da können Sie ganz sicher sein

ALBINGIA Versicherungsgruppe, Ballindamm 39, 2000 Hamburg 1

ROLINCO

ROLINCO N.V.
Rotterdam

Die diesjährige Hauptversammlung unserer Gesellschaft findet am Mittwoch,
dem 26. November 1986, um 14.30 Uhr, im Hilton Hotel, Weena, Rotterdam,
statt.
Die Aktionäre sind stimmberechtigt, wenn sie ihre Aktien bis spätestens
19. November 1986 hinterlegen.
Hinterlegungsstellen sind in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg,
Köln, München und Saarbrücken - soweit vertreten - die folgenden Banken:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bankhaus H. Aufhäuser
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Dresdner Bank AG
Sal. Oppenheim Jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhart KGaA
Vereins- und Westbank AG
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG

Inhaber von Namensaktien, die an der Hauptversammlung teilzunehmen wün-
schen, haben ihre Absicht dem Vorstand bis zum 19. November schriftlich
mitzuteilen.
Die vollständige Einladungsbekanntmachung mit der Tagesordnung wird im
Bundesanzeiger Nr. 208 vom 7. November 1986 veröffentlicht. Der Geschäfts-
bericht 1985/86 ist bei den oben erwähnten Stellen erhältlich.
Rotterdam, im November 1986

DER VORSTAND

Wiederholung ausgeschlossen? Vor 25 Jahren schockte die Contergan-Katastrophe die Welt.

Konsequenzen der Pharmaindustrie und der Rechtsprechung
aus dem tragischen Arzneimittel-Unglück
lesen Sie in der neuen Ausgabe.

Der neue Rheinische Merkur,
die Wochenzeitung aus Bonn,
ist eine Entdeckung wert.

In einer Zeit verschwimmender
Profile und verführerischer Kon-
formität pflegen wir das eigene
Argument, die eigene Kontur.

Nicht Besserwisserei ist unser
Geschäft, sondern besseres
Denken, nicht flüchtige Auf-
regung, sondern Verantwortung
und Gelassenheit. Eine der
besten deutschen Wochen-
zeitungen stellt sich Ihrem
Urteil und lädt Sie ein zum
kostenlosen Kennenlernen.



Texte für die Zeit.
Texte über die Zeit hinaus.

Ihr Zeitschriftenhändler hält die
neueste Ausgabe für Sie bereit.

Abrufgutschein - kostenlos

Ja, ich will den neuen Rheinischen Merkur kennenlernen
und bitte Sie, 2 Probeexemplare kostenlos und unverbind-
lich an meine nachstehende Adresse zu senden.

Name _____
Straße _____
PLZ _____ Wohnort _____

Bitte ausfüllen und absenden an:
Verlag Rheinischer Merkur GmbH
Postfach 2309, 5400 Koblenz

Dr. J. J. J. J.

16

[illegible]

Apple Computer



[illegible]

girsberger



Herr der Lage. Jederzeit.
Girsberger consens erhalten Sie
im guten Büro-Einrichtungshaus.

Bezugsquellen durch
Girsberger Sitzmöbelfabriken

buch aktuell

Die neue Ausgabe von „buch aktuell“ gibt es jetzt kostenlos im Buchhandel. Auf 124 Seiten finden Sie Informationen über Neuerscheinungen in diesem Winter. Fragen Sie Ihren Buchhändler nach „buch aktuell“ oder fordern Sie das Heft an bei Harenberg Kommunikation, Postfach 13 05, 4600 Dortmund (bitte 3,- DM in Briefmarken als Versandkostenanteil beifügen).



buch aktuell
Harenberg
Wissenschaften

„buch aktuell“ ist das wichtigste Informationsheft für den Buchhandel.

Kostenlos im Buchhandel!

DIE BETREIBER UND HERSTELLER VON KERNKRAFTWERKEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Schwächer schiessen am Mittwoch die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Fester ging Kakao aus dem Markt. Uneinheitlich notierte Kaffee.

[illegible]

Konica U-BIX

Für klare Kommunikation.

150 Z Der patente Zoomkopierer mit schnellem Farbwechsel. Er vergrößert und verkleinert in zwei DIN-Sprüngen. Zoomt Ihre Vorlagen herauf und herunter - von A6 bis A3. Bringt ruck-zuck Farbe in Ihre Kopien: Rot, Blau oder Grün. Kopiert Originale verzerrungsfrei - bei feststehendem Vorlagenglas. Kopiert Ausschnitte, löscht und stellt frei. Ist besonders bedienungsfreundlich. Hat drei austauschbare Papierkassetten und Einzelblattzuführung.

Ich kenne jetzt die **LEISTUNG**. Nennen Sie mir den **PREIS**. Hier meine Anschrift:

KONICA BUSINESS MACHINES INTERNATIONAL
 Frankenstraße 12 · D-2000 Hamburg 1
 Telefon: 0 40/2 36 02-0 · Telefax: 0 40/2 36 02-202

Kaum zu fassen,
was der „150 Z“
alles kann!

Da stimmt die Leistung und der Preis.

Zoomen von klein bis groß:
von 65 % bis 155 %.

Löschen, freistellen,
Ausschnitte kopieren.

A3 IN ROT

Overheadfolien
für Vorträge.

Adressauflöser
auf Knopfdruck kopieren.

كونيكا من أجل

Schlafe, mein Tier

P. Ja. - Es klingt so rührend, was man dieser Tage allenthalben lesen kann. Da soll ein Elefant, weil er an seiner Rückenleiste eine Art "Rückenleiste" hat, eingeschlafen werden. Fürsorglich wird uns noch mitgeteilt, daß das Tier mit seinen fast sechzig Jahren wesentlich länger als seine Artgenossen in freier Wildbahn, die zumeist nicht älter als vierzig Jahre werden, gelebt habe. Wie gut man also doch zu dem Tier ist.

Dabei drohen diese Artikel von falschen Tönen, weil sie einfach die allgemeine Verlogenheit im Umgang mit Tieren überheben. Aber das fällt kaum auf. Ebenso wie nirgends das stetig wiederholte Wort "eingeschlafen" in Anführungsstrichen gesetzt wird. Keiner schreibt, der Elefant müsse getötet, umgebracht werden, weil er zu einer Gefahr für Pfleger und die anderen Elefanten werden könnte. Und Herrchen und Fräulein sagen nicht, sie lassen ihren Hund oder ihre Katze vom Tierarzt (da gibt es ja keinen hippokratischen Eid) töten, umbringen, weil ihnen das Tier mit seinen Gebrechen lästig ist. Man säuselt statt dessen, als wäre das ein letzter Liebesdienst, und zugleich ein großes, schweres Opfer, von "Einschlafen" - "Euthanasie" versteht sich (noch) als Synonym der Verschleierung.

Der untrügliche Gradmesser für die Herzensbildung eines Volkes und eines Menschen ist, wie sie die Tiere betrachten und behandeln, schrieb Barthold Auerbach vor hundert Jahren. Was er heute wohl schreiben würde?

Film „Comfort and Joy“

Ein heißer Krieg der Eisverkäufer

Am ist in Weinbachstimmung. Seine kapriziöse Freundin Maddy hat sie heute bezaubert und riskant die Geschehnisse zusammengefasst, und hängt ihrem Gefährten übermäßig die Leckerbissen für den Tannenbaum um. Man scherzt und lacht, tummelt sich in einer sehr warmen Atmosphäre. Maddy beginnt, ohne viel Aufhebens all ihr Hab und Gut in eine große Kiste zu packen. „Ich verlasse dich“, kichert sie den verunsicherten Alan lakonisch auf. Und bevor der sich von dem Keulenschlag erholt, stehen auch schon die Möbelstücke vor der Tür.

Eine Geschichte ist zu Ende, eine neue beginnt. Dem verlassenen Liebhaber heimlich fällt es nun immer schwerer, im Glasgower Rundfunk weiterhin den frühlichen Wachmacher zu spielen und nebenbei neckische Werbeteile durch den Äther zu schicken. Da ihn selbst das Leben in den harten Klammergriff genommen hat, will er sich fortan nicht mehr mit Nichtigkeiten abgeben, sondern an den Brennpunkten der Stadt als ernsthafter Reporter recherchieren.

Einmal dem Füllhorn der Nachtgeleite gefolgt - es ist niemals gutzumachen, erkannte einst der Landarzt in Franz Kafkas gleichnamiger Erzählung. Alan indessen scheint kein Kafka-Experte zu sein, denn er folgt dem silberhellen Glückchen eines Eiswagens in einen unbekannten Bezirk, in dem sich dunkles Märchen und knallharte Wirklichkeit irritierend mischen. Plötzlich steht der Amateurjournalist zwischen den Fronten eines Kleinkriegs, den sich die verschiedenen Sippen der italienischen Bismarckfamilie liefern.

Kein Zweifel also, daß der schottische Regisseur Bill Forsyth seiner bezaubernden Galerie lauziger Sonderlinge hier einen ebenso lebenswerten wie bedrohlichen Außenseiter hinzufügt. Hatte er bisher jedoch in Filmen wie „Gregory's Girl“ oder „That sinking feeling“ den sympathischen Charme ästhetischer Unvollkommenheit kultiviert, so stellt er hier sein makellos komponiertes Meisterwerk vor. Gewiß sperrt sich auch diese skurril verschrobene Geschichte gegen alle gängigen Schnittmuster der Hollywood-Konfektion. Zugleich aber teilt Forsyth mit stimmungsvollen Bildern vom winterlichen Glasgow und einer tricktechnisch ausgeklügelten Dramaturgie voll leitmotivisch durchgehaltener Gags ein bisher unerreichtes Niveau an. Dem Zauber dieser komisch-alptraumhaften Odyssee durch wüste Seelenlandschaften und verwunschene Viertel im Dichtest der Städte tut solche optische Aufwertung glücklicherweise keinen Abbruch. Im Gegenteil. Schlafwandlerisch sicher tänzelt die Begie zwischen Witz und Wehmut. Und immer, wenn man das Geheimnis dieses kunstvollen Bilderreizes gelüftet zu haben glaubt, entzieht sich Forsyth mit einer überraschenden Volte jeder Berechenbarkeit.

Wenn sein Werk dennoch nicht zerbröckelt, ist das vor allem Bill Pater-son zu verdanken. Denn er gibt dem arg gealterten Stadtnarr Alan selbst in den lachhaftesten Niederlagen noch jene groteske Würde, die man nur von den ganz großen Komikern kennt. HARTMUT WILMES

Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft

Demokratien, die sich einmischen

Das Wasserschloßchen Gracht bei Köln war jetzt zum zweiten Male Austragungsort einer Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft, die seit 1983 Professoren und Nachwuchswissenschaftler der verschiedenen politischen Subdisziplinen und methodologischen Ansätze zu sachlichen, kontroversen, aber undoktrinären Diskussionen auf beachtlichem Niveau zusammenführt.

Auch diesmal diente der beschauliche Rahmen dazu, sich einem zentralen Thema von grundsätzlicher wissenschaftlicher wie praktischer Bedeutung zu widmen. Waren vor zwei Jahren „Aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie“ behandelt worden, so ging es diesmal um dem etwas abstrakten Gesamtthema „Internationale Politik und der Wandel von Regimen“ konkret um die äußere Beeinflussung von Demokratisierungsprozessen in verschiedenen Regionen der Welt.

Welche Rolle, so lautete die brisante Grundfrage, können die demokratischen Staaten in der internationalen Politik für den Wandel von autoritären und demokratischen oder wenigstens polykratischen Regierungssystemen spielen? Welche Methoden und Zielsetzungen dürfen sie dabei legitimweise vertreten? Steht die Förderung von Freiheit und Demokratie in der Welt zur Friedenspolitik in Spannung, oder ist sie im Gegenteil ein - vielleicht entscheidender - Beitrag auch zur Sicherung des Friedens?

Ernst-Otto Czempiel trat in einem Grundsatzerzählung für gewaltlose Interventionen zugunsten von Demokratisierungsprozessen in den demokratisch regierten Ländern ein. Demokratisierung meine dabei die Einführung und Durchsetzung eines fundamentalen Bestandes an Menschen- und Bürgerrechten, gewaltlose Intervention die Einführung von außen unter Verzicht auf organisierte militärische Gewalt. Eine solche Strategie sei legitim, wie notwendig, weil Freiheit und Friedensförderung zugleich; sie spezifiziert auszuarbeiten bedeute eine vorrangige Aufgabe der politischen Wissenschaft und der praktischen Politik.

In den weiteren Erörterungen wurde einerseits bezweifelt, ob die Menschenrechtspolitik mit ihrem liberal-institutionalistischen Einsatz zum Beispiel in der Sowjetunion hinreichend die traditionellen und aktuellen Anknüpfungspunkte finde, um daraus Tendenzen einer Demokratisierung entwickeln zu können (so Georg Brunner, dem jedoch Boris Meissner und Hannelore Horn lebhaft widersprachen).

Andererseits wurde Czempiels Position als übermäßig zurückhaltend empfunden. Welches Verfahren sollen die Demokratien etwa bei inneren sozialen, politischen, ideologischen Konflikten in nichtdemokratisch verfaßten Staaten einschlagen - man denke an Polen, Südafrika, Nicaragua oder Chile? Wie weit sind in solchen Fällen wirtschaftliche Sanktionen, diplomatische Maßnahmen, kulturpolitische Aktivitäten angebracht, ohne

dabei die Gefahr militärischer Konflikte heraufzubeschwören? Und in welchen Grenzfällen ist der indirekte oder direkte Einsatz von militärischen Mitteln erlaubt oder sogar geboten?

Klaus Faupel schilderte, darin besonders von Karl Dietrich Bracher und Manfred Mols unterstützt, eine breite Palette von materiellen und personellen Einflüssen nicht nur der Regierungen, sondern auch der Parteien, der Gewerkschaften, der Stiftungen, der Kirchen, der Medien, schließlich ökonomischer Verbände der westlichen Länder. Zumindest in der Dritten Welt hätte man damit in einer ganzen Reihe von Fällen eindeutig demokratiefördernd gewirkt (so in der Dominikanischen Republik, in Uruguay, Guatemala oder auf den Philippinen).

Hingewiesen wurde freilich auch auf Fehlschläge. Im Blick auf Afrika bezweifelte Franz Ansperger, ob der Westen für solche Prozesse dauerhaft verlässliche Partner finden könne, wenn auch er auf diesem Kontinent besondere politische Aufgaben für die Europäische Gemeinschaft sieht.

Einig war man sich, daß Demokratisierung im außereuropäischen Bereich niemals statt im Sinne der platten Übertragung des Modells der britischen, der kontinental-europäischen oder der nordamerikanischen Demokratie (die sich ja bereits voneinander in wichtigen Zügen unterscheiden), sondern stets nur analog unter Würdigung der jeweils besonderen Traditionen und Gegebenheiten verstanden werden darf.

Die Europäische Gemeinschaft steht ja vor ihren eigenen Demokratisierungsproblemen. Rudolf Wildenmann und Hans-Peter Schwarz beschäftigten sich mit der Bürokratisierung ihrer Institutionen, der mangelnden Kompetenz des Europäischen Parlaments, dem dadurch gegebenen Fehlen einer demokratischen Regierungsbefugnis, der Ineffektivität der Willensbildung bei gleichzeitiger Entzug von Zuständigkeiten für die nationalen Parlamente.

Diese Situation ist unter demokratietheoretischen Aspekten alarmierend; sie erfordert einen grundlegenden Verfassungswandel, zumal die EG notwendiger und sinnvollerweise immer mehr politische Aufgaben übernimmt (so Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels). Ihre eigene Verfaßtheit durch ganz neue Institutionen eines europäischen Bundesstaates in Ordnung zu bringen, erschien dem Kongress um so dringlicher, als Westeuropa gerade in Lateinamerika, in Afrika, aber auch in Osteuropa besondere demokratiefördernde Möglichkeiten wahrzunehmen hat.

Portugal, Spanien und Griechenland sind ermutigende Beispiele dafür, daß nicht zum wenigsten durch die Nähe und die Unterstützung des freien Teils Europas autoritäre Regime sich in demokratische verwandeln konnten. Sie gewinnen jetzt zusätzliche Stabilität innerhalb der EG - trotz deren eigener Strukturprobleme. ALEXANDER SCHWAN

München zeigt Schätze aus der Wiener Albertina

Des Teufels Kopfkissen

Es ist ein Stargastspiel, das die Wiener Albertina in München gibt. Genau hundert Zeichnungen, die in den fünfzig Jahren zwischen 1450 und 1950 entstanden, sind in der Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung zu sehen. Und wie es bei solchen Stargastspielen ist, ist es auch hier. Die Großen sind nicht immer bestens konditioniert. Statisten müssen die Lücken füllen und tun das mit Anstand, vor allem aber entdeckt man in Nebenrollen plötzlich Protagonisten, die man sich künftiger umfangreicher und ausführlicher vorstellen möchte.

So fehlen hier selbstverständlich nicht die ganz großen Namen der Zeichnerkunst. Man kann die Rötelskizze Michelangelos zum „Ignudo“ in der Sixtina bewundern und zwei Studien Raffaels, die eine zur Cumäischen Sibylle, die andere zu fliegenden Engeln, beide für S. Maria della Pace in Rom. Dürer ist mit vier Blättern präsent, darunter die rührende „Maria, das Kind säugend“, und von Rembrandt sind zwei Landschaften - eine holländische Ansicht und ein Panorama Londons - sowie zwei bäuerliche Szenen zu sehen.

Man begegnet auch Künstlern, deren Namen kaum vertraut sind, obwohl sie, wie die Beispiele aus der Albertina zeigen, meisterlich mit Kohle, Feder, Bleistift oder Kreide umzugehen wußten. „Die Stickerinnen“ in schwarzer und roter Kreide von Jacques-André Portail, die aus dem Repertoire Chardins zu stammen scheinen, sind ein Beispiel dafür, die „Kreuztragung“ von Il Volterra, im 17. Jahrhundert gezeichnet, als ob der junge Kokoschka sich des Bleistifts und des Rötels bedient hätte, ein anderes. Diese Blätter dauern an, daß es in den Schatzkammern

der alten Kunst noch manches zu entdecken gibt.

Die Wiener zeigen natürlich nicht mit Klimt und Schiele (von dem ein ungewöhnlicher Frauenakt und ein bemerkenswertes Selbstporträt zu sehen sind), und fügen noch ein paar eher lokale Größen wie Josef Danhauser, Peter Fendi, Carl Schindler oder Herbert Boeckl hinzu. Die klassische Moderne ist eher dünn besetzt. Aber dafür kann die Albertina mit Meisterwerken früherer Jahrhunderte auftrumpfen.

Jeder wird in dieser Auswahl seinen speziellen Favoriten entdecken, so wie auf einer Tafel voller Köstlichkeiten der eine oder andere Leckerbissen besonders mündet. Die kaum handgroße weißgetönte Pinselzeichnung mit „Bathseba im Bad“ von Adam Elsheimer, deren Landschaft im Dunkel versinkt, um eine kräftige Folie für den hellen Körper der Frau abzugeben, ist in ihrer Deutlichkeit eines der schönsten Blätter in diesem Repertoire. Nicht weniger vergeblich ist es, nach den Allegorien und Sinnbildern nachzuspüren, die der ältere Pieter Bruegel in seiner „Desidia“ verborgen hat. Die Faulheit ruht da auf einem Esel, während der Teufel ein Kopfkissen untersteckt, denn „Faulheit ist des Teufels Kopfkissen“. Und um sie herum sind allerdings absonderlichen Mischwesen, vor allem Kopfzüger, gelagert.

Idyllisch geht es demgegenüber in der „Landschaft mit H. Eustachius“ zu, die von der Hand Augustin Hirschvogels oder seines Bruders Veit stammt, wenn auch man auch da erst die Berge neben der Flußlandschaft mit dem Auge durchstreifen muß, ehe man den Hirsch mit dem Wunderzeichen entdeckt.

Der Zustrom der Münchner zu die-



Eine skeptische Weltsicht, doch ohne modischen Pessimismus: Hans Földi als Mephistopheles-Phorkyas (r.) in der Bremer Aufführung

Die Schönheit und die Macht: Günter Krämer inszeniert „Faust II“ in Bremen

Euphronion reist durch bunte Bilder

Ein Engel hält die Krone überm Kinderbett. Euphronion schwingt sich hoch mit einer Schaukel in die Lüfte. Und Faust nebst Helena schauen wie ein Bankiers-Ehepaar (er im Frack, sie in langem, weißem Kleid) dem Glück der seligen Verbindung zu. Nein, Günter Krämer Bremer „Faust II“ weilt nicht in den himmlischen Sphären der Kunst. Der dritte Akt (ungestrichen), mit dem diese Inszenierung beginnt, ist weitgehend eine Säkularisierung der klassischen Traditionen und Gegebenheiten verstanden werden darf.

In Bremen bezieht man solche Interpretationsansätze leicht auf andere als das gespielte Werk. Die kulturpolitischen Querelen um das Bremer Theater hatten auch unlängst wieder diesen Ansatz: Die regierenden Politiker haben keine Vorstellung vom Theater, wohl aber wollen sie es eigenen Funktionsbedürfnissen anpassen. Da holte man sich also zuerst einen Schauspielchef (Günter Krämer), versprach ihm künstlerische und personelle Eigenständigkeit. Dann holte man sich einen jungen Generalintendanten (Tobias Richter, knapp über 30) und räumte ihm die gleichen Rechte ein. Da mußte es ja zum Krach kommen. Auf welche Weisen man letztlich, nachdem Krämer schon seinen Rücktritt erklärt hatte, den Generalintendanten dazu bewegte, auf seine Rechte im Schauspiel zu verzichten und Krämer damit zum Bleiben zu bewegen, wissen nur die Eingeweihten.

Führten die bevorstehenden Bürgerstabsarbeiten zur Wogenläufigkeit? Fürchtete man nach dem Weg von Reinhold Hoffmann, endgültig des überregionalen Interesses entzogen zu müssen? Weder strukturell noch inhaltlich ist für die Zukunft etwas geklärt. Ein diskutierbares Bild vom Theater hat man in Bremen nach wie vor nicht. Und genau diesen Verlust an Vorstellungskraft und visionä-

rer Überzeugung beschreibt - freilich auf einem ganz anderen Niveau - Krämers „Faust II“-Inszenierung. Krämer läßt in Bremen nur den dritten Akt (Helena), eine Szene des vierten (Hochgebirg) und den fünften Akt (Landgewinnung, Faustens Tod) spielen, dies aber weitgehend gekürzt. Eine solche Entscheidung muß gute Gründe haben. Sonst hilft man sich meistens damit, alle Akte zu spielen, diese aber in sich so zu kürzen, daß eine straffe Handlung entsteht. Vom Atem der Dichtung in ihrem Rhythmus, ihren eigenen Spannungsbögen, den kunstvollen Arabesken erfährt man wenig. Krämer gewinnt Ruhe, epische Breite, Vielfalt. Aber er verliert natürlich an Aktion und an Spannung.

Was aber zunächst nur wie eine formale Entscheidung aussieht, dient nämlich der Interpretations-Absicht. Krämer läßt die ganzen viereinhalb Stunden nämlich auch noch von nur acht Schauspielern bewältigen. Und die ganze gewaltige Szene vor dem Palast des Menelaos zu Sparta, wo Mephisto in der Gestalt des Phorkyas Helena einredet, ihr Gatte wolle sie den Göttern opfern - diese ganze Szene findet so gut wie ohne Dekoration statt. Eine schwarze Wand, in der sich gelegentlich ein Schlitz oder ein schmaler Durchgang öffnet, sind schon alles, was Krämer und sein Bühnenbildner Andreas Reinhardt den Zuschauern opfern können.

Was damit gemeint ist, wird einem spätestens in der Szene mit Philemon und Baucis klar. Die Idylle ist nur ein lindriges Gaze-Vorhang, der nicht Faßbares, sondern bestenfalls eine Stimmung wiedergibt. Die Menschen haben keine Bilder mehr, höchstens noch Al-Bilder oder schmale Streifen des Einblicks in Welten von Natur und Geschichte. Und deswegen spricht auch der Turner sein „Gefühl mit der Welt“ mit einem leisen, zögernden Fragezeichen.

Aber die Abbilder sind natürlich von bestechender Ästhetik. Die eingangs geschilderte Szene des Fluges von Euphronion (Herbert Knap) ist

optisch ein Reiseprospekt mit Widerhaken (zum Beispiel ist das Kinderbett dem Bett eines Napoleon-Kindchen nachgebaut). Ein strahlendes Blau. Ein rotweißer Riesentball. Ein festliches Elternpaar. Ein weißgekleideter Knabe. Idealitäten aus herstellbarer Ästhetik. Und dann das Entgegen selbst dieser synthetischen Idylle: Euphronion singt seinen Text in der Weise des US-Komponisten Phil Glass - stark rhythmisiert, ein Minimum an Melodie. Das erzeugt eine innere Zerreißprobe, das Kunstvolle zerfällt sich selbst, bis zum schrecklichen Absturz.

Und dann die (scheinbare) Gegenwart. Der tätige Mensch kommt auf einem Schiff à la „Fliegender Holländer“ daher. Auch das eine Kunstwelt, freilich von dichterischer Art und Symbolkraft. Über solche Bilder gelingt wohl noch Sublimierung. Der tätige Mensch wird zum Geisteswesen, ewig unterwegs im Unendlichen. Frei und doch auch verflucht.

Eine skeptische Weltsicht, aber keine modisch pessimistische. Fritz Lichtenhahn als Faust ist von schwankender Identität, aber er verliert sich nicht heillos. Er ist kein schmerzstiefer Grübler, sondern ein, der sich in vielen Rollen versucht; einer, dessen Wünsche - er spielt nicht zufällig auch den Philemon - sich gegen sich selbst richten.

Selbst Mephisto (oder vielleicht gerade er) gerät ins Tragische. Hans Földi (wenn er nicht chagirierte, wäre er ein Schauspieler der Sonderklasse) spielt die Pathologie dessen, der nur über begrenzte Mittel verfügt, aber von einer Ahnung der Möglichkeiten bedrängt wird. Theres Dürrenberger - als Helena auch Frau Sorge - ist von einer Diesseitigkeit, die den Schmerz faßbarer macht. Und der überregende Chor (Christiane Mueller, Magdalena Eberle, Karine Vakizadeh) kontrapunktiert die Kunstwelten mit der herrlichen Banalität einer ungebrochenen Lebenslust. Ansonsten schaut der Doktor Faust in einen blauen Spiegel.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

München: Vesaks Ballett „Der Tod in Venedig“

Auf zum letzten Tanz!

Norbert Vesak ist ein belesener Mann. Er kennt die Literatur, weiß um die Probleme, die sich bei einer Interpretation wie von selbst ergeben. In einem Beitrag für das Programmheft der Bayerischen Staatsoper stellt der kanadische Choreograph, der hauptsächlich als Ballettchef der New Yorker Met fungiert, denn auch all die Fragen, die eine Novelle wie „Der Tod in Venedig“ von Thomas Mann bei der Lektüre aufwirft. Er diskutiert das Dilemma, das jede Tanz-Übersetzung provoziert: Sichtbar machen zu müssen, was eigentlich im Verborgenen geschieht.

Auf der Bühne hat Vesak freilich jeden guten Vorsatz vergessen. Er begnügt sich mit dem „fröhlichen Ungefall“, von dem Thomas Mann gerade im Zusammenhang mit dieser Erzählung spricht. Das aber heißt, daß er all das lediglich abbildet, was an der Geschichte ohnehin äußerlich ist: Die kunterbunten Kinderspiele im Englischen Garten, die Koffer-Komik auf dem Schiff nach Venedig, die Neckereien am Strand, die Demonstration eines Luxus im Hotel „Des Baines“, der sich längst überlebt hat und ebenso der Untergang geweiht ist wie die Gesellschaft, die sich darin zu einem letzten Tanz zusammenfindet.

Vesaks Welt ist von einer banalen Betriebsamkeit. Ständig ist etwas los vor den wechselnden Gaze-Schleiern, auf die Josef Svoboda seine trügerischen Theateräume projiziert. Je mehr Vesak Nebensächlichkeiten in den Mittelpunkt rückt, desto stärker drängt er die eigentliche Handlung ins Abseits. Ja, man hat fast den Eindruck, als gehe Gustav von Aschenbach auf die Beine zu helfen. Ist den Choreographen offenbar jedes Mittel recht.

se schier verloren. Fast immer steht er am Rande, bei der Fahrt übers Meer, bei den Bällen, bei den Neckereien am Strand. Ständig muß er sich vor einer übermächtigen Bilderflut beweisen. Kein Wunder, wenn er sich verkrampft.

Von Viscontis Film-Visionen keine Spur, von Thomas Manns ironischer Distanz ganz zu schweigen. Wäre nicht Richard Cragun, der Gast aus Stuttgart, käme Gustav von Aschenbach vollends unter die Räder. Doch der erfahrene Meistertänzer aus der Mannschaft John Crankos macht sich die Rolle tatsächlich zu eigen. Er erfüllt die Figur des alternden Künstlers mit seinem Herzblut. Er kokettiert nicht mit seinem Können. Er gewinnt vielmehr aus seinem Wissen um die eigene Vergänglichkeit eine innere Kraft, die sich trotz aller gespielten Gebrechlichkeit, trotz aller vorgestellten Nervosität vor dem Anspruch der Jugend, wie sich in dem Tazio Oliver Wehes durchaus glaubhaft verkörpert, mühelos behauptet. Gustav von Aschenbach mag an sich an seinen Gefühlen zu Grunde gehen, aber sein Beispiel bleibt einem im Gedächtnis. Richard Cragun investiert in seiner Rolle eine Wahrhaftigkeit, die diese Choreographie eigentlich nicht verdient.

Im Programmheft bedankt sich Norbert Vesak beim S.Fischer-Verlag und der Familie von Thomas Mann für die Unterstützung seines Vorhabens. Von den Erben Gustav Mahlers ist nicht die Rede. Er, der für den „Tod in Venedig“ gleichsam Modell stand, sieht sich in München aufs Übelste geplündert. Keine Sinfonie bleibt so, wie sie gedacht. Um seinem Ballett auf die Beine zu helfen, ist den Choreographen offenbar jedes Mittel recht. HARTMUT REGITZ

JOURNAL

Älteste Stadtmauer Nordeuropas entdeckt

dpa, Hildesheim
Eine der aufwendigsten frühmittelalterlichen Stadtbefestigungen nördlich der Alpen, die Bernwardsmauer in Hildesheim, ist bei einer Mauersanierung im Bereich des Hildesheimer Domhofes entdeckt worden. Sie wurde während der Zeit des Bischofs Bernward (993-1022) um 1001 errichtet und gilt als älteste Stadtmauer Nordeuropas. Die fünf bis sechs Meter hohe Mauer habe seinerzeit die gesamte Domburg umschlossen, sagte Karl Bernhard Kruse vom Institut für Denkmalpflege. Ihre Entdeckung könne als der bedeutendste Fund dieser Art während der letzten Jahre bezeichnet werden. Innerhalb des rund zwei Kilometer langen Mauerringes lebten damals etwa 2000 Menschen.

Schlöndorff dreht Film über Rassenprobleme

dpa, New York
Der Regisseur Volker Schlöndorff hat im Süden der USA mit Dreharbeiten zu dem Film „A Gathering of Old Men“ (Eine Versammlung alter Männer) begonnen. Der Film handelt von einer Gruppe älterer Schwarzer, die versuchen, einen der ihren, der unter Mordverdacht steht, vor dem Gesetz und einem Lynchwütigen Mob in Sicherheit zu bringen. Richard Widmark spielt den Sheriff, der den Mord aufzuklären will. Lou Gossett stellt den mordverdächtigen Schwarzen dar.

Plakate gegen Umweltzerstörung

dpa, Erlangen/Kassel
Erstmals hat die Städtische Galerie in Erlangen eine Wanderausstellung mit Plakaten aus aller Welt zum Thema Umweltschutz erarbeitet. Die Schau mit 130 Plakaten umfasst auch Arbeiten, die bis in die Zeit des Ersten Weltkrieges zurückgehen. Für diesen Überblick über graphischen Versuche, mit visuellen Mitteln auf das Bewußtsein der Menschen über die Gefährdung ihrer Umwelt einzuwirken, kamen Leihgaben aus den USA, der Sowjetunion und westeuropäischen Ländern. Die Ausstellung ist zuerst in der Orangerie in Kassel, anschließend in Erlangen, Ingolstadt, Wien, Darmstadt, Köln, Leverkusen, München und Offenbach zu sehen.

Morgen in der GEISTIGEN WELT

„Die Ortskrankenkasse im Krokodilstempel“. Wo der schwarze Skorpion regiert - Nordwestafrika, Drehscheibe der militanten Welt-politik. Von Joachim Seyppel.

„Per Sarg in den Seminarraum“. Wie man Macher macht - Managertaining in Deutschland. Von Matthias Welp.

„Schrecken im Bauch oder Das Liebestier“. Solomith Sparre bespricht Djuna Barnes' wiederentdeckten Jugendroman „Ryder“.

Ruhr-Kunst, oder im Innern des Bergs

dpa, Essen
„Ruhr-Land“ will der Essener Aktionskünstler HA Schult im nächsten Jahr nach China exportieren. Dem Dialog zwischen der europäischen und chinesischen Kunst widmet er einen grünen Berg, der „die optimistische Kraft symbolisiert, mit welcher Europas größte Industrie- und Kulturregion sich immer wieder am Schopfe seiner selbst aus dem Schutt der Zeiten herauszog“. Ein deutscher Baum und ein silberner blühender Hochspannungsmast sollen als Zeichen für „Natur“ und „Energie“ das Kunstwerk krönen. Im Innern des hohen Berges finden die Besucher weitere Bild-Objekte des Künstlers. Anlaß für den Kunst-Export ist die Fachmesse „Beijing Welding Fair 1987“, die im Mai 1987 in Peking zu sehen ist und derzeit in Essen vorbereitet wird.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Die ersten bedeutenden Illustrationen zu Voltaires philosophischer Erzählung „Candide“ schuf Daniel Chodowiecki. Diese Kupfer waren dem Werk so nahe, daß sogar Paul Klee für seinen genialen Zyklus viele Jahre lang vergeblich einen Verleger suchte. Voltaire wurde für Klee in einer Phase tiefer Depression zum Lebensretter: „Er jammerte auch nie und gab mir einen Wink“, heißt es im Tagebuch. Alfred Kubin, dessen Illustrationen nun zusammen mit dem vorzüglich editierten Text wieder komplett veröffentlicht werden, akzentuiert das Alptraumhafte. Der salbademde Philosoph Pangloss des Textes erhält die Physiognomie Voltaires: Annotationen eines dämonischen Schalks. P.F.R.

Voltaire: „Candide“. Mit 28 Zeichnungen Alfred Kubins, div. 154 Seiten, 8,80 Mark.



Wiener Schätze in München: „Selbstbildnis“ von Egon Schiele

ser im Einkaufsbereich sehr günstig gelegenen Kunsthalle, die bisher ein anregendes Kontrastprogramm zu den zahlreichen Museen und Ausstellungsinstituten der Stadt geboten hat, bestätigt, daß es durchaus nicht vermessenen wäre, auf gottdamisch über die Tür zu schreiben: Dem Vergnügen der Einwohner. (Bis 19. Nov., Katalog 36 Mark, im Buchhandel, Hirmer Verlag, 49,50 Mark)

PETER DITTMAR



Abenteuer in den verlorenen Städten der Inka

Seite VI

Weihnachts- und Silvester- Tips von New York bis zum Eismeer

Seite III

Schach mit Großmeister Pachmann, Rätsel und Grips+Chips

Seite IV

ITS-Reisen: Einstieg in das lukrative Clubgeschäft

Seite III

Ausflugstip: Allerheiligen- Kirmes im alten Soest in Westfalen

Seite VI



In Oberbayern lockt die Kunst der Ingenieure

Rund 84 Kubikmeter Wasser pro Sekunde stürzen durch die sechs Fallrohre des Walchenseekraftwerkes aus 200 Meter Höhe auf uns zu. Die mächtigen handgezielten Rohre mit einem Durchmesser von mehr als zwei Metern mußten Anfang der zwanziger Jahre vor Ort aus einzelnen Teilen zusammengesetzt werden, weil es damals noch keine Transportmöglichkeiten für längere Teilstücke gab. Auch die nostalgisch anmutenden Turbinen, die durch diese riesige Wassermenge angetrieben werden, sind noch heute in Betrieb und versorgen das bayerische Stromversorgungsnetz und die Bundesbahn mit elektrischer Energie.

Das Kraftwerk am Rande des Walchensees in der Nähe von Kochel ist indessen alles andere als eine nüchterliche technische Anlage. Idyllisch zwischen Wald und See gelegen, integriert es sich in die Landschaft und wird zur Attraktion in einer Region, die dem Besucher ohnehin mehr als nur herrliche Natur zu bieten hat.

Wir reisen weiter durch oberbayerische Lande und erreichen das Freilichtmuseum Glemseck unweit von Großweil. Hier hat man historische ländliche Bauwerke aus ganz Oberbayern wieder aufgebaut und original eingerichtet, die an ihrem ursprünglichen Standort nicht mehr erhalten werden konnten.

Das älteste der 28 Häuser stammt aus dem 17. Jahrhundert. Im Dreißigjährigen Krieg wurde der Hof aus Sauerland von den Schweden zerstört und 1687 wieder aufgebaut. Der verbleibende Teil der Küche und die ärmliche Einrichtung lassen einen Eindruck davon entstehen, wie Menschen vor über 300 Jahren gelebt und gearbeitet haben. Intakt ist auch der rund 250 Jahre alte Webstuhl aus dem Murnauer Moos, an dem heute das traditionelle Handwerk demonstriert wird.

Eine Uhr, die 25 Zentner wiegt

In Stephanskirchen am Simsee erwartet uns die größte Kunstuhr der Welt. Sechs Jahre hat der Bauernsohn Josef Groß an diesem Werk gearbeitet, bevor er es 1880 der Öffentlichkeit vorstellte und allgemeines Aufsehen und Bewunderung erregte. Auf der 25 Zentner schweren Uhr mit einer Breite von drei Metern glänzen allein 14 Zifferblätter, welche die Zeit verschiedener Städte, das Datum und das Jahr anzeigen. Dadurch, daß die Uhr bis zum Jahr 10 000 programmiert ist und auch nicht durch einen 29. Februar aus dem Takt gebracht werden kann, ist sie eine Art immerwährender Kalender, der sich automatisch regelt.

Fünfzig Figuren stellen das Menschenleben in seinem Ablauf von der

Wiege bis zur Bahre dar, die sieben heidnischen Gottheiten, die Jahreszeiten, die Tierkreiszeichen und das Leiden Christi. Astronomische Teile verbildlichen den Zusammenhang der Gestirne. So dreht sich die Weltkugel zum Beispiel im Verlauf von 24 Stunden um die eigene Achse, und der Mond zeigt immer die richtige Gestalt. Die Uhr, an der alles aus Holz geschnitten oder aus Messing gefertigt ist, muß täglich von Hand aufgezogen werden und arbeitet erstaunlich präzise. Der Glockstuhl in Stephanskirchen beherbergt übrigens nicht nur diese Kunstuhr. Sein Gasthof ist geradezu ein Museum für meist landwirtschaftliche Maschinen und Geräte aus der Vergangenheit.

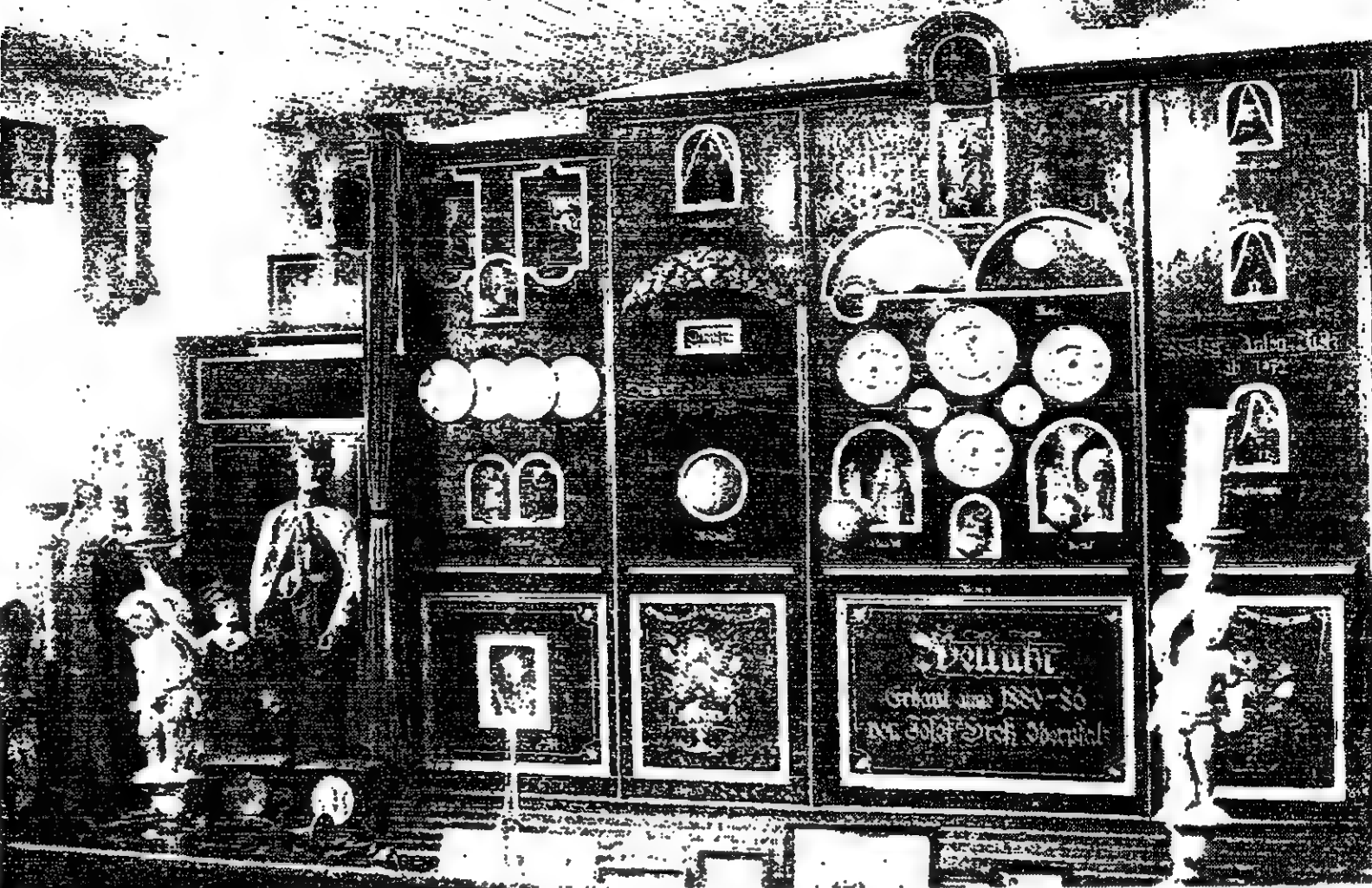
Auf den Spuren nostalgischer Technik

Wir erreichen Prien am Chiemsee und besteigen die älteste Schmalspurbahn Deutschlands, die Chiemseebahn. Sie ist in einem derart guten technischen Zustand, daß die Betriebsgenehmigung jüngst um weitere 50 Jahre verlängert wurde. In dem Bähnchen aus dem Jahre 1887 führen einst blaublütige Prinzessinnen mit ihrem Hofstaat – selbstverständlich im Salonwagen mit Plüsch, Lampen und Spiegeln, der auch heute noch zur vielbestaunten Wagen garnitur gehört.

In Stock am See, dem Heimatort der Chiemseeschiffahrt, erwartet uns der romantische Schaufelrad-Dampfer „Ludwig Fessler“. Das im Jahre 1926 gebaute Schiff wurde einmal durch eine zweizylindrische 360 PS starke Dampfmaschine angetrieben und von Hand mit Kohle beheizt. Aufgrund notwendiger Reparaturen und personeller Probleme – es fand sich niemand, der im Maschinenraum Dienst tun wollte – gaben sich die Betreiber 1972 – zehn Jahre, die Dampfmaschine durch zwei Dieselmotoren zu ersetzen. Die Silhouette des Schiffes ist jedoch bis heute erhalten.

Einer der ältesten Handwerksbetriebe Deutschlands ist die Glockenschmiede unweit von Ruhpolding. Sie stammt aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges und wurde im Jahre 1934 unter Denkmalschutz gestellt. Die riesigen Hammerwerke sind in Eichenholz gelagert und werden mit Wasser angetrieben, ebenso der wuchtige Blasebalg auf dem Speicher der Schmiede. Sie war bis in die 50er Jahre hinein in Betrieb und stellte die begehrten großen Glocken her. Denn allein die sorgten für ein harmonisches Geläute der Kühe beim Almbetrieb, das sich nur die reichen Bauern leisten konnten.

Die Schmiede hatte noch ein anderes Privileg: Sie durfte Waffen herstellen, was seinerzeit keine Selbst-



Die größte Kunstuhr der Welt ist bis zum Jahre 10 000 programmiert und regelt sich selbst.

FOTOS: FUCHS

verständlich war. Die technischen Herstellungsverfahren wurden übrigens nie aufgeschrieben und nur mündlich überliefert.

Nur wenige Kilometer weiter begibt uns unter Tage – in das verzweigte Netz von Stollen und Gängen der alten Saline in Bad Reichenhaller. Von der Maschinenhalle des Hauptturbinenhauses mit seinen beiden mächtigen Wasserrädern von 1850 steigen wir über 72 Marmorstufen in die kühle und feuchte Welt der Salzquellen. Hier herrscht im Sommer wie im Winter eine gleichbleibende Temperatur von zehn Grad Celsius. Wände, Decken und Bodenplatten der verschiedenen Stollengänge sind in kunstgerechter Steinmetzarbeit mit Marmor verkleidet. Aus einem Seitenstollen hören wir schon von weitem starkes Wasser rauschen. Hier

setzt das Wasser des Grabenbaches ein Wasserrad in Bewegung, das ein 103 Meter langes Gestänge unter der gewölbten Stollendecke entlang antreibt und am Ende eine fast geräuschlose Pumpe bewegt, die täglich 50 000 Liter Sole mit hohem Salzgehalt liefert.

Nur ein paar Schritte weiter, und wir befinden uns in einer Felsenhöhle, deren Decke und Wände die Beschaffenheit des Gesteins erkennen lassen, aus dem die Quellen entspringen. Bad Reichenhaller natürliche Quellen werden vorwiegend im Kurbetrieb verwendet. Nach unserer Rückkehr ans Tageslicht begegnen wir der Sole im Gradierhaus des Kurparks, in der Trinkhalle und in den Kuranstalten wieder.

Interessante Technik mit Ge-

schichte findet sich in Bad Reichenhaller nicht nur unter der Erde. Die 50 Jahre alte Predigtstuhlbahn seit Deutschlands älteste Seilbahn mit Originalkabinen. Bei ihrem Bau wurde das übliche Konzept verlassen: Der Antrieb befindet sich nicht im Tal, sondern oben in der Bergstation. Dieses klassische Seilbahnsystem benötigt zwar eine separate Freileitung nach oben, hat aber den Vorteil des ruhigeren Laufes. Durch das Eigengewicht der Seile verbessert sich die Reibung zwischen Seilen und Antriebsrad, so daß ein Schlupf verhindert wird.

Daß die Sicherheitsvorschriften auch bei der Predigtstuhlbahn sehr ernst genommen werden, versteht sich von selbst. Die jährliche Untersuchung des TÜV wird durch eigene, freiwillige Kontrollen ergänzt.

Die letzte Station unserer Reise ist Berchtesgaden. Das im Jahre 1517 gegründete Salzbergwerk wurde bereits 1840 dem Besucher zugänglich gemacht. Wir nehmen die Gelegenheit wahr und fahren in traditioneller Bergmannskleidung mit der Grubenbahn 650 Meter tief in den Berg.

Die Fahrt durch den kühlen und nur spärlich beleuchteten Stollen scheint nicht enden zu wollen, bringt uns aber dann doch hell ans Ziel, eine gewaltige unterirdische Halle mit einer Deckenfläche von 3000 Quadratmetern. Von hier aus geht es über eine Rutsche weiter hinunter ins Labyrinth. Altes Gerät und ein Untersuchungsgerät demonstrieren die Arbeitsweise der Bergleute, ein Blindschacht, Förderkorb und Streckenvortrieb die Anlage des Bergwerkes. Höhepunkt der unterirdischen Exkursion ist aber ein stiller, geheimnisvoll anmutender und mächtig beleuchteter Salzsee. Sein Inhalt: Sole mit 27 Prozent Salzgehalt.

Nach einem Besuch der 1883 gegründeten Kugelmühle, die mit Hilfe von Wasserkraft getriebenen Mahlstellen Marmorkugeln herstellt, beenden wir unsere Reise in Deutschlands ältester Enzianbrennerei. Die Familie Groß brennt in dieser Region seit dem Jahre 1602 das begehrte Naß. An diesem Ort interessieren uns aber zugegebenermaßen nicht nur die technischen Anlagen aus vergangenen Jahrhunderten, die hier zahlreich vorhanden und zu besichtigen sind.

HANS JOACHIM FUCHS

Ankunft: Fremdenverkehrsverband München-Oberbayern, Sonnenstraße 10, 8000 München 2, Tel. 089/597347.

71 Millionen für Vignetten

Die Anfang 1985 in der Schweiz eingeführten Autobahn-Vignetten führen nach wie vor zu Diskussionen. Zwar hat das Land im vergangenen Jahr rund 200 Millionen Franken aus dem Verkauf der Vignetten eingenommen, doch nur 71 Millionen Franken davon stammten aus den Taschen ausländischer Touristen. „Die Schweizer haben also den größten Teil ihres Wegelagerzolls selbst bezahlt“, kommentiert der Auto Club Europa (ACE).

Mehr Kreuzfahrten

157 243 Bundesbürger haben 1985 eine Kreuzfahrt gemacht. Dabei waren sie im Durchschnitt 13 Tage unterwegs und zahlten 2350 Mark für ihre Reise. Dementsprechend klingelten die Kassen der 18 Kreuzfahrtsreedereien und zwölf Seereisenveranstalter: Gut 600 Millionen Mark wurden eingenommen.

China investiert

Die Volksrepublik China stellt im Tourismus die Weichen für die Zukunft: Millionen werden investiert, um am lukrativen Geschäft mit dem Fremdenverkehr zu partizipieren. Allen in Beijing wird derzeit an 80 Hotels, die eine Kapazität von 60 000 Betten haben, gearbeitet. Weitere 80 Häuser mit 52 000 Betten sind in Shanghai im Bau oder in der Vorbereitungsphase.

4200 Auszubildende

Während die Reisebranche vor zehn Jahren erst 2500 Auszubildende zählte, waren es 1985 schon mehr als 4200 junge Leute. Gut 81 Prozent der künftigen Ferienverkäufer gehören zum weiblichen Geschlecht. Doch nicht alle werden nach der Lehre auch eingestellt: Von 100 Bewerberinnen finden nur 73 ausgebildete junge Frauen eine Stelle innerhalb der Reiseindustrie.

Teurer Tiefschnee

Wer in der neuen Skisaison seine Tiefschneepassion in Wäldern auslebt, muß mit Geldbußen bis zu 10 000 Mark rechnen. Grund: Immer mehr Waldbesitzer lassen Sperrgebiete mit Verbotsschildern einzeichnen, um Schäden für Wald und Wild einzudämmen. Sogar eine strafrechtliche Verfolgung ist möglich: Wenn dem Skifahrer eine Sachbeschädigung an Bäumen oder Schutzgittern nachgewiesen werden kann, droht – nach Auskunft des Deutschen Skiverbandes (DSV) – sogar der Staatsanwalt.

Rabatt für Donaufreunde

Die sechs zwischen Kelheim und Passau verkehrenden Reedereien gewähren Passagieren, die in einer Saison mehr als einmal eines der 18 Ausflugschiffe benutzen, einen Rabatt zwischen zehn und 20 Prozent. Dazu müssen die Donauliebhaber während der ersten Fahrt nach dem „Donau-Kompas“ fragen, der dann als Nachweis für alle weiteren Fahrten gilt. In der Saison 1988 sind mehr als eine Million Passagiere an Bord der Schiffe gegangen.

BAD BEVENSSEN
Städtisch anerkanntes Heilbad
Ein sehr modernes Kurzentrum mit ganzjährig geöffnetem Thermal-Jod-Sole-Freibad (30°) und Thermal-Jod-Sole-Bewegungsbädern (30° u. 34°) in der Halle. Badekuren bei Erkrankungen der Wirbelsäule und Gelenke, rheumatischen Erkrankungen, chronischer Polyarthritiden, Arthrosen, Erkrankungen der Atmungsorgane, allergischen Erkrankungen, Herz-Kreislauferkrankungen, Gefäßerkrankungen, Jod-Sole-Iontophorese bei Augenerkrankungen, Diabetes.

Ihr Heilbad
Ein sehr modernes Kurzentrum mit ganzjährig geöffnetem Thermal-Jod-Sole-Freibad (30°) und Thermal-Jod-Sole-Bewegungsbädern (30° u. 34°) in der Halle. Badekuren bei Erkrankungen der Wirbelsäule und Gelenke, rheumatischen Erkrankungen, chronischer Polyarthritiden, Arthrosen, Erkrankungen der Atmungsorgane, allergischen Erkrankungen, Herz-Kreislauferkrankungen, Gefäßerkrankungen, Jod-Sole-Iontophorese bei Augenerkrankungen, Diabetes.

Ihr Urlaubsziel
Reizendes Städtchen am Rande der östlichen Lüneburger Heide. Mit ausgedehnten Wäldern, Wasser und Heide drumherum. Großes Wanderwegenetz, herrlicher Kurpark, beheiztes Freibad, Thermalbad (30°). Viele Aktivmöglichkeiten wie Reiten, Tennis, Squash, Minigolf, Angela, Bootfahren, Basteln, Zeichnen und Malkurse, Tel. Konzerte und andere Veranstaltungen.

Urlaub und Kur
Unser besonderer Tipp: Pauschalangebote und preiswerte Winterangebote
Auch in dieser Jahreszeit vielerlei Veranstaltungen wie Kurkonzerte, Sommerveranstaltungen, Aktivprogramme u. a.
Kurverwaltung Bad Bevensen, Abt. 22
3118 Bad Bevensen, Tel. 0 58 21 / 30 77 / 89 54

Kurhotel Altona
Haus der Spitzenklasse im Kurzentrum, direkt am Wald. Beheizt. 2. mit Balkon, Terrasse und allem Komfort. Gemütliche Aufenthaltsräume, Lift.
Gutbürgerl. Küche u. alle Diäten. Med. Badeabteilung – Alle Kassen. Hallenbad 29 Grad, Sauna, Solarium u. Föhnbad, 18, 10, 85 bis 14, 4, 87 (außer Wdh. Silv.). VP 70,- bis 85,-. ÜFNP mögl.
Zur Amtsheide 4, Tel. 0 58 21 / 10 85-89

HAUS WOLFGANG
Kurpension und Sanatorium
Biologische Regenerationstherapie – Wiedermachung – Asten-Kuren – Zelltherapie nach Prof. Niehaus – Thymus-Therapie (THX) – Ozon-Sauerstoff-Therapie – Neuraltherapie
Stationär und ambulant unter individueller ärztlicher Betreuung. Vollständige med. Badeabteilung im Hause mit Trimm-dich-Raum (auch Bodybuilding). Hauptkassen mit Fahrstuhl. Alle Kassen. Bitte Prospekt anfordern.
Tel. 0 58 21 / 30 11 - W. von Funcke

HOTEL FAHRHAUS
Ringshotel Bad Bevensen
Eine Oase der Lebensqualität und eine erste Adresse für Tagungen/Seminare. Kur u. Urlaub, ruhig am Wald – jeglicher Komfort.
2 Doppelzimmer, alle Kassen
Sonstige Leistungen von 22, 10,- bis 20, 12, 86
3 Tage VP DM 224,- pro Person
7 Tage VP DM 295,- pro Person
„Ringshotels bieten immer ein bisschen mehr“
Telefon 0 58 21 / 70 94

Zur Amtsheide
HOTEL PENSION FERNIS
beste ruhige Lage im Kurzentrum, lft. Zi. mit Bad/Usche, WC, Balkon, Telefon, Lift rollstuhlgerecht. Med. Badeabtg., Massage, Baderzt im Hause (alle Kassen). ÜF von DM 45,- bis DM 54,-, HP zzgl. DM 16,- pro Pers. Farnos DM 58,- bis DM 125,- E. R. Sonderpreise vom 15. 10. 88 bis 15. 4. 87 (außer Wdh. Silv.).
Tel. 0 58 21 / 12 49 und 0 51

Fehlhabers
HOTEL UND GASTHAUS HALLENBAD 28°
mit Gegenstromanlage, Solarium
Traditionelles Haus m. modernem Neubau, 43 Betten, fast alle Zi. m. Dusche/WC, Bad, Frühl., 30. und 42. DM, VP 45,- und 60,- DM, 5 Automaten zum Thermal-Jod-Sole-Bad Bevensen, Reitgelegenheit, 3119 Altenmedingen, Lüneburger Heide/
Klaus Uelsen
Tel. 0 58 07 / 2 34

Landhaus zur Aue
Ein neues Haus in altem Stil
Nah Stadtzentrum, unmittelbar am Kurzentrum und Park. Behagliches Wohnen in rustikaler Landhaus-Atmosphäre mit den Annehmlichkeiten des modernsten Komforts. Zi. z. T. mit Balkon/Terrasse VP 58,50 bis 91,50, HP möglich. Günstige Sonderpreise in der Vor- und Nachsaison.
VP 75,- DM.
Tel. 0 58 21 / 4 10 51

HOTEL PENSION Gericke
Ruhige Lage im Kurviertel, direkt am Wald, KH-Zimmer mit DU/WC, TV, Radio, Tel., Balkon, Lift, Solarium.
Sonderpreise v. 20, 10, 86 – 30, 4, 87
7 Tg. VP im EZ DM 371,- bis DM 413,-
7 Tg. VP im DZ DM 364,- bis DM 399,-
Haberkamp 6, Tel. 0 58 21 / 70 91

PARKHOTEL IN BAD BEVENSSEN
Sibylle Kastell
Das erstklassige Haus, das groß genug ist, um alles bieten zu können, aber noch klein genug, um die persönliche Note zu gewährleisten. Ruhige Lage, direkt am Kurzentrum und Kurpark
Sonderpreise v. 20, 10, 86 – 30, 4, 87
Bitte Prospekt anfordern
Alter Wiesengweg 2, Tel. 0 58 21 / 70 97

FERIEN-Appartementhaus
BAHLO
Im Kurviertel, 2 Gehminuten zum Thermalbad, edelbau, für 2-4 Pers., Du., Farb-TV, Safe, Tel., gr. Südbalkon, Lift, Freizeitanlage, Solarium, Kostenl. Fahrstuhl.
Winter-Sonderpreis vom 1. 11. bis 31. 3. 87 DM 55,- pro Appartement
Tel. 0 58 21 / 4 20 42

Haus Ilmenau
UNSER WINTERKÜLLER
vom 15. Okt. 88 bis 15. April 87
Stark reduzierte Preise bei obigem Aufenthalt ab 7 Tagen. Jedes Komfort-Appartement 42 m², für 2 Pers. nur DM 50,- pro Tag. Über Weihnachts-Neujahr gilt der Sonderpreis ab 2 Wochen. Ruhige, naturnahe Wohnlage. Bitte Prospekt anfordern.
Klaus Seifinger, Im Ilmenau 7
Telefon 0 58 21 / 4 10 08

Gästehaus für Körperbehinderte und Senioren
– Der Urlaub zum Wohlfühlen –
Ruhige Waldlage. Reichhaltiges Unterhaltungsangebot: Arzt im Hause – Med. Abteilung – Duf. Absolut rollstuhlgerecht – 95 Gästebetten. Prospekt anfordern. Abholmöglichkeit mit Spezialbussen ab 5 Personen. 21-Tage-Aufenthalt mit Vollpension, täglich ab 43,-
vom 30. 10.-20. 11. und 24. 11.-15. 12. 1986
(mit besonderem festlichem Adventsprogramm)
First-Dinnermarkt-Sitzung
3118 Bad Bevensen, Tel. 0 58 21 / 21 24

Hotel KIEFERNECK
Attraktive Vor- u. Nachsaisonpensionskassen mit vielen Extras vom 20. Okt. bis 20. Dez. und vom 5. Jan. bis 30. April. HP 63,- DM, VP 75,- DM.
• Alle Zi. m. Radio-TV • Eig. Bade- u. Massage-Abtg. • Schwimmbad u. Sonnenbank • Zu allen Kassen zugelassen.
Tel. 0 58 21 / 30 33 - 35

Südamerika
Flüge ab BRU/AMS

	Hin	Rück	Preis	Rück	
Bogotá	1280	1870	1280	1800	
Caracas	1190	1880	1210	1800	
La Paz	-	2400	Montevideo	1280	1900
Lima	1200	1730	Rio de J.	1250	1900
Mexico	-	1680	Sao Paulo	1260	1800
Medellin	1360	1780	Sao Paulo	1180	1800
Santiago	1260	1900	Santos	ab Sacramento	

L.A.F. e.V. • V. 28 Bremen 1
Schwachhauser Heerstr. 222
Telefon 40 21 / 21 92 45

Rio zum Carneval
Fung. Appartements, Reisevermittlung H. K. 14, Im Münchfeld 6,
6450 Haindt 8

ÄGYPTEN

Spezialist:

a) Je 1. Preis/50,- ab Flm. nach Kairo
b) Hurgada, 10 Tage/200,-
Kairo: Garantierte Besichtigungen
Hurgada: Badeurlaub mit 17
Nächten am Roten Meer, 3-50
Hotel 3-10
Preis: 1260,- DM
b) Je 10. per Charter direkt nach
Hurgada
Preis pro Woche: 290,- DM im DZ
DUMC 1-10

Pharao Tours GmbH
Lohweg 11-2008 Osnabrück
Telefon 0597 295 40 40



50. انا عبد الله